

2. VIII. 1930

100 Pfennig

Jahrgang X Nr. 15

1. Augustheft 1930

Der Heimatdienst



Die Männer des Verfassungswerks von Weimar.

Von Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Siegler.

Nachdem vorerwähnt sei ein glückliches Kapitel aus Nationalsozialismus — 1939 — so dürfen doch angenommen der Weimarer Nationalversammlung.

einem demnach in Jena, Berlin, erlebenden Werk „Rechte der deutschen frei Verfass., Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Siegler, die erste historische Darstellung

Wenn man heute auf alle die selbstgeschaffenen und unerschuldeten Fähigkeiten und Umstände zurückblickt, denen das Verfassungswerk, solange es unter der Hand der Nationalversammlung war, ausgeht war, dann wundert man sich bisweilen darüber, daß es schließlich doch heil und wohlgeformt aus Licht des Tages gekommen ist. Daß das Reich in den Wirren der Revolution handhelt, scheint uns ein gut Teil Glück — oder Gnade — je nachdem, wie es der einzelne seiner Religion nach nennen mag. Aber daß dieses Mal, schon im Stadium der Konfolidierung und der Stabilisierung, das Geschick der Verfassung nicht an den Klippen und Kanteln des Parteistreitens zerstückelt ist, das scheint uns in erster Linie das Werk und das Verdienst von Männern! Der Männer, die die Hand über dieses lobenswerte Heiligumt des jungen souveränen Volkes gehalten haben. Wer waren diese Männer? So wie die Weimarer Verfassung heute vor uns steht, ist sie nicht das Werk eines Einzelnen, entfrungen aus dem Haupte eines einzigen genialen Schöpfers. Anders wie die Reichsverfassung von 1871, die ja fast ausschließlich aus Bismarcks Feder geflossen ist, ist eine Kollektivarbeit, an der die Besten der Nation mitgearbeitet haben, anferner und präsent, vorwärtsführend und zügelnd. Eines einzigen Anteil an diesem Werk ist klar sichtbar, der von Hugo Preuß. Denn seine ganze Darstellung, sein Bild und seine Diktion von der künftigen deutschen Reichsverfassung ist klar niedergelegt in seinem Entwurf vom 3. Januar mit der einleitenden Vorbericht. Seine historische Rolle in der wechsellöblichen Entstehungsgeschichte der Weimarer Verfassung ist ziemlich unstrittig. Er steht im Kreuzfeuer zwischen Freund und Feind. Aber wenn man sich die Ziele seiner Konzeption des neuen Staates heute aus den Quelkndokumenten zu einem einheitlichen Profil zusammensetzt, dann entbehrt dieses Bild nicht der großen Eihe, auch wenn Preuß von Dorrteilen und Einseitigkeiten vielleicht nicht ganz frei gewesen sein mag.

Hugo Preuß war Professor des öffentlichen Rechts an der Berliner Handelshochschule und schon dem Stadium des weisen Mannesalters näher als dem der frühen Tat, als er mit 60 Jahren am 13. November 1918 von Friedrich Ebert zum Staatssekretär des Reichsamts des Innern berufen wurde als erster „Verfassungsmittler“ des neuen Deutschen Reiches. Er hatte eine Dosis vornehmlichen Mutes zu gehört, als er an Lage nach im Berliner Tagblatt seinen Artikel Volkshaar oder verkehrter Obrigkeitshaar? schrieb, in dem er „den neuen Machthabern“ zurief: „Ihr könnt dem geschlagenen deutschen Volke Erhebung, dem zerstückelten deutschen Staate neues Leben unmöglich unter Entredung seines Bürgerrechts, unmöglich in Zeichen des Massenkampfes bringen.“ Das spricht für seinen Charakter. Wie es umgekehrt auch für den männlichen Sinn von Friedrich Ebert spricht, daß er trotz dieses und sogar auf Grund dieses unerhödeten Artikels ihm schon am nächsten Tage das Amt des Architekten der neuen Reichsverfassung antrug. Klar und gerade war auch jenseit Hugo Preuß staatsrechtliches Denken. Nichts einfacher in seiner Konzeption als sein Verfassungsentwurf vom 3. Januar, drei Tage vor der Reichsversammlung — Reichsregierung, Reichspräsident und Reichstag (bestehend aus Volkshaus und Staatenhaus), Reichspräsident und Volkshaus, als Repräsentanten und Organe des einheitlichen deutschen Volkes, von diesem unmittelbar gewählt, das Staatenhaus als Repräsentant und Mitwirkungsorgan der Länder von den Landtagen der Einzelstaaten gewählt. Darum herum liege Schmiedel und verdunkeln. Die Demokratie war für ihn sein erster Glaubensartikel, und zwar die „nationale Demokratie“. In dieser Demokratie und ihrem unerlöblichen demokratischen Wesen hat er nicht rütteln lassen, und wo er nachgeben mußte, hat er dafür gekämpft. Darum hat er immer wieder betont, daß der „Finitus des Reichspräsidenten neben dem Reichstag und als Gegenmacht gegen den Reichstag ein Element der Demokratie, und daß die Wahl dieses Reichspräsidenten durch das Volk die unentzerrbare Konsequenz dieses ersten Glaubens- und Lebenssatzes ist. Immer wieder hat er von dem „unedlen Parlamentarismus“ in Frankreich gesprochen, wo der Präsident durch das Organ (die Nationalversammlung) gewählt wird, dem er eigentlich ebenbürtig gegenüberliegen müßte. Auch in der Wahlbaur für Reichspräsident und Reichstag hat er im Sinne einer stetigen Demokratie sich für möglichst lange Fristen eingesetzt. Aus dieser Grundfassung heraus war ihm auch das System der unmittelbaren Volkshausung immer unbedeuer, etwas Störendes. „Er hat einmal, schon in der ersten Verfassungskommision vom 9. bis 10. Dezember, davon gesprochen, daß er an das Referendum nicht ohne Bedenken herantrete.“ Er wickelte nach den Erfahrungen in der Schweiz mindestens in sozialer Be-

ziehung oder reaktionär als fortschrittlich.“ Und diese innere Abneigung gegen den Unschicklichen und Störungsfaktor der Volkshausung kann man immer wieder — durch alle seine Meinungsäußerungen in der ganzen Verhandlungsreihe bis zum Abschluß der Reichsverfassung verfolgen.

Er war jenseits aller dogmatischen Kießlingsbeben ein Demokrat mit gesundem Menschenverstand und echtem Sinn auch für Staatsautorität.

Vielleicht in zwei Fragen war er aber doch der Gefangene von sich selbst, befangen in seiner Vergangenheit und im ruhigen Bild getrübt. Das war in seiner Stellung zu Preußen und zu dem Rätegedanken.

In seiner Stellung zu Preußen merkt man ganz deutlich die Elterlichkeit seiner Vergangenheit. Es ist hier nicht nur die Schattenleistung, gleich als ob das neue Preußen der Parlamentarismusprofessor des alten Preußens sei, das ihm — der wirklich das Zeug dazu gehabt hätte — nie die Würde eines akademischen Schriftstellers hat zuteil werden lassen. Und dann in der Rätefrage. Nach hier hat er einmal die Bezeichnung „reaktionär“ gebraucht, und zwar in der Kabinettsitzung vom 28. Januar über den Verfassungsentwurf, als von dem Gedanken einer zweiten, räteartigen, „berufshändigeren Kammer“ die Rede war.

Genau so war ihm die Berücksichtigung des Sozialisierungsgedankens in der Verfassung unbehaglich. Diese Dinge lagen ihm nicht. Und man hat instinktiv das Gefühl, als ob hier doch die innere Kapazität, das organische Fassungsvermögen von Hugo Preuß verlagert hätte, hier, wo es sich um die ersten Silberfäden einer neuen Zeit im Zeichen der berufshändigeren und Interessentrvertretungen handelte. Auch darin war er Demokrat im besten Sinne, wenn auch Demokrat der alten Zeit, der Zeit von 1848 und der Selbstweisheit des Freiern vom Stein. Den er ja über alles verehrt hat und zu dem er sich, aus innerer Überzeugung, in seiner ganz persönlichen Einleitungsrede zur Verfassungsbereitung am 24. Februar 1919 vor der Nationalversammlung durch das Schlichtigt bekannt hat. Auch die Folge von 1848 lehnen ja deutlich in seinem Entwurf vom 3. Januar wieder, sogar bis auf die Formulierung im einzelnen, sowohl im Staatsaufbau wie in den Grundrechten. Nur in einem haben ihn die Spuren von 1848 immer wieder geführt, in der Sorge, man könnte sich auch diesmal in der prinzipiellen Durchführung der Theorie der Grundrechte so weit verlieren und durchschieben, reden, daß schließlich die Stunde für die praktische Tat verflumt würde. Und schließlich, er war Anhänger der „nationalen Demokratie“. Zunächst Großdeutscher. In seinem Entwurf vom 3. Januar waren Deutsch-Osterreich und Wien ausdrücklich als „Gebiet“ des neuen Reiches vorgesehen. Auch in der Stunde der jermüdlichen Krise der Friedensvertragsberatungen hat er zu den leidenschaftlichen Verfechtern der Ablehnung im Reichskabinet gehört.

So steht etwa die Persönlichkeit und die Verfassungsvision des Demokraten Hugo Preuß aus dem wirren Gefelchen dieser Tage vor uns. Manches ist in der „Weimarer Verfassung“ anders geworden, wie er es sich gebildet und gewünscht hat. Manche Absätze hat er machen müssen und manche Hoffnungen offen. In manchem war er vielleicht auch subjektiv eingesponnen und eingekoppelt. Aber in den entscheidenden Linien der demokratischen Grundbaufassung war er klar und von sicherem Instinkt. Und Carl Schmitt hat völlig recht, wenn er aus Hugo Preuß die innere Sorge vor dem „Parteiensaat“ herausrückt und über ihn schreibt: „Hugo Preuß konnte seine Theorie des neuen Staates nicht mehr formulieren. Aber mit Scheit, daß es in der Konsequenz seiner letzten Äußerungen liegen muß, neben die Mächte des Parteienstaates auch Kräfte und Faktoren des neutralen Staates zu setzen.“ Auch uns scheint, als ob darin der tiefe Kern der inneren Haltung und Staatsangewandtheit von Hugo Preuß hiesig ist.

Noch ein anderer ist ziemlich deutlich in seinem geistigen Anteil am Verfassungswerk erkennbar. Vielleicht aus dem gleichen Grunde wie Hugo Preuß. Denn auch seine entscheidende Mitwirkung fällt in die erste Entstehungszeit, da der Kreis der Baumeister noch ziemlich begrenzt war, und die geistigen Fäden noch nicht so dicht kreuz und quer durcheinanderliefen wie in der Kollektivarbeit der späteren Ausschüsse. Es ist Friedrich Ebert. Vielleicht ist sein intellektueller Anteil als gestaltender Denker und Komposit nicht so umfangreich wie der von Hugo Preuß. Er war der praktische Politiker, der die Brücke zum Volk selbst schlug und die Tageskämpfe durchfechten mußte. Er stand in der vordersten Linie, war der Kommandeur im ersten Schlagen, während Hugo Preuß, seiner Funktion entsprechend, mehr dem beratenden Stabe zugehörte. Und doch hatte Friedrich Ebert im entscheidenden Augen-

bild den echten und ursprünglichen kirchlichen Bild. Er hatte unmittelbar das Auge für die Strömungen im Volksleben und die wirklichen Kräfteverlagerungen. Er hatte die Hand am Pulse seiner Zeit, während Hugo Preuß den Gelehrten und den Professor nur verleugnen konnte. Wie Friedrich Ebert an den entscheidenden Wendepunkten, in der ersten Kabinettkonferenz am 25. November 1918, in der zweiten Kabinettkonferenz am 25. Januar 1919, im Kampf um die Nationalversammlung und dann um die Rettung des Verfassungswortes ganz klar und nüchtern die mittlere Linie herausstellte und auch durchsetzte, das gehört zu dem wirklich staatsmännlichen Seltenen. Er hat mit intuitivem Blick die rechte Richtung erkannt und ließ sich im entscheidenden Augenblick weder von irgendwelchen Dogmen oder Refleximenten verleiten oder treffen. Mit klarem Bild und feiner Hand hat er immer das Steuer in die Hand genommen und so die entscheidenden Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die theoretisch richtigen Grundlinien für den Aufbau des neuen Staates auch praktisch durchgeführt und später verwirklicht werden konnten. Ohne seinen sicheren Blick und seine ruhige, aber feste Hand wäre als Verfassungsrat Material für Denkschriften und Äpfel geblieben. Hier aber gefiel es ihm die Tat zum Gedanken; eine glückliche gegenseitige Ergänzung. Niemand hat besser die sich teilenden und durchkreuzenden Strömungen der Zeit aufgefaßt und in ein einheitliches Bett geleitet und niemand hat besser die verschiedenen Gruppierungen der tatsächlichen Kräfte in Volk und Staat zu einheitlicher Aktion zusammengeführt als Friedrich Ebert.

Und darin besteht vor allem sein unüberbärbares praktisches Verdienst um die Realisierung der Weimarer Verfassung. Das ist aus der Theorie zur greifbaren Wirklichkeit wurde, das ist sein unergängliches Verdienst.

In der Nationalversammlung selbst für der Kreis der Arbeiter am Neubau der Reichsverfassung selbst klar umgrenzt durch die Mitglieder des Verfassungsausschusses. Dieser war das Gehirn, das der Nationalversammlung und über sie dem deutschen Volke die endgültige „Weimarer Verfassung“ geschenkt hat. Es ist ein jämlich stultischer Kreis, auf den sich die Arbeit verteilt. Denn der Verfassungsausschuß hat 28 Mitglieder umfaßt. Wohl ist der oder jener im Laufe der Entwicklung in den Hintergrund getreten, und der oder jener Stellvertreter ist an seine Stelle in den Vordergrund gerückt. Aber im großen ganzen liegt hier eine seltsame „Materiensammlung von Kollektivarbeit vor.“ „Diele Köpfe, viele Sinne!“ Hier haben sie sich wirklich einmal zu gemeinsamer Arbeit verschmolzen. Zwei Männer aber waren die Leiter ihrer Leistung, über die Schär der anderen Köpfe hinweg: Conrad a u h m a n n und Konrad Beyerle, beide bewährte Landesleute. Der eine (Beyerle) aus Waldshut im südlichen Schwarzwald und der andere (Hauffmann) aus Stuttgart.

Conrad a u h m a n n ist ein Führerrolle bei der Beratung und Durchsormung der Reichsverfassung ist schon äußerlich klar. Er war der Vorstehende des Verfassungsausschusses. Aber dieses Amt war für ihn nicht nur dekoratives Gewand, sondern eine heilige Aufgabe. Man kann demnach sagen, daß er sich von der historischen Mission durchdrungen fühlte, in diesem Amt dem deutschen Volke die ihm gemäße und lebensnotwendige Verfassung zu schenken. Immer wieder in seinen Briefen kommt er darauf zurück, an seine Frau und an seinen Sohn. Gerade da, wo er sonst zurücktritt und offen sich ausdrückt, wo er manchmal geradezu beiseite, kehrt immer dieses Thema wieder, daß es in seine Hand gelegt ist, hier eine historische Mission zu erfüllen. Bis ins einzelne schließlich er gelegentlich den Gehörgang der Ausschlußberatungen. Und man spürt die Wärme, wie er darin gelebt und gewußt hat, wie er sich dieser Aufgabe geradezu geopfert hat. Ein heiliger Eifer, der über ihn kam. Darum hat er wohl auch die unüberhörten physischen Strapazen überstanden, die diese Parforce-Reißeung gerade an seine, des Vorstehenden, Natur gestellt hat.

Conrad Hauffmann war ein bekannter und geschätzter Rechtsanwält in Stuttgart. Auch darin kam diese geradezu bürgerliche Stellung zum Ausdruck, daß er schon seit 1890 Mitglied des Reichstages war. Damals gerade 53 Jahre alt. Jetzt war er immerhin schon im biblischen Alter, im 62. Lebensjahr, angelangt. Im Verfassungsausschuß selbst hat er persönlich vielleicht weniger gearbeitet als viele der andern Mitglieder. Aber um so größer war sein Anteil als Dirigent dieses vielmännigen Orchesters. Die ganze Instrumentierung hat er meisterhaft beherrscht, geradezu souverän. Dazu kam ihm vor allen Dingen in diesem, sein reinen Juristenauschuß mit dem staatsrechtlichen Thema seine glänzende juristische Begabung zuzustatten. Es ist heute noch ein Genuß, zu lesen, wie er monomachal in die der Debatte aufstrebenden Willensentendenzen einzelner Abgeordneter aus dem Streifen zum knappen parlamentarischen Antrag formalisiert. Dieser „fiht“ — sofort. Aber hier spricht nicht nur das rein juristische Talent. Hier verrät sich zugleich die Hand des gestaltenden Juristen, in dem sich künstlerische Ader und Denkschärfe miteinander paaren. Aber auch diese Begabung hätte noch nicht zur Führung über diesen Ausschuß

von Köpfen und kurzen Individualitäten ausgereicht, wenn nicht die menschliche Qualität hinzugekommen wäre. Er war auch menschlich lauter, von menschlicher Wärme und Ausstrahlungskraft. Man braucht nur seinen klaren und blauen, kernigen und freien Kopf mit dem zarten und glnzigen Auge, dem Albersblick und dem männlichen Schnauzbar anfassenden, und man sieht einem echten, edlen Menschen ins Gesicht. Diese menschliche Wärme hat ihm sein unermndlich erziehtes, wie er selbst einmal beriht. Er steht mit allen im Ausschuß — einerlei welcher Partei — „auf vertrautem Fuß“. „Sie halten mich als fast loyal und darum für ihren Freund.“ Und er ist sich selbst bewußt, daß die dies ein „Kapitel“ ist, das ihn höchst liebt, die ganze Arbeit zum Schluß noch „unter Dach und Fach zu bringen“. Dabei versteht er sich aber auch auf Psychologie, auf die Kunst der Menschenbehandlung. Er hat einen leichten Schuß Machtauellismus, wenn es die Stunde erordert. Charakteristisch dafür ist seine Schilderung der entscheidenden Sitzung des Verfassungsausschusses über die Fragegenfrage. Wie er hier, um das Werk nicht aus Spiel zu setzen, mit rücksichtslos zupackerter Hand und ein wenig Kitz die Jüden zum fertigen Knoten strzt, das zeigt auch den durch die parlamentarische Erfahrung gefaßten Realpolitiker. Wenn es sein muß, beherrscht er auch diese Mitter. So macht man fhnen und Seltsame. Damit schließt er den Bericht.

Weniger sichtbar ist die Rolle des zweiten „Führers“, Konrad Beyerle, damals in die Offentlichkeit getreten. Seine Arbeit war stiller und vielleicht auch entsagungsvoller. Denn im Ausschuß selbst ist er noch nicht einmal allgufig ins Rampenlicht getreten. Sein Verdienst liegt vor allem in der mühsamen und aufopfernden gründlichen Durcharbeitung des gesamten Stoffes mit dem Auge des Juristen und der Feder des formenden und prüfenden Redaktors. Um ein Beispiel aus dem täglichen Leben zu wählen, könnte man sagen, er ist der „Chefredakteur“ der Verfassungsgesetz. Zunächst einmal ist es — historisch einwandfrei — seiner Person zu danken, daß er an sich ideale, aber schwer greifbare Gedanken der Raumanhngen „Grundrechte“ nicht dem Schicksal des Papierforts verfallen ließ. Er hat den ersten, wirklich brauchbaren Entwurf der „Grundrechte“ gemacht und war das geistige Haupt des Unter Ausschusses für die „Grundrechte“, auf dessen Arbeit der Verfassungsausschuß seiner früher geführt und weitergebaut hat. Er hat vor allem auch in dem Redaktionsausschu, der fortlaufend die Ergebnisse der Arbeit des Verfassungsausschusses sprachlich und stilistisch gefubert und poliert und darüber hinaus auch kompositorische Vorarbeiten gemacht hat, die Feder geführt. Er war die Seele des Ganzen. Zug ihm geht auch der Plan einer Gesamtentstellung der Reichsverfassung zurück, der schließlich auch das Geru für das endgültige Verfassungsdokument abgeben hat. Beyerle war, gleich Hauffmann, Jurist. Aber im Unterschied von Hauffmann Wissenschaftler, Professor der Rechte in München. Vom Kam in dieser juristischen Funktion gerade die wissenschaftliche Gründlichkeit und Objektivität seines bürgerlichen Amtes zuzulassen. Sein juristischer Kollege Dr. Düringer, als Deutschnationaler dem rechten Flgel des Parlaments zugehörig, hat dieses historische Verdienst von Beyerle vor der Nationalversammlung selbst in lobenden Worten festgehalten. Und man kann wohl mit Recht sagen, daß ohne diese, zum Teil stille, aber produktive und unermndliche Arbeit von Konrad Beyerle sich die Vollendung der „Weimarer Verfassung“ mindestens länger hinausgezogen hätte, zum Schaden des Ganzen.

Am fürsten waren im Verfassungsausschuß, gem der fraktionslre, die Sozialdemokraten vertreten. Von ihnen standen in der ersten Reihe Waack, Meerfeld, Khnenstein und Hildenbrand. Dr. Hildenbrand war der gründliche Funktionär der Staatsjuris, war aber immer bald aus dem juristischen Staatsdienst ausgeschieden und in die Journalismik übergegangen. Zuletzt war er Chefredakteur der „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. Ein fnger Kopf, aber auch ein schmeltiger Gedter, der schroffe unter den Verehrern des sozialistischen Programms, lebensfhigster Mitarbeiter. Als Jurist von Haus aus auch gut bewandert auf dem Gebiet des Verfassungsrechts des In- und Auslandes. Der Rheinlander Johannes Meerfeld, Journalist und Redakteur seinem Beruf nach, zuletzt Schriftleiter der alten traditionsuntrnen „Rheinischen Zeitung“ in Köln, war vor allem an der Frage „Reich und Länder“ und in den Kulturfragen besonders interessiert. Er war ein schmerzlicher Denker, gewandt in Wort und Schrift. Im fähigsten war wohl Simon Khnenstein, ein aus Giebach kommender sozialpolitischer Schriftsteller und Genossenschaftler. Er hat wohl kaum eine Ausschussung verfaßt. Immer wieder sieht man auf seinen Namen in der Debatte und in der Liste der Anträge. Auch er war akademisch gebildeter Jurist von Haus aus, aber seltener als politischer Gründler durch die heftige Regierung als Aufseher entlassen. Auf ihn geht vor allem der Gedanke der Ergänzung der „Grundrechte“ durch die „Grundpflichten“ zurück. Als Vertreter Württembergs wirkte der sympathische Karl Hildenbrand mit, ein Mann der ausgleichenden Objektivität und von strenger Sachlichkeit. Auch ein besonders

guter Freund von Friedrich Ebert, dem er sehr nahe gefanden hat. Er war ursprünglich seines Zeichens Schriftfeyrer.

Die nächstgrößte Partei, das Zentrum, hatte seine besten Männer in den Ausfchuff entfandt: Peter Spahn, Adolf Gröber, Karl Crimbom. Alle drei find inzwischen dahingegangen. Sie waren die Senioren der Partei, Peter Spahn leitete der Partei-führung. Rheinländer von Geburt, Richter in hohen Stellungen und zuletzt preußischer Justizminifter. Seit 1884 Mitglied des Reichstags. Also ein alter gewiegter Parlamentarier und gründlich erfahrener und bedeutender Jurist. Er hat entscheidend zu dem Abfchnitt „Gefetzgebung“ beigetragen, dessen Berichterstatter er war. Ähnlich nach Kaufmann und beruflicher Vergangenheit war ihm Adolf Gröber, der geborene Schwabe. Auch er war ein Richter-laufbahn hervorragender, auch er fahen feil 1887 Mitglied des Reichstags. In feinem wackelnden Dolmetscheramt eine erchwelge Erfcheinung. Einer der edelften Vorkämpfer der chriftlichen Welt-fchauung, im befonderen ein eifriger Anwalt der chriftlichen Schule, darum auch Berichterstatter für den Verfassungsfchnitt: Kirche und Schule. Neben ihm der Kölner Rechtsanwalt Karl Crimbom, auch feil Jahrzehnten Parlamentarier. Rheinländer feinem ganzen Wefen nach, voll Saune und Temperament. Ihn hat — als geborenen Rheinländer — befonders angezogen die Frage der Kündgeleberung, daneben das Thema „Kirche und Schule“. In den Fragen der Religion und der Weltfchauung hat dann noch der hochgebildete und politifch fluge Theologe Univerfitätsprofefor Dr. Mausbach aus Münster eine führende Rolle gefpielt. Seine Reden zur Verfassung feffelten alle Parteien durch ihre Coleranz und Sachlichkeit, aber auch durch ihren idealen Schwung und ihre demokratische und warmherzig deutfe Grund-fimmung. In den fozialen Fragen haben fich befonders die beiden Zentrumsvetreter Franz Hüge und Adam Stegerwald ver-dient gemacht. Beide altbewährte Vorkämpfer in der fozialen Frage, obwohl beide von ganz verfehdener Herkunft. Hüge war katholischer Priefer und Prälat. Er hatte vor allem auf dem Gebiet des katholifchen Vereinsweffens schon entscheidende Leh-rungen hinter fich. Den Gebanken der fozialen Reform hatte er in Wort, Schrift und Tat vertreten. Adam Stegerwald war von unten, aus dem Volke heraus. Er war Autodidakt. Als Führer der chriftlichen Arbeiterfchaft hatte er durch die Tat bewiefen, daß er hier der rechte Mann am Platze war. Sie beide haben in der Sozialiferungs- und in der Rätefrage entscheidend mitgewirkt.

Unter den Demokraten haben neben Conrad Kaufmann durch ihre Persönlichfeit fich stark durchgehsetzt: Dr. Altfach, Erich Koch und Friedrich Naumann. Auch Dr. Altfach war, ähnlich wie die meisten feiner Kollegen im Ausfchuff, Rechtsanwalt und feil Jahren Mitglied des Reichstags — also Politiker und Jurist in einer Person. Er kam aus Schlefien. Einer der begehrtesten und ausgeprobenften Militärer. Er hat als Berichterstatter vor allem an den Abfchnitten: „Reichspräfidenz“ und „Rechtspflege“ mitgewirkt. In Erich Koch (heute Koch-Weser), damals Oberbürgermeister in Kassel, merkte man vor allem die lange Schulung in der Verwal-tung. Schon 1913, mit 38 Jahren, war er Mitglied des Herren-haufes geworden. Immer klar und logifch denkend, aber doch auch abgemessen und gemäßigt im Urteil: eine deutliche Frucht feiner juriftifchen Anwendungsarbeit in der Verwaltung. In ver-fchiedenen Punkten hat er entscheidende Anregungen gegeben. Die Umftellung der „Grundrechte“ vom ersten in den zweiten Teil der Verfassung kammt von ihm, ebenso die Wahl des Ausdrucks „Känder“ für die fröhneren und höhleren Begriffe Gliedstaaten und Einzelstaaten. Aber der Wirksamkeit von Friedrich Naumann liegt ein letzter Schiler von Tragweite. Er ift bei diesem Weft, das eigentlich auf feine Person zugefchnitten folhe, nicht recht zur Ent-faltung gekommen. Dem deutfehen Volk die neue Verfassung mit zu fchenken, das wäre doch gerade für den Verfafser von „Demo-kratie und Kaifertum“ die Vollendung feines Lebensweffes gemeint. Es kann fann an der chronologifchen Tafelche liegen, daß er hart am 60. Lebensjahre war. Die meisten feiner Partner im Ausfchuff waren in berfelben Altersstufe oder auch schon weiter vorgefchritten, ohne daß ihre Arbeits- und Spannkraft darunter litt. Es mag viel eher daran gelegen haben, daß Naumann feiner tief innerlichen Natur nach mehr an den Entfcheidungen und Aufregungen der Kriege- und Revolutionszeit getragen hat als der normale Mensch. Schon fein Entwurf der „Grundrechte“ trägt, trotz aller roman-tifchen Verklärung, Züge des Greifenalters. Auch in anderem, in feiner unglücklichem Über von dem „Deutfehen Bund“ als Bezieh-ung des neuen Reichs, verriet er feine glückliche Hand. In an-derem wieder, z. B. in der Frage des Proportionalwahlrechtes, hat er ganz genau die Mängel und Schwächen schon damals erkannt. Vor allem bei der Lösung der Frage von Religion und Kirche aber hat er befonders fördernd mitgewirkt. Hier war feine

Person neben der von D. Kahl eine feiten glückliche Brücke. Vielleicht aber hat fich gerade bei diefer rein praktifchen An-wendungsarbeit von Gewinnung, Ethik und Staatsideal auf die konkrete Politik, bei der Umgestaltung der Stimmungen in feite Paragraphen eine Schwäche von Naumanns Natur offenbart, die sonst in feiner feigenreichen Publiziftik, vortragsfich und beinahe feigerforgerlichen politifchen Tätigfeit nicht fo an die Oberfläche ge-treten ift. Er war vielleicht doch nicht der Politiker im eigen-lichen Sinn. „Das Stärkere in ihm war der Prophet und Leh-rermeister, das Schwächere der Politiker.“ — fo hat Guftav Stre-mann treffend in feinem Nachruf auf ihn feine Persönlichfeit zu-fammengefaßt. Friedrich Naumann ift wenige Tage nach der Ge-fetzgebung der neuen Reichsverfassung dahingefchieden, am 24. Auguft 1919. Schon in den letzten Wochen hat er an den Be-ratungen nur fporadifch teilnehmen können. Der Tod hatte ihm offenbar schon die Hand auf die Schulter gelegt. Vielleicht hat ihn damals schon nur der Wille zur Mitwirkung an diesem größten demokratifchen Werte aufrechterhalten.

Diefen drei großen „Mehrheitsparteien“ der Nationaler-fammlung gegenüber war die Rechte numerifch nur fchwach ver-treten. Aber fie hat trotzdem die volles Scherlein vom ganzen Weft beigetragen, in lokaler Zusammenarbeit. Es waren alleamt Käpfe, Keufcher auf dem Gebiet des Jurisprudenz. Da war von den Deutfehen Dolmetscher der Prof. Dr. Wilhelm Kahl, der weit-befammte juriftifche Lehrer an der Univerfität Berlin. Er war der Berichterstatter über den wichtigen Abfchnitt „Reich“ und hat vor allem zur Beibehaltung des ehrwürdigen Begriffes „Reich“ ent-scheidend beigetragen. Er genot wegen feines kühnen Charakters immer als Mensch hohe Achtung. Mit feinem frifchblauen Ver-fand und feiner überlegenen Sachkenntnis hat er in allen Fragen des Staatsrechts und vor allem der Kulturpolitik ein gewichtiges Wort mitgeteilt. Neben ihm faß feil fraktionslofste Dr. Karl Heine, Richter von Haus aus bis hinauf zum Reichsgericht und zuletzt Justizminifter in feinem zweiten Heimatland, dem König-reich Sachfen. Er hat vor allem zu dem Abfchnitt „Gefetzgebung“ als Berichterstatter vieles beigefuert.

Die Vertreter der Deutfchnationalen waren beide „Egglengens“ des alten Reichs. Dr. von Delbrück und Dr. Düringer. Clemens von Delbrück hatte eine glänzende Kaufbahn im preußifchen Staats-dienst und dann im Reichsdienst hinter fich. Von 1909 bis 1916 war er fogar Staatsfeftretär des Innern und Dretterte des Reichs-fanzlers gewesen. Diefes Vergangenheit hat ihn nicht gehindert, fich im Verfassungsausfchuff in Reich und Glied zu stellen. Wenn er sprach, hatte er immer etwas zu fagen. Ihm kam, wie fann einem anderen, seine einzigartige Erfahrung an der Spitze des Reichs zu-fatten. Der Verfassungsfchnitt „Reichsregierung“ hat von ihm wichtige Ergänzungen erfahren. Ebenso objektiv hat fich der Badener Dr. Adelbert Düringer eingefügt. Auch er als glän-zendem Jurist bekannt, Mitglied des Reichsgerichts und zuletzt im Kriege Justizminifter des Großherzogtums Baden. Er hat vor allem mit Beyerle und Naumann zufammen an der Gefaltung der „Grundrechte“ mitgeholfen.

Auch der Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten, der Rechtsanwalt Dr. Oskar Feld, hat feil Verdienst. Den Krieg hatte er als Soldat im Felde mitgemacht. Bismarck hat feine Parteilofheit feil bemerkbar gemacht. Aber auch er hat im ganzen fachlich und mit dem Willen zu ehrlicher Mitarbeit fich in den Kreis diefer Männer eingereiht.

Man könnte meinen, ein folder Reichstum an Einzelpersönlich-keiten und Individualitäten hätte eher Anlaß zur Sprengung oder zum allmählichen Zerbröckeln gegeben. Aber es ift um das Milieu und die Atmosphäre des Verfassungsausfchuffes eine eigene Sache. Es gibt wohl kaum Verhandlungen in der ganzen parlamentari-fchen Gefchichte des Deutfehen Reiches, die fo fachlich geführt worden find wie die des Verfassungsausfchuffes. Zunächst einmal, die Stimmen find nicht immer nur geftöhlt, fondern auch gewogen worden. Man hat fich vom Gegner auch überzeugen laffen. Und feibst ein Mann wie der Parlamentarier und Staatsrechtler Pro-fefor Dr. J. V. Brudt, der sonst der Arbeit von Weimar feineswegs kritififch gegenüberfieht, hat von dem Verfassungsausfchuff gefagt: „Man mag zu der ganzen Frage der Aeudorung politifch feben wie man will: man muß zugefehen, daß feiten eine Kommission eine fo wohlüberdachte, abergedumte und gefeilte Arbeit vorgelegt hat als der achte (Verfassungsausfchuff) der verfassunggebenden deutfehen Nationaler-fammlung in Weimar.“

Woher kam das? Es fann von der — feitenen — Erfchei-nung, daß hier einmal der Mensch über den Parteipolitiker gefiegt hat. Es hat nie in diefem Ausfchuff irgendwelche häßlichen Szenen gegeben. Selbft die perfönliche Polemik war ein ganz feitener Goff. Die wenigen Fälle kamm man genau an der Hand abzählen. Ein

doppelt erstaunliches Wunder, wenn man die reichlich häufigen Zusprüche der Parteileitenschaft in den gleichzeitigen Verhandlungen des Plenums der Nationalversammlung verfolgt! Wenn man diese Äußerungen befruchtet will, muß man zu einem Fremdwort greifen. Es war ein „nobler“ oder auch „fairer“ Geist, der in dieser parlamentarischen Körperschaft gebirgt hat. Der deutsche Sprachstiel vermag hier. Weder „ritterlich“ noch „anständig“ noch „jadlich“ trifft die richtige Note. Und dieser „noble“

und „faire“ Geist — eine in der deutschen Parteipolitik so seltene Blume! — hat auch den Segen in der Arbeit des Verfassungsausschusses gestiftet.

Man begreift es, wenn Konrad Beyerle erzählt, daß die Mitarbeiter von damals noch jetzt, so oft sie sich begegnen, „stets auf richtige Freude erfüllt wie nach dem Dollbringen einer guten Tat“. Eine „gute Tat“ — das war das Werk dieser Männer und damit das eigentliche Wert von Weimar!

Die Arbeiten des letzten Reichstags.

Von Oberregierungsrat Erbe.

Der am 18. Juli 1930 aufgelöste Reichstag ist am 20. Mai 1928 gewählt worden, hat also eine Lebensdauer gehabt, die nur wenig über der Hälfte der gesetzlichen Legislaturperiode von vier Jahren liegt. Das Schicksal der Auflösung hat er mit der Nationalversammlung und hat er mit der Nationalversammlung und hat er mit seinen drei Vorgängern geteilt; wir haben bisher in der Republik noch keinen Reichstag gehabt, der ein natürliches Ende gefunden hätte. Die kürzeste Lebensdauer hatte das am 4. Mai 1924 gewählte Reichsparlament, das schon nach fünf Monaten der Auflösung weichen mußte.

Die Tatsache, daß es dem letzten Reichstag nicht gelang, die Defizitseite der Ausgaben des Haushalts höherzufüllen, führt in der Öffentlichkeit zu manchen Dornwürfen gegen das Parlament. Es wäre aber nicht gerecht, darüber zu vergessen, daß der letzte Reichstag in seinem zweijährigen Bestehen eine erhebliche Anzahl sehr wichtiger Gesetze verabschiedet hat. An ihrer Spitze stehen wohl zweifellos diejenigen beiden Gesetze, die man als Liquidation des Krieges bezeichnet hat, das Gesetz über die Haager Konferenz vom 19. März 1930, welches die Reparationsverpflichtungen Deutschlands auf Grund des Youngplans regelt, und das „Gesetz über die Abkommen zur Regelung von Fragen des Teiles X des Vertrages von Versailles“ vom 18. März 1930, welches die verschiedenen

so genannten Liquidationsabkommen mit denjenigen Mächten enthält, die im Kriege Deutschland gegenüberstanden. Die zwei Gesetzblätter, die diese beiden Gesetze enthalten, sind für sich allein ein ziemlich dickes Buch. Dieses Gesetzgebungswert be-

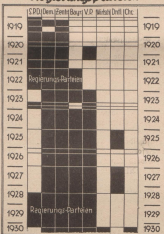
genannt, durch das dem unter dem Namen des Kellogg-Paktes bekannten internationalen Abkommen zugestimmt wurde. Die übrigen wichtigeren außenpolitischen Abkommen, denen der Reichstag seine Zustimmung gegeben hat, liegen sämtlich auf handelspolitischem Gebiete; es sind dies der Grundhandels-, Handels- und Schifffahrtsvertrag mit dem Königreich Siam (6. August 1928), das Handelsabkommen mit der Republik China (22. Dezember 1928), der Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Panama (24. Dezember 1928), der Handels- und Schifffahrtsvertrag mit der Südafrikanischen Union (5. Januar 1929), der deutsch-litauische Handels- und Schifffahrtsvertrag (14. Februar 1929), der deutsch-estnische Handels- und Schifffahrtsvertrag (5. Juli 1929). Der deutsch-polnische und der deutsch-österreichische Handelsvertrag sind dagegen vom Reichstag nicht mehr verabschiedet worden. Schließlich ist in diesem Zusammenhang noch aufzuführen der Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika (31. Dezember 1928).

Für die auswärtigen Beziehungen von Bedeutung ist auch das vom 23. Dezember 1929 datierte Deutsche Auslieferungsgesetz, welches den Ablauf der jahrelangen Bemühungen nach einer gesetzlichen Regelung der Bedingungen brachte, unter denen die Auslieferung eines fremden Staatsangehörigen wegen eines von ihm begangenen Verbrechens oder Vergehens an eine auswärtige Macht zulässig ist.

Erheblich ist die Zahl derjenigen Gesetze, durch welche die Zollsätze geändert worden sind. Sie waren die Folge der Bemühungen, die schwere Notlage der deutschen Landwirtschaft zu beseitigen, und lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen, die Ende Dezember 1929 und Ende März 1930 unter der Regierung Hermann Müller und die im April 1930 unter der Regierung Dr. Brüning verabschiedeten Gesetze.

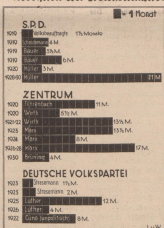
Der finanziellen Notlage des Reichs zu steuern bestimmt waren im besonderen das Gesetz zur außerordentlichen Tilgung der schwebenden Reichsschuld vom 24. Dezember 1929 und die unter dem 15. April 1930 verabschiedeten Erhöhungen einer Reihe von Konsumsteuern. In diesem Zusammenhang ist als wichtiges, vom letzten Reichstag beschlossenes Gesetz auch noch das Zündwarenmonopolesetz vom 29. Januar 1930 zu nennen. Auch das Gesetz zur Regelung älterer staatlicher Renten vom 16. Dezember 1929 darf an dieser Stelle erwähnt werden, das gewisse Rentenverpflichtungen des Reichs und der Länder aus früheren Zeiten teils entschuldigungslos fortfallen ließ, teils ihre Aufwertung in Anlehnung an die Auf-

Regierungsparteien



so genannten Liquidationsabkommen mit denjenigen Mächten enthält, die im Kriege Deutschland gegenüberstanden. Die zwei Gesetzblätter, die diese beiden Gesetze enthalten, sind für sich allein ein ziemlich dickes Buch. Dieses Gesetzgebungswert be-

Amtsdauer u. Parteizugehörigkeit der Reichskanzler



Auch sonst sind auf außen-, namentlich auf handelspolitischem Gebiete von dem nunmehr aufgelösten Reichstag eine ganze Reihe von Gesetzen verabschiedet worden. Unter ihnen sei namentlich das Gesetz vom 9. Februar 1929 zu dem Vertrag über die Abtötung des Krieges

wertungsgesetzgebung des Jahres 1925 regelte. Schließlich sei hier noch das Gesetz über die Änderung der Reichshaushaltsordnung vom 8. März 1930 genannt.

Auf innerwirtschaftlichen Gebieten wären wohl als die wichtigsten vom letzten Reichstag verabschiedeten Gesetze zu nennen die Handwerksnovelle vom 11. Februar 1929 und das Gaststätten-gesetz vom 28. April 1930.

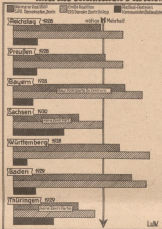
Diejenigen Maßnahmen, die von der Reichsregierung Dr. Brüning zur Behebung der Drostlage in den östlichen und westlichen Gebieten des Reichs (Ost-hilfe- und Westhilfe-gesetz) vorge-schlagen worden waren, hat der Reichstag infolge seiner Auflösung nicht mehr zu gesetz-lichen Beschlüssen erheben können. Er hat dagegen schon vor mehr als Jahres-frist das Gesetz über wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen vom 18. Mai 1929 (Kafensenkungen, Siedlungen, Kredithilfe) be-schlossen.

Auf anderem Gebiete liegend, aber sicher eines der wichtigsten Gesetze, das der letzte Reichstag beschlossen hat, ist das Reichsministerrgesetz vom 27. März 1930, durch welches das Verhältnis des Reichsanzlers und des Reichsministers zum Reich den sich aus dem parlamentarischen Regierungssystem

ergebenden Forderungen an-gepaßt wurde. Schließlich hat der Reichstag im März 1930 ein neues Gesetz zum Schutze der Republik (25. März 1930) beschlossen, nachdem im Som-mer 1929 die Verlängerung des bisherigen Gesetzes ge-scheitert war.

Dagegen ist es dem Reichs-tag leider nicht gelungen, die seit Jahren in Angriff ge-nommene große Reform des Strafrechts zu Ende zu führen. Das neue deutsche Strafgesetzbuch ist auf der Stredde ge-blieben, nachdem die Arbeit schon fast vor dem Abschluß

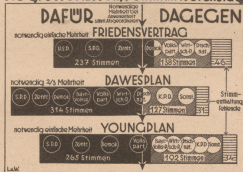
Weimarer und große Koalition und die radikalen Parteien



stand; denn der Strafrechtsauschluß hatte die zweite Lesung bereits soweit ge-fördert, daß man für den Herbst mit der Ernderberatung im Plenum hätte rechnen können. Da man diesmal nicht wie bei der Auflösung des vorigen Reichstags ein Aberleitungs-gesetz beschlossen hat, durch welches der Gesetzentwurf von dem alten in das neue Parlament sozusagen herübergenommen wurde, ist jedenfalls formell alle bisherige Arbeit vernichtet. Die Vorlage muß vom Kabinett neu be-schlossen, erneut zunächst dem Reichsrat zugeleitet und dann dem Reichstag vor-gelegt werden. Daß das große Straf-rechtsreformwerk jetzt nicht zustande gekommen ist, kann nur mit tiefem Be-dauern vermerkt werden.

Ein kleines Gesetz sei noch erwähnt, das der letzte Reichstag verabschiedet hat, weil es immerhin den beschriebenen An-fang einer anderen großen Reform be-deutet; ich meine das Gesetz vom 7. De-zember 1928, durch welches Waldek mit Preußen vereinigt wurde. Die große Frage der Reichsreform ist sonst über das Stadium der bekann-ten Känderkonferenzen nicht hinaus-gekommen. Deswegen der Reichsregierung oder dem Reichstag einen Dornwurf zu machen, wird dem unbillig erscheinen, der die Schwierig-keiten und Widerstände, die sich diesem Werk entgegen-stellen, einigermaßen kennt.

Die grosse Aussenpolitik im Reichstag



Schließlich erscheint gerade die Finanzlage von Reich, Kän-dern und Gemeinden immer mehr es gebieterisch zu ver-langen, daß beschleunigende Ma-nahmen den vorbereitenden Ar-beiten folgen. Eine durch-greifende Finanzreform ist ohne Reichsreform kaum denkbar. Hier werden die Aufgaben liegen, die den neuen Reichs-tag erwarten.

Organisation einer europäischen Bundesordnung.

Von Oberregierungsrat Dr. Heide.

Die Antwort der Reichsregierung auf die Paneuropa-Fröndfrage Briand vom 1. Mai, oder wie sie offiziell heißt, Organisation einer europäischen Bundesordnung, ist am 15. Juli vom deutschen Bot-schafter am Quai d'Orsay übergeben worden, also am letzten Tag der Frist, die der französische Außenminister für die Beantwortung seines Memorandums gestellt hatte. Nicht nur in der deutschen Presse föndliche Parteierörterungen von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, auch in einem großen Teil der Auslandspresse ist Deutschlands Antwort als inhaltlich und formell geschickt abgefaßt bezeichnet worden. Sie bringt die positive Einstellung Deutschlands gegenüber dem Gedanken einer engeren europäischen Zusammenarbeit und die Bereitwilligkeit zur Mitwirkung an der Verwirklichung dieses Planes deutlich zum Ausdruck. Das Schriftstück behandelt zwar die einzelnen Punkte des französischen Memorandums, ohne sich ihrer erschöpfenden Bearbeitung schon jetzt zu unterziehen, in der gleichen Reihenfolge, in der sie uns vorgelegt wurde; aber sie gibt den verschiedenen Komponenten des Briand'schen Entwurfs ein anderes Gewicht.

Die Reichsregierung sieht dabei auf dem Standpunkt, daß es sich bei den ganzen europäischen Bestrebungen um Dinge handelt, an denen wir uns aus ureigenstem deutschem Interesse aktiv zu beteiligen haben. Deshalb wird in der Antwort gefogt, daß kein Land die öffentlichen Mängel der gegenwärtigen Struktur Europas stärker empfinden kann als gerade Deutschland, und daß kein Land an der Beseitigung dieser Mängel ein stärkeres Interesse hat als Deutschland.

Heute ist der europäische Gedanke noch nichts anderes als eine allgemeine Idee, die man verschieden verstehen kann. Es gilt daher zunächst zweierlei festzustellen, erstens: Welches sind überhaupt die sachlichen Aufgaben, die für eine europäische Zusammenarbeit in Frage kommen? und zweitens: Welches sind die Methode und die Form, die man am besten für diese Zusammenarbeit zu wählen hat? Gegenüber dem Briand-Memorandum, das für diese beiden Fragen, wenigstens in den Grundzügen, von vornherein eine Konstruktionsflanze vorlegt, stellt die deutsche Antwort die zweite Frage, die Frage der Form und der Arbeitsmethode, zurück, weil wir der

Ansicht sind, daß man über die Methode der Arbeit und die Form eines etwaigen europäischen Zusammenflusses erst sprechen kann, wenn der Kreis der sachlichen Aufgaben klar genug abgegrenzt ist. Das bedeutet zugleich — und das ist von großer Wichtigkeit — daß wir den Vorschlag des Brand-Memorandums, die ganze europäische Zusammenarbeit mit dem Abschlüß eines allgemeinen Europa-Paktes oder wenigstens mit der Beratung eines solchen Paktes zu beginnen, nicht für zweckmäßig halten. Deutschland ist also nicht bereit, schon jetzt ein Europa-Pakt der in dem Brand-Memorandum vorgeschlagenen Art zu unterstützen. Die glauben, daß wir dem europäischen Gedanken nur nützen, wenn wir es für unzumessmäßig erklären, einen großen Rahmen aufzustellen, bevor wir wissen, was in diesen Rahmen eingepaßt werden soll.

Die Abgrenzung der sachlichen Aufgaben wird in der deutschen Antwort sehr bestimmt, wenn auch nur grundsätzlich behandelt. Zunächst wird negativ, wie das auch in den Antworten anderer Länder geschehen ist, betont, daß die europäische Solidarität keine Spitze gegen außereuropäische Länder, wie namentlich gegen die Vereinigten Staaten, annehmen darf. Dabei wird zugleich Stellung genommen gegen den französischen Gedanken, die Beratungen zunächst auf die europäischen Mitglieder des Völkerbundes zu beschränken. Das französische Memorandum begründet diesen seinen Vorschlag mit der Ermögung, daß so am besten eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen der geplanten europäischen Organisation und dem Völkerbund selbst gesichert werden könne. So sehr Deutschland, wie wir an einer anderen Stelle noch betonen, jede Beeinträchtigung der Völkerbundsentwicklung verneinen will, halten wir es doch nicht für richtig, Aufbruch und die Türkei von den Beratungen auszuschließen, zumal da diese Länder auch schon an anderen Beratungen des Völkerbundes teilgenommen haben.

Nach Darstellung des deutschen Standpunktes über das Verhältnis der europäischen Völkerbundstaaten zu den anderen Staaten behandelte unsere Antwort die politische Seite des Problems. Es ist ja das in der Öffentlichkeit schon ausgiebig diskutierte Charakteristikum des Brand-Memorandums, daß es die These vertritt, das wirtschaftliche Problem müsse dem politischen untergeordnet werden, und es komme deshalb zunächst darauf an, die politische Sicherheitsfrage zu lösen, um den einzelnen europäischen Staaten eine Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet zu ermöglichen. Frankreich hat dabei deutlich erkennen lassen, daß es sich die Lösung der Sicherheitsfrage, wie in den ganzen vergangenen Jahren, nach dem Muster des bekannten Genfer Protokolls denke. Demgegenüber war der deutsche Standpunkt von vornherein gegeben. Daß die Zolllage Europas ihre Aufgabe gerade in der gegenwärtigen Gestaltung des Kontinents hat, ist stets von Deutschland betont worden. Die deutsche Antwort beruht auf alle die großen politischen Debatten, die im Laufe der letzten Jahre über diese Fragen stattgefunden haben, namentlich in Genf. Deutschland hat stets gesagt, daß es ohne volle Gleichberechtigung und ohne gleiche Sicherheit für alle eine wirkliche Befriedung Europas nicht geben könne, und wir haben auch stets offen ausgesprochen, daß man sich mutig zu einer Reform der einmal als unhaltbar erkannten Verhältnisse ent-

schließen müsse. Es ist das die Haltung, die man in die bekannnten Schlagworte zusammenfassen kann: Nicht Stabilisierung, sondern Evolution. Es handelt sich also für das Ausland bei den hierauf bezüglichen Ausführungen der deutschen Antwort um nichts Neues und um nichts Neues. Das Ausland würde es nicht verstehen, wenn Deutschland nicht auch bei dieser Gelegenheit wieder darauf hinwies, daß die gegenwärtige Lage der Dinge in Europa von uns nicht als derjenige Zustand angesehen werden kann, der als haltbares Fundament der europäischen Befriedung dienen könnte.

So fand die deutsche Antwort in dieser Weise die Bedeutung der ungelösten politischen Fragen Europas untergeordnet, so betont sie doch auf der anderen Seite, daß es nicht möglich ist, die wirtschaftlichen Fragen als solche im Sinne des Brand-Memorandums den politischen Fragen unterzuordnen. Vor allem darf es nach deutscher Auffassung nicht das kommen, daß bei rein wirtschaftlichen Fragen militärische Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt werden, da es ja klar ist, daß sonst die wichtigsten Produktionszweige von jedem Rand reserviert werden. Im übrigen betont sie, daß man sich nicht durch die Rückschlüsse, die der Weltwirtschaftskongress von 1927 folgten, entmutigen lassen dürfe, da für diese Rückschlüsse doch mehr oder weniger die Besondereheiten der Situation der letzten Jahre verantwortlich gewesen seien. Auf die Einzelheiten geht die deutsche Antwort hierbei nicht ein; sie verweist aber auf das Programm, das im März 1920 von der Zollfreiheitskonferenz aufgestellt worden ist. In diesem Zusammenhang wird in der deutschen Note aber gesagt, daß die Arbeit der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet nicht die Initiative der Privatwirtschaft ausschließen darf. Ferner wird unterstrichen, daß eine wirtschaftliche Kooperation natürlich nicht die besondere Lage außer acht lassen darf, die sich für Länder wie Deutschland aus ihrer sozialen Struktur und aus ihrer Belastung mit Kriegsschulden ergibt.

Das französische Memorandum selbst hatte betont, daß die europäische Kooperation in Einklang mit der Völkerbundstätigkeit gebracht werden müsse. Ebenso wie die letzten Antworten, schließt sich auch die deutsche dieser Auffassung an. Sie geht darin weitestgehend insofern noch weiter als Frankreich und die anderen Länder, als sie betont, daß bei Einsetzung permanenter europäischer Organe die Tätigkeit des Völkerbundes doch außerordentlich gefördert werden könnte. Die Antwort spricht sich ganz unzweideutig gegen alle Gruppenbildungen innerhalb des Völkerbundes aus, weil wir der Ansicht sind, daß die Uninteressiertheit des Völkerbundes nicht angetastet werden darf. Gerade in diesem Zusammenhang betont die Antwort nochmals, daß es in erster Linie darauf ankommt, mit größter Voricht diejenigen Materien festzustellen, die sich für eine europäische Zusammenarbeit eignen. Ist der Inhalt der ganzen Aufgabe klar und überflüsslich festgesetzt, so schließt die deutsche Note, wie man der Frage der weiteren Behandlung näherzutreten können. Sachlich und freimütig, in voller Harmonie mit der selbständigen Haltung, hat die deutsche Regierung zu den Einzelheiten der französischen Entwurfs Stellung genommen, aber zugleich das erliche Bemühen zum Ausdruck gebracht, fördern und Konstruktiv an der Derwirklichung des europäischen Gedankens mitzuwirken.

Deutschlands Bezugs- und Absatzländer 1929.

Von Regierungsrat Prof. Dr. Kärbs.

Deutschlands Außenhandel im Jahre 1929 weist im zehnten Warenverkehr (ohne Reparationsfachlieferungen) einen Einfuhrüberschuß von 772 Millionen RM. auf, während die beiden Vorjahre mit einem Einfuhrüberschuß von 2662 (1928) und 5922 (1927) Millionen RM. abgeschlossen. Die starke Entlastung der Handelsbilanz ist im wesentlichen auf die Zunahme der Ausfuhr zurückzuführen. Diese ist seit 1925 ständig gestiegen; sie liegt 1929 um 22, 12,7 Milliarden RM. (ohne Reparationsfachlieferungen) um das gegenwärtig um wenig vermindert. 1929 sind für 15,4 Milliarden RM. Waren eingeführt worden gegen 12,4 Milliarden RM. im Jahre 1928. Das erste Halbjahr 1930 (für das die Aufteilung nach Ländern noch nicht vorliegt) zeigt eine bemerkenswerte Einkünkung der Einfuhr. Bei der Ausfuhr scheint die Aufwärtsentwicklung zum Stillstand gekommen zu sein. Dagegen ist der schon in der zweiten Hälfte 1929 eingeleitete Umschwung zur aktiven Handelsbilanz Tatsache geworden. Es hat betragen:

	Ausfuhr		Bilanz	
	mit	ohne	mit	ohne
	Reparationsfachlieferungen			
	in Millionen Reichsmark			
1925	12 428	—	8 798	— 3 630
1926	9 951	—	9 785	— 169
1927	14 143	10 801	— 3 342	— 3 322
1928	14 045	12 055	11 395	— 2 662
1929	13 435	13 482	12 665	+ 17
1. Hbf. 1930	5 703	6 206	•	+ 503

Sieht man von dem Jahre 1926 ab, so kann man geradezu von einer „Stabilisierung der Einfuhr“ und einer stetigen Aufwärtsentwicklung der Ausfuhr sprechen. Es ist annehmbar, daß die Entlastung des deutschen Außenhandels auch für die nächste Zeit in der gegenwärtigen Richtung gehen wird. Zwar nicht in der bisherigen markanten Form; denn das bisherige Tempo der Fortentwicklung der Ausfuhr wird sich angesichts der wachsenden Weltstände auf dem Weltmarkt notwendigerweise verlangsamen müssen; auch wird bei der Einfuhr für die Folge ein Ansteigen nicht zu vermeiden sein. Wenn bei der Einfuhr in den letzten Jahren ein Rückgang eingetreten ist, so beruht das im wesentlichen auf dem verhältnismäßig geringen Ausfall der Ernte. Die Einfuhr eines Industrielandes, wie es Deutschland ist, besteht in der Hauptsache aus Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Die wertmäßige Höhe der Nahrungsmittelausfuhr hängt aber in erster Linie von dem Ausfall der Ernte im eigenen Lande, sodann von dem Ausfall der Weltweite ab, da durch die letztere die Preisbewegung stark beeinflusst wird. Der geringe Ausfall der letzten Ernte sowohl im eigenen Lande als auch in den meisten Lebensmittel exportierenden Ländern hat Deutschlands Aufwendungen für den Einfuhrbedarf naturgemäß besonders eingeschränkt, so daß die Mehraufwendungen für Rohstoffe überkompensiert worden sind. Die Höhe der Rohstoff-einfuhr ist bei Industrieländern, deren Ausfuhr zum erheblichen Teil aus veredelten ausländischen Rohstoffen besteht, unangeführt von dem Umfang der Ausfuhr abhängig. Mit wachsendem fertigwareneport geht eine Zunahme der Rohstoffeinfuhr Hand in Hand.

Der Heimatdienst

(Übersicht 1)

Einfuhr 1929	Lebende Tiere	Lebensmittel und Getränke	Rohstoffe und halbfertige Waren	Fertigwaren	Keiner Warenverehr
	in Millionen Reichsmark				
insgesamt	149,7	5817,5	7 205,1	2 262,5	15 454,6
davon aus:					
Europa . . .	146,4	1 951,6	3 048,7	1 915,0	7 061,7
Afrika . . .	0,8	147,7	555,8	6,6	685,9
Asien . . .	0,4	240,0	1 295,7	16,5	1 604,6
Amerika . . .	2,1	1 426,3	2 005,2	275,7	3 705,5
Australien	—	42,3	504,7	2,4	549,4
nicht ermittelt	—	9,2	17,0	1,5	27,5

Auch bei der Rohstoffeinfuhr kommt der Preisbewegung eine erhebliche Bedeutung zu. Die Rohstoffpreise haben sich 1929 nicht, wie die Nahrungsmittelpreise, einheitlich nach unten bewegt. Preisfälligkeiten für Rohstoffeilen, Garne, Felle und Häute sowie Kautschuk haben Preis-erhöhungen für Bananöl, Mineralöl, Erze und Metalle und andere Waren gegenüber. Wenn bei der Nahrungs-mitteln-einfuhr aus der Preisbewegung eine Ersparnis von 152 Millionen RM. erzielt worden ist, so haben die Rohstoff-preiserhöhungen diesen „Gewinn“ im Endergleichen für die Gesamteinfuhr auf 69 Millionen RM. vermindert¹⁾. Ob diese aus der Preisbewegung erwänschte Ersparnis bei der Einfuhr als ein volks-wirtschaftlicher Gewinn anzusprechen ist, erscheint fraglich. Einfuhr und Ausfuhr bedingten sich wechselseitig. Ein Preis-rückgang bei den Importwaren kann eine Verminderung der Kaufkraft der diese Waren erzeugenden Länder auslösen und somit die Aufnahmefähigkeit der betref-fenden Länder für ausländische Waren beeinträchtigen. Nach Auffassung des Instituts für Konjunkturforschung²⁾ hat der anhaltende Preisdruck auf die Export-länder von Getreide, Kolonialwaren und gewissen Rohstoffen bereits in dieser Rich-tung gewirkt. Auch der Zusammenbruch der Aktienpekulation in New York hat die Aufnahmefähigkeit wichtiger Export-märkte ungünstig beeinflusst, so daß nach Ansicht des Konjunkturinstituts der bis-herige starke Auftrieb der deutschen Aus-fuhr gefährdet erscheint. Tatsächlich ist auch die Ausfuhr wichtiger Warengrup-pen, wie Maschinen und Metallwaren, konjunkturmäßig gesunken. Es entspricht dieser Situation, daß bei den Ausfuhr-erlösen gegenüber dem Vorjahre ein Rück-gang festzustellen ist. Betrachtet man die deutsche Ausfuhr des Jahres 1929 mit den Preisen des Vorjahres — so abstrahiert einwandfreien Ergebnissen kann diese Methode deshalb nicht führen, weil bei der vorwiegenden Fertigwarenausfuhr die Qualitäten von Jahr zu Jahr betr-ächtlich abweichen können —, so ergibt sich ein Mindereins von 187 Millionen RM., der hauptsächlich auf Preisge-fällnisse bei Wolgen, Faser und sonsti-geren Lebensmitteln sowie Textilwaren zurückzuführen ist. Betrachtet man den deutschen Außenhandel nach Erd-teilen, so zeigt sich, daß die starke Ent-lastung der deutschen Handelsbilanz zu-für Hälfte auf die Steigerung der Aus-fuhr nach europäischen Ländern zurück-zuführen ist. Diese hat sich 1929 gegen 1928 um 909 Millionen RM. gehoben, obwohl sie antelmäßig etwas zurück-

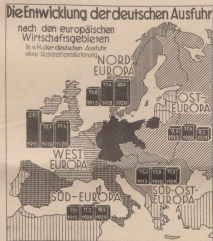
Ausfuhr 1929 (einschließlich Reparations-fachlieferung.)	Lebende Tiere	Lebensmittel und Getränke	Rohstoffe und halbfertige Waren	Fertigwaren	Keiner Warenverehr
	in Millionen Reichsmark				
insgesamt	22,0	701,5	2 926,5	9 852,4	15 482,2
davon nach:					
Europa . . .	16,6	579,6	2 458,6	6 869,2	9 924,0
Afrika . . .	0,3	22,8	51,8	256,9	511,8
Asien . . .	0,1	31,1	96,8	915,8	1 041,8
Amerika . . .	5,0	66,2	518,9	1 702,7	2 092,8
Australien	—	0,5	14,5	86,1	100,9
nicht ermittelt	—	1,5	5,9	3,7	10,9

(Übersicht 2) Der deutsche Außenhandel nach Wirtschaftsgebieten.

Erdteile und Länder	Einfuhr				Ausfuhr				Reparations-fachlieferung.	
	1929		1928		1929		1928		1929	1928
	in Mill. RM.	v. d. der Summe	in Mill. RM.	v. d. der Summe	in Mill. RM.	v. d. der Summe	in Mill. RM.	v. d. der Summe	in Mill. RM.	in Mill. RM.
Keiner Warenverehr	15 453	14 051	100	100	12 665	11 592	100	100	819	665
dav.: Europa	7 062	7 171	52,6	51,0	9 146	8 528	72,2	73,5	778	656
Weiteuropa	2 159	2 354	16,1	16,7	2 459	2 017	19,4	17,7	558	484
dav.: Großbritannien	866	894	6,5	6,4	1 506	1 182	10,5	10,4	—	—
Irland	2	4	0,0	0,0	25	20	0,2	0,2	—	—
Frankreich	642	741	4,8	5,5	448	297	3,6	2,6	486	397
Saargebiet	202	221	1,5	1,6	143	116	1,1	1,0	—	—
Belgien-Luxemburg	447	474	3,3	3,4	537	402	4,2	3,5	72	87
Nordamerika	1 561	1 445	11,6	10,2	2 041	2 211	20,0	19,4	—	—
dav.: Niederlande	701	710	5,2	5,0	1 555	1 178	10,7	10,3	—	—
Dänemark	370	359	2,8	2,5	485	451	3,8	3,8	—	—
Schweden	550	525	2,6	1,8	476	435	3,7	3,8	—	—
Norwegen	145	151	1,0	0,9	227	169	1,8	1,5	—	—
Südamerika	1 198	1 242	8,9	8,9	1 600	1 575	12,6	13,8	85	41
dav.: Tschechoslowakei	480	538	3,6	3,6	658	645	5,2	5,7	—	—
Österreich	202	232	1,5	1,7	441	426	3,4	3,7	—	—
Rumänien	211	189	1,6	1,5	145	162	1,1	1,4	20	11
Griechenland	104	94	0,8	0,7	70	60	0,5	0,5	7	—
Ungarn	89	72	0,6	0,5	147	154	1,2	1,4	—	—
Sibirien	61	67	0,4	0,5	95	88	0,8	0,8	58	50
Bulgarien	51	51	0,4	0,4	45	36	0,4	0,3	—	—
Albanien	0	0	0,0	0,0	1	0	0,0	0,0	—	—
Östeuropa	1 086	1 055	8,1	7,5	1 159	1 291	9,2	11,4	1	—
dav. Sowjetunion	426	378	3,2	2,7	554	405	2,8	3,6	—	—
Polen	359	357	2,5	2,5	543	405	2,7	3,5	1	0
Danzig	37	20	0,3	0,1	82	96	0,7	0,8	—	—
Finnland	114	126	0,9	0,9	188	216	1,5	1,9	—	—
Lettland	69	66	0,5	0,5	95	79	0,8	0,6	—	—
Litauen	69	55	0,5	0,4	56	53	0,4	0,4	—	—
Estland	32	35	0,2	0,2	41	41	0,3	0,3	—	—
Südeuropa	1 053	1 117	7,8	7,9	1 385	1 279	10,9	11,2	154	111
dav.: Italien	442	467	3,5	3,5	471	457	3,8	3,8	151	110
Schweiz	318	350	2,5	2,5	627	574	5,0	5,0	—	—
Spanien	252	281	1,9	2,0	218	211	1,7	1,9	—	—
Portugal	37	36	0,3	0,3	61	50	0,5	0,5	5	1
Brit. Mittelmeergb.	4	3	0,0	0,0	8	7	0,0	0,0	—	—
Außereurop. Länd.	6 345	6 870	47,2	48,9	5 507	5 009	27,7	26,4	41	27
Amerika	5 706	4 158	27,6	29,4	2 095	1 736	16,5	15,4	—	—
dav.: Ver. Staaten	1 788	2 026	15,3	14,4	991	797	7,8	7,0	—	—
Argentinien	747	954	5,6	6,6	371	347	2,9	3,0	—	—
Kanada	502	576	2,2	2,7	85	68	0,7	0,6	—	—
Brazilien	215	216	1,6	1,5	210	196	1,7	1,7	—	—
Chile	117	106	0,9	0,8	99	59	0,8	0,5	—	—
Asien	1 605	1 660	11,9	11,8	1 021	925	8,1	8,1	21	7
dav.: Brit. Indien	624	711	4,6	5,1	220	225	1,7	2,0	—	—
China	371	350	2,8	2,4	185	170	1,5	1,5	—	—
Japan	43	40	0,3	0,3	235	208	1,8	1,8	12	5
Niederl. Indien	561	588	2,7	2,8	187	160	1,5	1,4	—	—
Afrika	686	710	5,1	5,1	292	261	2,5	2,5	20	20
dav.: Brit. Südafrika	164	188	1,2	1,5	96	100	0,8	0,9	—	—
Brit. Westafrika	179	185	1,3	1,3	50	51	0,2	0,3	—	—
Ägypten	78	68	0,5	0,5	85	66	0,7	0,6	—	—
Australien	349	362	2,6	2,6	101	76	0,8	0,6	—	—

¹⁾ Gemerkt man die Einfuhr des Jahres 1929 mit den Preisen des Vorjahres, so ergibt sich ein Mehr von 60 Millionen RM.
²⁾ Vgl. A. Dienstbeschrift zur Konjunkturforschung, Belegang 1929.

gegangen ist (von 74,8 v. H. auf 75,6 v. H.). Die Einfuhr aus Europa ist absolut etwas gesunken, anteilmäßig dagegen etwas gestiegen. Ohne Reparationsfachlieferungen zeigte der Ausfuhrüberschuss zwischen Deutschland und den europäischen Ländern 1928 einen Ausfuhrüberschuss von 1207 Millionen RM., während 1929 ein Mittelfeld von 2084 Millionen RM. besteht. Die Handelsbilanz mit Äußereuropa ist nach wie vor passiv; die Passivität hat sich jedoch im Verkehr mit sämtlichen Erdteilen vermindert. Im Warenansatz Deutschland-Amerika hat sich—sowohl infolge gesteigerter Ausfuhr als auch gesteigerter Einfuhr—der Einfuhrüberschuss verringert, und zwar von 2391 Millionen RM. im Jahre 1928 auf 1787 Mill. RM.



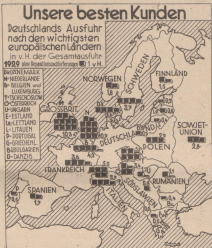
im Jahre 1929. Dasselbe trifft auch für alle übrigen Erdteile zu. Es hat betragen der Einfuhrüberschuss im Verkehr mit: Asien 1928 757 Millionen RM. — 1929 864 Millionen RM., Afrika 1928 449 Millionen RM. — 1929 594 Millionen RM., Australien 1928 286 Millionen RM. — 1929 248 Millionen RM.

Europa ist an der deutschen Einfuhr mit etwas mehr als der Hälfte, an der Ausfuhr sogar mit mehr als sieben Zehnteln beteiligt. Es liefert: fast sämtliche importierten lebenden Tiere, etwas mehr als die Hälfte des gesamten Einfuhrbedarfs an Lebensmitteln, ungefähr die Hälfte aller importierten Rohstoffe und nahezu neun Zehntel aller eingeführten Fertigwaren (siehe Übersicht 1). Die lebenden Tiere werden hauptsächlich aus Dänemark, Italien, Polen, den Niederlanden und Österreich importiert, die Lebensmittel aus den Niederlanden, Dänemark, Italien, Rumänien, Spanien, Frankreich, Belgien-Kümburg, Polen und Großbritannien sowie aus der Sowjetunion. In Betracht kommen vor allem Mehlerezeugnisse, Eier, Früchte, Küchengewürze, Fleisch und Futtermittel, wozu letzteres in größeren Mengen nur von einem europäischen Lande, nämlich Rumänien, in der Hauptsache aber aus Übersee bezogen wird. Der größte europäische Rohstofflieferant ist Großbritannien, das 1929 für 375 Millionen RM. lieferte, zum Teil allerdings nur im Reexport; an zweiter Stelle steht die französische Zollunion mit 322 Millionen RM., die ebenso wie Großbritannien vor allem Wollen, Erze und Metalle, felle und Häute und felle zu Pelzwerk absetzt. An dritter Stelle ist wiederum die Sowjetunion zu nennen, die 1929 für 292 Millionen RM. Rohstoffe nach Deutschland einführte, darunter vorwiegend felle zu Pelzwerk, Mineralöle und Bau- und Zugholz. Es folgen dann Polen-Danzig mit 251 Millionen RM., Schweden mit 250 Millionen RM., Tschechoslowakei mit 220 Millionen RM., Belgien-Kümburg mit 217 Millionen RM., Italien mit 191 Millionen RM. (Seide, Hanf, felle und Häute), die Niederlande mit 153 Millionen RM., Spanien mit 129 Millionen RM. (Erze) und Norwegen mit 104 Millionen RM. (Erze, Eisen). An der deutschen fertigenwareneinfuhr nimmt eine ganze Reihe europäischer Staaten teil. Führend sind das französische Zollgebiet mit 452 Millionen RM. — darunter das Saargebiet mit 142 Millionen RM. — (Eisenwaren, Gewebe, chemische Erzeugnisse, Leder) und Großbritannien mit 428 Millionen RM. (Garne, Gewebe, Eisenwaren, Maschinen). Be-

deutend ist auch noch die Einfuhr aus der Schweiz (226 Millionen RM.), aus der Tschechoslowakei (194 Millionen RM.), aus Belgien-Kümburg (160 Millionen RM.) und Österreich (114 Millionen RM.).

Deutschlands Ausfuhr besteht zu 75 v. H. aus Fertigwaren, zu 22 v. H. aus Rohstoffen und zu 3 v. H. aus Lebensmitteln und Getreiden.

Von allen Warengruppen ist Europa, wie bereits gesagt, weitaus der größte Abnehmer (siehe Übersicht 2). Die Hauptabnehmer der ausgeführten Lebensmittel sind Großbritannien, die Niederlande, das französische Zollgebiet, Dänemark, die Tschechoslowakei, Schweden und die Schweiz. Zur Ausfuhr gelangen vor allem Brotgetreide und Mehl, pflanzliche Öle und fette, Futtermittel, vornehmlich Hafer, Zuder und Bier. Unter den exportierten Rohstoffen haben Kohlen und Koks sowie chemische Grundstoffe die größte Bedeutung. Einen erheblichen Wert stellen auch oftstark durchgeführte Rohstoffe und felle zu Pelzwerk sowie Maschinen



(Übersicht 3)

Die wichtigsten Bezugsländer der Deutschen Reiches im Jahre 1929

Einfuhr			Ausfuhr (ohne Reparationsfachl.)		
Rfd. Nr.	Länder	In Mill. RM.	Rfd. Nr.	Länder	In Mill. RM.
	Alle Länder ..	13 455 100		Alle Länder ..	12 665 100
	darunter:			darunter:	
1.	Der. Staat- u. Am.	1 288 13,5	1.	Niederlande ..	1 355 10,7
2.	Großbritannien ..	865 6,5	2.	Großbritannien ..	1 306 10,3
3.	Frans. Zollgebiet ..	844 6,3	3.	Der. Staat- u. Am.	991 7,8
4.	Argentinien ..	207 1,6	4.	Tschechoslowakei ..	658 5,2
5.	Niederlande ..	171 1,3	5.	Schweiz ..	627 5,0
6.	Brit. Indien ..	624 4,6	6.	Frans. Zollgebiet ..	591 4,7
7.	Tschechoslowakei ..	440 3,3	7.	Belgien-Kümburg ..	557 4,2
8.	Belgien-Kümburg ..	447 3,3	8.	Dänemark ..	485 3,8
9.	Italien ..	442 3,3	9.	Schweden ..	476 3,7
10.	Sowjetunion ..	426 3,2	10.	Italien ..	471 3,7
11.	Poln. Zollunion ..	375 2,8	11.	Österreich ..	441 3,4
	dar. Danzig ..	37 0,3	12.	Poln. Zollunion ..	425 3,4
12.	Dänemark ..	370 2,8	13.	Poln. Danzig ..	82 0,7
13.	China ..	321 2,4	14.	Sowjetunion ..	571 2,9
14.	Niederl. Indien ..	361 2,7	15.	Japan ..	253 1,8
15.	Schweden ..	350 2,6	16.	Norwegen ..	227 1,8
16.	Schweiz ..	318 2,3	17.	Brit. Indien ..	220 1,7
17.	Instr. Bund ..	313 2,3	18.	Spanien ..	218 1,7
18.	Kanada ..	252 1,9	19.	Brasilien ..	210 1,7
19.	Spanien ..	252 1,9	20.	Finnland ..	188 1,5
20.	Brasilien ..	215 1,6	21.	Niederl. Indien ..	187 1,5
21.	Rumänien ..	211 1,6	22.	China ..	185 1,5
22.	Österreich ..	202 1,5	23.	Ungarn ..	147 1,2
23.	Brit. Westafrika ..	179 1,3	24.	Rumänien ..	143 1,1
24.	Brit. Südafrika ..	164 1,2	25.	Chile ..	99 0,8
25.	Norwegen ..	143 1,0	26.	Brit. Südafrika ..	96 0,8
26.	Chile ..	113 0,9	27.	Südafrika ..	95 0,8
27.	Finnland ..	114 0,9	28.	Kettland ..	95 0,8
28.	Brasilien ..	104 0,8	29.	Kanada ..	95 0,7
29.	Mexiko ..	96 0,7	30.	Austral. Bund ..	85 0,7
30.	Ungarn ..	89 0,6			

und Kleie dar. Abnehmer sind in der Reihenfolge des Bezugs- umfanges: Frankreich, die Niederlande, Belgien-Luxemburg, die Tschechoslowakei, Italien, Großbritannien, Polen, Dänemark und die Schweiz.

Die aus Über-sicht 2 ersichtlich, verteilt sich die Fertigmaren- ausfuhr fast reiflos auf Europa, Amerika und Asien. Über-sicht 5 vermittelt die Beteiligung der europäischen Staaten. Es ist kein Zufall, daß nahezu den Niederlanden gerade die westeuropäischen Staaten die Hauptabnehmer sind, denn es ist eine alte Tatsache, daß die Industrieländer untereinander die besten Kunden sind. Demzufolge ist auch die vielfach vertretene Auffassung, die Industrialisierung der Neuländer bedeute eine Gefahr für den Export der alten Industrieländer, irrig. Es ist zwar richtig, daß jede wirtschaftliche Umstellung und somit auch die Industrialisierung der Kolonialländer zunächst eine Bedarfsverchiebung bewirkt, die für die bisherigen Lieferanten eine vorübergehende Einbuße mit sich bringt. Auf die Dauer jedoch entsteht eine Erhöhung der Kaufkraft der sich industrialisierenden Länder und somit ein erhöhter Bedarf. Die Neuländer stellen die größten Fertigmaren für den eigenen Bedarf selbst her. In die Stelle des Konsumgüterexportes tritt aber ein Produktionsgüterexport, denn die neuen Länder sind in bezug auf Maschinen und sonstige Produktionsmittel auf die alten Industrieländer angewiesen. Legten Endes also muß sich die Industrialisierung der Neuländer zugunsten eines erhöhten Warenaustausches mit den alten Industrieländern auswirken. — Die wichtigsten deutschen Exportfertigmaren sind Eisenwaren (Ausfuhr 1929 1946 Millionen RM.), Textilwaren (1699 Millionen RM.), Maschinen (112 Millionen RM.), chemische Erzeugnisse (957 Millionen RM.), elektrische Erzeugnisse (57 Millionen RM.), Waren aus unedlen Metallen (508 Millionen RM.), Papier (418 Millionen RM.), Leder und Schuhe (393 Millionen RM.), Pelze (289 Millionen RM.), Glas und Glaswaren (247 Millionen RM.).

Auf Europa hat als Lieferant für Deutschland eine größere Bedeutung denn als Abnehmer: 47,2 v. H. der gesamten deutschen Einfuhr kommt aus außereuropäischen Staaten, während nur 27,7 v. H. der deutschen Ausfuhr nach dort abgeht usw. Wie aus Übersicht 1 hervorgeht, ist Amerika der Hauptlieferant. Es

lieferiert hauptsächlich Lebensmittel und Rohstoffe. Von ersteren fließt Argentinien den größten Pöbel (402 Millionen RM.), und zwar Brotgetreide, Futterrohstoffe und Fleisch. Aus den Vereinigten Staaten sind für 353 Millionen RM. Lebensmittel, darunter vornehmlich Schmalz, Früchte, Getreide und Mehl, sowie Futtermittel bezogen worden. Kanada liefert für 247 Millionen RM. Lebensmittel, davon vorwiegend Brotgetreide und Mehl, sowie Futterrohstoffe; Brasilien endlich führte in der Hauptgasse Kaffee nach Deutschland aus. — Unter den amerikanischen Rohstofflieferanten spielen die Vereinigten Staaten bei weitem die erste Rolle. Von dort sind für 1201 Millionen RM. bezogen worden, darunter für 623 Millionen RM. Rohstoffzucker, d. h. Baumwolle, für 204 Millionen RM. Erze und Metalle und für 109 Millionen RM. Mineralöle. Es folgt Argentinien mit 545 Millionen RM., davon für 122 Millionen RM. Wolle, für 92 Millionen RM. Ölsäure und für 86 Millionen RM. Felle und Häute. — Amerika ist bei weitem auch der bedeutendste außereuropäische Abnehmer deutscher Erzeugnisse. Fast die Hälfte der Ausfuhr nach Amerika ging nach den Vereinigten Staaten (99 Millionen RM.); beträchtlich war auch die Ausfuhr nach Argentinien (571 Millionen RM.) und Brasilien (210 Millionen RM.).

Asien ist nach Amerika Deutschlands bedeutendster außereuropäischer Rohstofflieferant; Britisch-Indien, China und Niederländisch-Indien kommen hier zunächst in Frage. Britisch-Indien liefert Ölsäure, Rohstoffzucker und Reis, China Ölsäure, Niederländisch-Indien Ölsäure, Rohstoffzucker, Erze und Metalle. Bei der Ausfuhr spielt Japan unter den asiatischen Staaten die Hauptrolle. Nach dort gingen im wesentlichen Eisenwaren, chemische Erzeugnisse, Maschinen sowie schweißtaugliches Ammoniak. Britisch-Indien, Niederländisch-Indien und China sind Abnehmer von wachsender Bedeutung.

Afrika liefert hauptsächlich Rohstoffe, wie Rohstoffzucker aus Britisch-Südafrika und Ölsäure aus Britisch-Nordafrika. Die Ausfuhr erstreckt sich in der Hauptgasse auf Britisch-Südafrika, Ägypten und Britisch-Westafrika.

Aus Australien wird vorwiegend bezogen: Wolle, Blei, Weizen; nach dort geliefert: Fertigmaren der verschiedensten Art. Die Ausfuhr nach Australien hat sich erfreulicherweise in der letzten Zeit gehoben.

Der Weichselforridor in der internationalen Diskussion.

Von Dr. E. Murawski.

Das Jahr 1930 scheint besonders dazu angetan, einmal einen zusammenfassenden Rückblick zu geben auf die internationale Diskussion über das Problem des Weichselforridors, den man zu Unrecht den „polnischen“ nennt, weil einmal genau zehn Jahre vergangen sind seit seiner Abtretung und weil andererseits gerade mit diesem Jahre die Offfragen wieder entscheidend in den Vordergrund treten. Daß das Korridorproblem mehr oder weniger lebensfähige Äußerungen und Gegenäußerungen von deutscher und polnischer Seite in Wort und Schrift hervorgerufen hat, ist verständlich, eigentlich sogar selbstverständlich. Wichtiger aber und leider in der deutschen Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt sind doch wohl die nun schon recht zahlreich gewordenen Stimmen aus den Ländern, die uns vor zehn Jahren noch als eine geschlossene „Feindfront“ gegenüberstanden, aus Frankreich, England und Italien. Von ihnen soll daher hier nennentlich gesprochen werden.

Es ist vielleicht außerhalb der ganz besonders interessierten Kreise Deutschlands bisher viel zu wenig beachtet worden, welche eine umfangreiche Literatur in Zeitungen, Zeitschriften und Büchern des Auslands unterdessen zur Korridorfrage entstanden ist, zum Teil speziell in Behandlung der Offfragen, zum Teil in Zusammenhang mit der allgemeinen Betrachtung all jener Schwierigkeiten, die durch die Torheiten des Versailles Vertragswerkes in Mitteleuropa aufzuweisen. Und es ist durchaus bezeichnend, daß immer und immer wieder Ober-schlesien und die Korridorfrage im Vordergrund stehen, daß alle diese ausländischen Autoren erst nach persönlicher Inaugenscheinahme ihre Bücher geschrieben haben, und daß alle diese Werke bis auf einige ganz wenige zu dem Schluß kommen, daß hier einer der größten Gefahrenpunkte für den Weltfrieden liegt, daß es leichtsinnig und Verdröben wäre, die Dinge einfach treiben zu lassen, daß man schnellstens zu vernünftigen Revisionen kommen muß, die den Bevölkerungswünschen aller Beteiligten gerecht würden. Das schreiben Ausländer von An-

sehen, die sich selbst als Freunde Polens bezeichnen, dafür aber leider meist sofort von polnischer Seite als „Verleumder“ oder „im deutschen Solde stehend“ bezeichnet werden, sobald sie von Wiedergutmachung des Deutschland im Osten angetanen Unrechts sprechen. Dabei äußert sich selbst ein s lawischer Kenner der Verhältnisse, wie der frühere russische Diplomat W. K. von Korosowetz in seinem 1929 erschienenen Buch „Polnische Aufrechterhaltung“ (Verlag für Kulturpolitik, Berlin) über Danzig und das Korridorproblem, die letzte Lösung sei so absurd, „daß man sie nur aus der völligen Unkenntnis der Leute erklären könnte, die über Europa entschieden haben“. (Vgl. auch die spätere französische Ausgabe: „Quo vadis Polonia?“ Paris 1929.)

Da es zu weit führen würde, das gesamte Material zu behandeln, sollen diesmal nur die in Buchform vorliegenden Äußerungen besprochen werden, deren Studium bereits wertvolle Aufschlüsse über die Grundeinstellung zu den angeführten Fragen gibt.

Bezeichnend ist, daß die französischen Autoren dabei der Zahl nach an der Spitze marschieren, wahrscheinlich wohl wegen der engen politischen Verbundenheit Frankreichs mit Polen, die allerdings gerade weitestgehende Kräfte zur Kritik herausfordern. Denn energische Kritik an der polenfreundlichen Politik Frankreichs hängt aus all diesen Veröffentlichungen, daneben auch meist eine gar nicht verhehlte Enttäuschung über die Haltung und die Gemüthsarten der polnischen Bundesgenossen. Hatte schon der französische Major Olivier Comte d'Échegoyen in seinem Buch „Pologne“, Pologne“ (deutsche Ausgabe: „Polens wahres Gesicht“, K. F. Koehler-Verlag, Berlin) nieder-schmetternde Urteile über seine Erfahrungen in Polen gefunden und sich aus militärischen und politischen Gründen gegen die gegenwärtige Regelung im Osten ausgesprochen, so erschienen im Jahre 1928 gleich drei Publikationen, die sich für die Umsichtbarmachung des Korridors einsetzten. Der bereits durch frühere Auslassungen im „Temps“ und in der „Revue de Paris“ bekannte Graf d'Ormesson nahm in seinem Buch

„Confiance en Allemagne“ in vorläufiger und zurückhaltender Form dazu Stellung, wobei er in völliger Verfernung der Bedeutung der ganzen Frage für Ostdeutschland glaubte vorzuschlagen, daß man Deutschland für das verlorene Korridorgebiet durch Rückgabe eines Teiles seiner Kolonien entschädigen solle. Energischer geht bereits der Mitarbeiter des Pariser „Sotr“, Robert Courly, ins Zeug, der seine Publikation beziehend „Le conflit de demain: Berlin-Varsovie-Dantzig“ benennt (deutsche Ausgabe: „Berlin, Warschau, Danzig, der Konflikt der nächsten Zeit“, Gilde-Verlag, Köln 1929). Das nach unmittelbaren Reflexionsbildern sehr ansprechend und lebendig geschriebene Werkchen kommt zu dem deutlichen Schluß: „Die deutsch-polnische Grenze ist ein Unsinn, der Danziger Korridor eine empfindliche Herzsukkelung, unter der ein ganzes Land zu leiden hat, die Verknüpfung Danzigs mit Polen eine unbegriffliche „Zwangseinrichtung“, welche alle Grundzüge des Rechts und der Rechtfertigung mit sich trit.“ Die dritte Veröffentlichung des Jahres 1929, „La Pologne et Nous“, stammt von dem Pariser Universitätsprofessor René Martel, auf dessen außerordentlich sachlich-rührige Aufklärungsarbeit wir noch gelegentlich seines neuesten Werkes zu sprechen kommen werden.

Temperamentvoller als alle diese ist der Südfranzose Pierre Valmigièr, der ein glühender Vorkämpfer für die deutsch-französische Verständigung ist und dem in seinem 1929 erschienenen Buche „Et demain?“ (Deutsche Ausgabe: „Und morgen?“ Bräunfenerverlag, Berlin 1929) auch Ausdruck gegeben hat. An gleicher Stelle wendet er sich besonders dagegen, daß die Bevölkerung des Korridorgebietes nicht einmal befragt worden ist, und verlangt einen Zwang für Polen zur Grenzberichtigung und Rückgabe des Korridors, der eine der größten Ungerechtigkeiten von Versailles sei. Bei weitem die beste und sachlichste Publikation aber ist das neueste Buch Martels „Les frontières Orientales de l'Allemagne“ (Paris 1930), das so nüchtern wie möglich die geschichtliche Entwicklung sowie die deutsche und die polnische Auffassung wiedergibt und doch zu dem klaren Schluß kommt, daß man bei der großen Gefahr der leider noch weitergehenden polnischen chauvinistischen Ansprüche schnellstens zur Rettung des Friedens intercedieren und, selbst wenn polnische Opfer unvermeidbar sind, eine endgültige und gerechte Lösung des Problems finden muß, ohne allerdings auch nur anzudeuten, wie diese Lösung wohl aussehen müßte. Besonders wertvoll ist auch das im Anhang beigegebene, fünf Druckseiten umfassende Literaturverzeichnis.

In der englischen Literatur finden besonders vier Werke größeren Umfangs unser Interesse, die alle mit großer Sorgfalt und Sachlichkeit geschrieben sind und in der englischen Öffentlichkeit wohlwollend aufgenommen wurden. Zuerst sei dabei diejenige Arbeit genannt, die sich vom englischen Wirtschafts- und Alltagslebensstandpunkt als einzige aller hier genannten Veröffentlichungen gegen eine Rückgabe des Korridors ausspricht, weil der Verfasser damit die Wiederherstellung eines deutschen geschlossenen Hafens- und Carlismopolis für alle Ausfuhrträger des polnisch-russischen Hinterlandes befürchtet. Das ist die Ansicht des außenpolitischen Mitarbeiters der „fortnightly Review“, der unter dem Pseudonym „Aurur“ verschiedene Bücher herausgab, deren eines, „Eagles, black and white, the fight for the sea“ (London 1929), besonders dem Korridor-

problem gewidmet ist, von dem er glaubt, daß es sich im Laufe der Zeit selbst erledigt, da das ganze Gebiet einschließlich Danzigs und Ostpreußens auf enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen angewiesen sei. Einen geradezu entgegengegangenen Standpunkt nimmt nun aber der frühere langjährige Chefredakteur des „Daily Chronicle“, Sir Robert Donald, ein in „The Polish Corridor and the consequences“ (London 1929). Das umfangreiche, mit Karten und Abbildungen reichlich ausgestattete Buch verlangt schließlich ein Kompromiß auf der Basis: Rückgabe des Korridorgebietes und Danzigs an Deutschland gegen Internationalisierung der Weichsel und der Häfen Danzig und Dirschau, polnische Transportfreiheiten auf deutschen Bahnen und Flüssen, polnische Freihäfen in Königsberg, Elbing, Stettin und Hamburg, ebenso wie im litauischen Memel, polnische Korridorzüge nach Danzig und Kulturautonomie der polnischen und kaschubischen Minderheiten in Deutschland. Ähnliche Vorschläge hatte übrigens bereits die deutsche Delegation in Versailles am 29. Mai 1919 gemacht, leider sind sie gänzlich unbeachtet geblieben. Ebenso unbeachtet wie ein persönlicher Hinweis des französischen Marschalls Foch, der kurz vor seinem Tode das Korridorgebiet als die Stelle bezeichnet, an welcher der nächste europäische Krieg ausbrechen würde. Darauf mochte besonders ein anderer englischer Autor, der Major E. W. Polson Newman, aufmerksam in seinem 1929 noch herausgebrachten Buch „Britain and the Baltic“ (Methuen & Co., London), dessen Kapitel über die Korridorfrage mit dem bedeutenden Hinweis auf die angeblich höchst gefährvolle Möglichkeit eines deutsch-russischen Bündnisses abschließt. Schließlich erschien noch Anfang dieses Jahres in London ein umfangreiches Werk eines ungenannt gebliebenen englischen Journalisten, das sich mit allgemeinen-europäischen Fragen in Verbindung mit den Auswirkungen der Pariser Vorkonferenzen von 1919 auseinandersetzt und „The Fruits of Folly“ betitelt ist. Das dortige Kap. VII

ist der polnischen Frage gewidmet und kommt zu dem bemerkenswerten Schluß, daß die Deutschen bis zum letzten Atemzug um die Revision kämpfen werden — nicht auf Antrieb einer Militärpartei, noch aus Eroberungslust, sondern einfach und allein, weil das ganze Volk aufrichtigen Glaubens ist, daß die Herfindung Deutschlands ein unerträgliches Unrecht darstellt.“ Daß Deutschland der Sieger sein würde, sei unermesslich, und da die daraus möglicherweise entstehenden weiteren Folgen, namentlich auch bei Berücksichtigung einer möglichen deutsch-russischen Einigung, durchaus undurchsichtig seien, wäre eine vorherige vernünftige Lösung im Interesse des Friedens und der Zivilisation unbedingt nötig.

Zum Schluß seien noch zwei italienische Bücher kurz gestreift, die 1925 und 1930 erschienen. Das erste stammt von dem früheren italienischen Gesandten in Warschau, Francesco Commassini, und betitelt sich „La risurrezione della Polonia“. Interessant ist, daß der Verfasser behauptet, Danzig und Westpreußen hätten bei Deutschland verbleiben müssen, während stat dessen Memel der gebene Polen für ein nach geschichtlicher Tradition mit Litauen vereinigt Polen wäre. Und schließlich führt der Universitätsprofessor Attilio Cabiati in Genua in seinem demnächst in deutscher Ausgabe erscheinenden Buche „Der

Der Weichselkorridor.



247

Widerfinn der Reparationen und die Internationale Bank" den Korridor als ein Musterbeispiel für den wirtschaftlichen und geographischen Unfinn an, der in Versailles angerichtet wurde, eine Auffassung, die übrigens auch schon der italienische Staatsmann Francesco Nitti in seinem Buch „Der Friede“ ganz allgemein hinsichtlich der Errichtung des politischen Staates in seiner jetzigen Form vertreten hatte.

Die wirtschaftlichen Forderungen werden sicher auch letzten Endes noch mehr als die politischen Überlegungen die Völker Europas zu einer Bereinigung der ungelösten Probleme führen, von denen das Korridorproblem

anerkanntermaßen mit im Vordergrund steht. Allerdings werden wir uns trotz der geschilderten, immerhin recht umfangreichen internationalen Disaffusionen keinen übertriebenen Hoffnungen hingeben dürfen, denn leider scheint die Zeit noch nicht reif für eine vernünftige Klärung. Daß Deutschland an keine Gewaltauflösung denkt, dafür hat sich Dr. Stresemann in Socarno feierlich verpflichtet, aber der Artikel 19 des Vertrages von Versailles gibt auch uns die nötige Handhabe zur Aufrollung der ganzen Frage, ohne deshalb einen der auch von Deutschland unterzeichneten internationalen Verträge zu verletzen. Die Unterfütigung aller einsichtigen Europäer wird uns dabei gewiß sein!

Zur Zeitgeschichte

Die Unterbrechung der Saarverhandlungen.

Aber die Gründe, die zur Unterbrechung der seit November v. J. geführten Saarverhandlungen Veranlassung gegeben haben, sind von französischer offizieller wie privater Seite Darstellungen verbreitet worden, die den Sachverhalt zum mindesten sehr schief darstellen, die zum Teil, wie z. B. die Darlegungen des früheren französischen Ministerpräsidenten Poincaré in der argentinischen Tageszeitung „Lacion“ von einer befremdenden Unkenntnis der an sich sehr einfachen und übersichtlichen Materie zeugen.

In dem die eingetretene Pause in den Verhandlungen anknüpfenden gemeinsamen Kommuniqué der deutschen und französischen Saardelegation vom 7. Juli wurde festgesetzt, daß über gewisse Fragen, die von beiden Regierungen als wesentlich angesehen werden, nach wie vor sehr ernste Meinungsverschiedenheiten bestehen“. Mit Rücksicht auf diese grundlegenden schiedlichen Differenzen ist eine Vertagung zunächst bis Oktober vorgesehen unter der Bedingung, daß bis dahin diese Differenzen befriedigend gelöst werden.

Der deutsche Verhandlungsstandpunkt war in wenigen Worten der folgende: Im Sinne der deutsch-französischen Verständigung und der allgemeinen europäischen Friedenspolitik ist eine möglichst baldige Aufhebung des im Versailles Vertrag vorgesehenen Sonderregimes für das Saargebiet zu erstreben. Dabei besteht Bereitschaft, Frankreich für eine vorzeitige Aufgabe seiner wirtschaftlichen Stellung im Saargebiet angemessen zu entschädigen.

Bis Oftern d. J. war in den Verhandlungen, die stets in englischer Sühlnahme und in Abereinstimmung mit der Saarbevölkerung sowie der Saargrensbewölkerung geführt worden sind, keinerlei Fortschritt möglich, weil Frankreich immer wieder zunächst auf die Erledigung seiner Hauptforderung, einer Beteiligung am Eigentum der Saargebiete nach Rückgabe der Saargebietes drängte. Diese Forderung, die dann später in eine Forderung auf Beteiligung an Betriebe der Gruben in Form der Beteiligung Frankreichs an einer zu gründenden Aktiengesellschaft der Saargruben abgebildet wurde, ist deutscherseits vom ersten Tage ihrer Geltungmachung an kategorisch abgelehnt worden. Es gelang dann dem Führer der deutschen Saardelegation, Staatssekretär z. D. von Simson, vor Eintritt einer kurzen Osterpause die französische Regierung dahin zu bringen, daß sie die Entscheidung über die Beteiligung zunächst zurückstellte und die beiden gebildeten Unterkommisionen für die Gruben- und die Holzfragen in einer möglichst raschen Meinungsauseinandersetzung über die zahlreichen und außerordentlich verwickelten, aus einer vorzeitigen Rückgabe des Saargebietes entfliehenden Probleme einzutreten ließ. Solche Probleme waren: Berechnung des im Versailles Vertrag vorgesehenen Rückkaufspreises für die Saargruben, Regelung der Saarlohnverhältnisse bis 1935, Warnb-Pachtverträge sowie die Frage einer zollpolitischen Übergangszeit nach 1935. Soweit im einzelnen die beiderseitigen Wünsche und Ansichten über die Regelung dieser Fragen mit ihren zahlreichen Unterfragen zum Zeitpunkt der Vertagung der Verhandlungen auch auseinandergingen, es besteht kein Zweifel, daß schließlich hier eine beide Teile zufriedenstellende Einigung möglich gewesen und damit das Gesamtproblem der baldigen vorzeitigen Rückgliederung des Saargebietes lösbar geworden wäre. Jeder weiteren technischen Detailberatung stand aber die Beteiligungsforderung im Wege, und so war der Augenblick gekommen, daß die französische Regierung eindeutig in dieser Frage sich entscheiden mußte. Die Forderung wurde voll aufrechterhalten, von uns eben reiflos abgelehnt. Tatsächlich also ist es diese eine französische Forderung, die zur Unterbrechung der Saarverhandlungen geführt hat.

Zach den Saarbesprechungen des Versailles Vertrages hat nach normalem Ablauf der dort vorgesehenen 15-jährigen Sonderregelung Frankreich nur Anrecht auf die Zahlung eines Rückkaufspreises für die Saargruben sowie angemessene Kohlenlieferungen. Von technischer weiterer „Beteiligung“ ist keine Rede. Die französische Delegation begründete ihre dahingehende Forderung damit,

daß man so die Kohlenlieferungen „sicherstellen“ müsse. Wie wenig sichhaltig indes diese Begründung ist, ergibt sich aus einem Hinweis auf das seit zehn Jahren funktionierende System der Reparationslieferungen, das sich ohne jede französische Beteiligung z. B. an der Ruhrkohle befriedigend abwickelt. Einer so gearteten „Sicherstellung“ bedarf es auch schon aus dem einfachen Grunde nicht, als die Lieferung von Kohlen an die französisch-lothringische Industrie durchaus im wirtschaftlichen Interesse des Saargebietes liegt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß nur politische Motive diese Forderung eingegeben haben, die Absicht, fester im Saargebiet Fuß zu fassen, als es nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles möglich ist. Bei aller Verhandlungsbereitschaft mit Frankreich ist dies form falsch ausgelegter „collaboration“ für uns unannehmbar. Es zeigt von bedauerlicher Unkenntnis oder Mißachtung der Stimmung sowohl im Saargebiet wie im übrigen Deutschland, wenn man in Paris glaubt, eine solche Forderung ernsthaft mit uns diskutieren zu können. Man stelle sich einmal das Echo in Frankreich vor bei einer entsprechenden deutschen Kollaborationsaufschuf, etwa hinsichtlich der lothringischen Minette-Ergruben! Auf das deutsche Angebot, über die nach dem Vertrage von Versailles als rein formeller Teil Grundlage aufzubauenden Kohlenlieferungen zu reden, ist man beziehungsweise nicht eingegangen.

Eine Insel deutscher Treue.

Zur 600-Jahrfeier der Sprachinsel Gottschee.

Umgeben von Slowenen und Kroaten leben seit 600 Jahren deutsche Menschen in einem Waldgebiet zwischen Kulpa und Save. Im Jahr 1350 besetzten die Ortenburger Grafen in dem damals



Originalkreidzeichnung von Augustin Reimesch im Siedlungsgebiet Gottschee

wälsch umschlossenen Kämpfe hatten die Gottscheer zu bestehen. Zunächst mußte die Natur beflagt werden. Als dann die reichenden Wästen des Waldes in ihre Schlupfwinkel zurückgeordnet waren und beschreibener Wohlstand in die Blockhäuser der Einwohner

einführen begann, da stellen sich auch schnell die Räuberbanden aus dem frohstehenden Moselgebirge und aus Bessenen ein, denen die Tälchen mit Moos und Brand folgten. Es waren schwere Jahrzehnte eines nie endenden Kampfes um die Scholle. In ihren kleinen Bergkirchen verteilten sich die armen Waldbauern, so gut sie konnten, doch gingen die besten Orte, die im Kulpatal lagen, dem Verfall über. In ihren kleinen Bergkirchen verteilten sich die armen Waldbauern, so gut sie konnten, doch gingen die besten Orte, die im Kulpatal lagen, dem Verfall über. In ihren kleinen Bergkirchen verteilten sich die armen Waldbauern, so gut sie konnten, doch gingen die besten Orte, die im Kulpatal lagen, dem Verfall über.



Originalreiterzeichnung von Augustin Reimisch
Zwölfes' über aus dem Wallbau Gottschee
(Vorl. Allg., Bild von Reimisch)

Originalreiterzeichnung von Augustin Reimisch
Zwölfes' über aus dem Wallbau Gottschee
(Vorl. Allg., Bild von Reimisch)

Im 16. Jahrhundert erwarben die im Obalpengebiet schon recht begüterten Fürsten von Auersperg die Grafschaft Gottschee und wurden mit der Herzogswürde belehnt, eine Würde, die aber zu keiner staatsrechtlichen Förderung berechtigte. Die Gottschee war selbstverständlich weiterhin ein Teil des österreichischen Kaiserstaates. Die Auersperge bemühten sich in sehr verdienstvoller Weise um das vernachlässigte, arme Ländchen. 1808 besetzten französische Truppen das Land, das ein Kantons des napoleonischen Tirols geworden war. Aber die deutschen Waldbauern ergaben sich nicht tatlos in ihr Schicksal. Die Patrouillen, die den großen Wald durchzogen, um Kriegskontributionen einzutreiben, wurden erschlagen; die Bauern bewaffneten sich mit den Gewehren der Franzosen, schmiedeten ihre Senzen zu Spiegeln um, verwandelten die Drehsiegel in Morgensterne und vernichteten ein in einen Hinterhalt gefoltes Regiment so gründlich, daß mehr als 600 Franzosen ihr Leben lassen mußten. In der fernem deutschen Sprachinsel der Gottschee hatte deutsche Freiheitsbegehr sich zum erstenmal zu zeigen. In den Jahren 1809 führten die Franzosen freilich zurück, sie eroberten das Land und erschossen die Führer des Freiheitskampfes an der Friedhofsmauer von Gottschee. Kein Heidenblut fändete diese Tat dem deutschen Volke.

Unter der liebevollen Pflege des Kandesherren begann in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine bescheidene Blüte. Durch Unterfützung des Schulwesens wurde ein Gymnasium mit Schullehrern in der Stadt Gottschee errichtet, so daß nun die intelligenten Söhne Gelegenheit hatten, in höhere Berufe zu gelangen. Zahlreiche Gottscheer fanden ein gutes Auskommen in der österreichischen Beamtenlaufbahn, doch wurde damit der ständig zunehmenden Überbevölkerung nicht gesteuert. Auch die Gottscheer entdeckten Amerika und nun geht alljährlich ein immer stärker werdender Strom von Auswanderern nach U. S. A. Die stark entwickelte Heimatliche Kultur, die Gottscheer vor dem Ausgehen in Amerikamerikaner. Sie schlossen sich zu zahlreichen Vereinen zusammen und jeder Einzelne trachtete danach, höchstmöglichst mit großer Ersparnis in die Heimat zurückzukehren, um dort den Lebensabend zu beschließen. Der Hausierberuf und die Aus- und Aufwanderer verließ dem Gottschee eine große geistige Beweglichkeit. Seine Geistesfreiheit und die akademischen Führer, ebenso wie die Lehrer- und Kaufmannschaft ist in bestem Sinne national erproben, so daß

schon im alten Österreich die Gottscheer als die begabtesten deutsche Sprachinsel galt.

Der Zusammenbruch stellte ihr die große Probe. Zunächst schien es, als wollte man die Gottschee als so etwas wie ein Mutter- und Väterland abgeben und angetan lassen. Als jedoch der südbalbanische Appetit beim Verpeisen des südeuropäischen Deutschtums immer mehr wuchs, wurde auch Gottschee in den Bereich der Einheitsdeutscherarbeit gezogen. Die Schulen wurden konfessionell, die Schulbücher entzogen, die Sparrasse „nationalisiert“, die Vereine aufgelöst. — Den Zweck dieser Abzug erreichten die Südbalbaner freilich nicht. Denn auch die Wirtschaftskrisis bei den Gottscheern besonders schwer auswirkte, zumal ihr Sicherheitsventil — die zeitweilige Auswanderung nach Nordamerika — verstopft wurde, so wie auch der Hausierhandel ins Stocken geriet — der Gottscheer ließ sich nicht unterliegen, er verteilte sich auf den Balkan.

Am 1. August feiern nun die zwanzigtausend Gottscheer die 600. Wiederkehr der Einwanderung. Bei aller Lokalität, die man dem Staate entgegenbringt, verliert man sein Deutschtum nicht, was in diesen Tagen in Südbalbanen allein schon eine Tat ist. Überall wo Deutsche in der Welt leben, soll dieses Tages gedacht werden und der tapfern Gottscheer auf der Insel der deutschen Erenel
Fritz Heinz Reimisch.

Ägypten.

Zwei Richtungen sehen sich im wesentlichen gegenüber. Während die eine, die gemäßigtere, vor allem vertreten durch König Fuad und die ihm nahestehende konstitutionell-liberale Partei, mit allen Mitteln verjudet, mit England in ein erträgliches Verhältnis zu kommen und die von England hierfür wiederholt gemachten Vorschläge als eine im Rahmen des Möglichen geeignete Basis dazu ansieht, lehnt die andere, die radikalere, in erster Linie vertreten durch die Wafdpartei und die in dieser zusammengeflohenen breiten Volksmassen, seit jeder jede Verdrängung mit England auf das entschuldigste ab, die nicht die sofortige völlige Zurücknahme der englischen Besatzungstruppen und die restlose Wiederherstellung der ägyptischen Souveränität, vor allem auch über den Sudan, zur Grundlage hat. Die sich aus dieser verschiedenartigen Einstellung ergebenden Gegensätze werden noch verstärkt durch die nicht minder verschiedene innere Zusammenfassung der beiden Richtungen. Während sich die erstere im wesentlichen aus den Kreisen der Aristokratie und des Großbürgertums zusammensetzt, bestehen die in der Wafdpartei zusammengeflohenen Nationalisten vor allem aus dem Vellachentum und Kreisen, die aus diesem hervorgegangen sind und sich bei dem sich schnell entwickelnden wirtschaftlichen Aufschwung des Landes zu einflussreichen Stellungen emporgearbeitet haben.

Diese Gegensätze werden überdies, so lange an der Spitze des Wafd eine Persönlichkeit stand wie der verlorene Saad Zaghal Pascha. Sie traten jedoch sofort mit aller Schärfe hervor, als mit dem Tode desselben eine solche Persönlichkeit nicht mehr vorhanden war. Ihr Ergebnis war, daß im Sommer 1928 bereits schon einmal unter gleichzeitiger Einschränkung der Pressefreiheit das parlamentarische Regierungssystem auf die Dauer von drei Jahren außer Kraft gesetzt, das Parlament aufgelöst und an dessen Stelle die gesamte Regierungsgewalt durch den König übernommen wurde. Dieser Zustand, hinter dem der breite Schatten des damaligen englischen Oberkommisars im Nillande, Lord Lloyd, stand, hat nicht lange gedauert. Er fand ein Ende, als der Regierungsantritt der Arbeiterpartei in England zur Bildung einer neuen englisch-ägyptischen Verhandlungsbasis führte, und die neue englische Regierung als Voraussetzung hierfür die Wiederherstellung der Verfassung und die Bildung einer dem Parlament entsprechenden Regierung im Herbst 1929 verlangte. Die von König Fuad im Sommer 1928 eingesetzte Regierung Mahmud Paschas mußte zurücktreten. In ihre Stelle trat erneut wieder der Führer des Wafd, Abbas Pascha, mit einer Regierung, die sich auf eine Dreiviertelmehrheit des Parlaments stützen konnte.

Die Folge davon war eine bemerkenswerte Beruhigung der innerpolitischen Lage im Nilland. Aber auch sie hat nicht lange vorgehalten. Bereits im Frühjahr trat an ihre Stelle neue Unruhe, als die von Abbas Pascha mit der englischen Regierung in London geführten Verhandlungen wiederum ergebnislos verliefen und Abbas Pascha nach seiner Rückkehr nach Kairo, aufzeichnend als die Aufmerksamkeit seiner Anhänger von dem Ministerloos der Londoner Verhandlungen abzulenken, von König Fuad die Unterzeichnung eines Gesetzes verlangte, das diejenigen Minister mit schwerer Strafe bedroht, die gegen die Verfassung verstoßen. König Fuad meldete sich, ein solches Gesetz zu unterschreiben. Abbas Pascha trat zurück. Ihm folgte als Ministerpräsident sein schärfster Gegner Sidki Pascha. Seine erste Tat war die Auflösung des Parlaments. Zum zweiten Male innerhalb von knapp zwei Jahren trat Ägypten damit in eine Königsdiktatur ein. Sie wird von den Anhängern des Wafd aus schärfste bekämpft. Diese fordern die sofortige Wiedereinberufung des Parlaments, und droben, sie eventuell mit Gewalt zu erzwingen.

Geschäftliche Mitteilungen

Wichtiger als eine große Beilage ist das gepflegte Rahmende des Herrn. Der gute Eindruck ist oft entscheidend. Wollen Sie Vertrauen gewinnen, sich durchsetzen, Heben Sie sich! Der gute Stoff allein schreitet Sie, wenn das Rahmende für den Herrn, der gute Stoff für das hübsche Rahmende für die Dame. Der gute Stoff ist das Rahmende, was der Herr, und was der Herrschaftsbereich trifft. In der heutigen Welt tritt die Beilage hinter den guten Stoff zurück. Er ist unentbehrlich und nicht nur in der Gegenwart, auch in der Zukunft. Gerade die einfachen Sinnen und der still moderner Steier verlangt für geübtes Rahmende den guten Stoff. Im Stoff sollte niemand gefordert werden; aber doch möchte jeder guten Stoff auch für geringes Geld erhalten. Schreiben Sie einmal die Stelle der Kaufsache Christhof 9 a. b. d. in Christhof (Büro), orientieren Sie sich über Robe, Muster und Preis; lassen Sie sich Ihren Stoffauswahl zusammen, die Ihnen alle Einzelheiten anbietet und Sie über alle möglichen Fragen berätet. Die Ausführung der Robe erfolgt überdies frei und unverbindlich. Bestehen Sie das Rahmende mit dem Stoff beipflichtet.

Bücher zum Verfassungstage!

Deutsche Einheit — Deutsche Freiheit

Gedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag.
Preis in Halbleinen RM. 4.90, Ganzleinen RM. 5.—,
Ganzleder RM. 12.—.

Vom alten zum neuen Reich

Kurzer Abriss der deutschen Verfassungsgeschichte von Prof. A. Zorn.
Preis broschiert RM. 0.60.

Einführung in die Deutsche Reichsverfassung
vom 11. August 1919. Von Dr. Siegfried Berger.
Preis broschiert 2.50 RM.

Die Verfassung des Deutschen Reiches

mit den Änderungen bis Mitte 1929 (Textausgabe).
(Preis 0.60 RM.)

Zum Verfassungstage

Eine Materialsammlung herausgegeben von der Reichszentrale für Heimatdienst.

Die diesjährigen Verfassungsfeiern stehen unter dem Eindrucke der Rheinlandbefreiung! So bringt diese aktuelle Schrift, die in den Vorjahren in vielen Tausenden von Exemplaren in ganz Deutschland Verbreitung fand, wertvolles, zum Teil unveröffentlichtes Material zum Thema der Rheinlandbesetzung.
Preis broschiert 1.— RM.

10 Jahre Weimarer Verfassung

Die Verfassungsreden bei den bisherigen Verfassungsfeiern der Reichsregierung.
Neuaufgabe. Preis broschiert RM. 3.50, in Halbl. RM. 4.50

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35

Gesundung, Band 1:

Stoffwechsellkrankheiten und Ernährungssachen, deren Vererbung und Nahrung / Herausg. Prof. Dr. Gudrun 60 S. Din A 5, Zweiflig. Unsch. / Papierkell - Fehlbilgkeit - Zuckerkrankheit - Rachitis u. a. Verhüten ist besser als heilen!
Preis RM. 1.50 Bestellen Sie darum sofort, „Gesundung“ Bd. 1 v. Verlag H. S. Hermann GmbH, Berlin SW 19, Postcheck-Konto 20781 u. Porto

10 Jahre Zentralverlag

Das neue VERLAGSVERZEICHNIS kostenlos
Bücher aus Politik und Wirtschaft von aktueller Bedeutung, von bleibendem Wert
„WELTPOLITISCHE BUCHEREI“
ZENTRALVERLAG · G.M.B.H. · BERLIN W 35

Leuchte Lichtbildvorträge!

Für die Lichtbildvortragstätigkeit im Winter 1930/31 stehen neue Lichtbildvorträge zur Verfügung. Sie können auch durch Vermittlung der Landesstellen der Reichszentrale für Heimatdienst zu den bekannten Bedingungen bestellt werden.

- *L 1008 Deutsche Dorfkirchen
- *L 1007 Die alte deutsche Stadt
- *L 1137 Die Sächsische Schweiz
- *L 008 Der Rhein ist frei
- *L 1282 Frankfurt a. d. Oder
- *L 1193 Die Marienburg
- L 1298 Augsburg
- L 810 Geld, Bank, Börse
- L 850 Die graphische Darstellung als Lehr- und Volkbildungsmittel
- *L 550 Papier und Zellung
- *L 555 Vom Kaleidoskop zum Tonfilm
- L 521 Die moderne Glasindustrie
- *L 555 Vom Heißluftballon zum modernen Luftkruzer
- *L 550 Von Lilienthal zum Großflugzeug
- *L 357 Giganten der Luft
- L 353 Aus der Geschichte des Fahrrades
- *L 811 Verkehr einst und jetzt
- *L 812 Großstadt-Verkehr
- *L 2455 Vergil
- *L 2401 Wie ein Bühnenbild entsteht
- *L 815 Feuerlöcher und Feuerchutz
- L 855 Urformen der Wirtschaft
- L Teil: Jagd und Fischfang an der Rennp. Völker IL. a. Bodenhaus u. Viehstock

* Die Serien sind auch als Bildbandserien erschienen und werden solche zur künftigen Ausgabe.

Lichtbildkatalog / Bildbandverzeichnis kostenlos

Deutscher Lichtbild-Dienst GmbH
Berlin W 35 / Potsdamer Straße 44

Republikanische Lehrer u. Erzieher!

Der Deutsche Republikanische Lehrerbund an Volks-, höheren und Hochschulen ruft Euch? Was ist der Bund?

Er erstrebt die Zusammenfassung aller der Lehrer und Lehrerinnen an Schulen aller Art, die sich aus freier Obersongung zur Deutschen Republik bekennen.

Was tut der Bund?

Er leistet gemeinsame Arbeit an der Ausbreitung und Vertiefung des republikanischen Staatsgedankens und an der Erziehung republikanischer Menschen im Sinne der Weimarer Verfassung. Er tritt gegen antirepublikanische Bestrebungen im Schulwesen mit Entschlossenheit auf. Er schützt wirksam seine Mitglieder gegen Beeinträchtigungen, die ihnen etwa aus dem Eintreten für die Republik erwachsen.

Wie steht der Bund zu den Fach- und Berufsverbänden der einzelnen Lehrergattungen? Durch Anmelde beim Bundesvorstand oder bei dem Vorstand der Antragsgruppe politischer und religiöser Gegenseite in seinen Reihen ab.

Was fordert der Bund?

Beispielgebendes, demokratisches Verhalten der einzelnen Mitglieder in ihrem persönlichen und beruflichen Leben.

Wie wird man Mitglied des Bundes? Durch Anmeldung beim Bundesvorstand oder bei dem Vorstand einer Ortsgruppe.

Was kostet die Mitgliedschaft?

Jährlicher Bundesbeitrag RM. 3.—.

Was erhält man dagegen?

Die Bundeszeitschrift „Der Wegweiser“ (sechs Nummern jährlich), der zur Zeit im 7. Jahrgang mit gediegenen Originalaufsätzen an besinnlicher Vertiefung freier Staatsgesinnung wirksam beiträgt und über neue republikanische Literatur sowie aus der Bewegung dauernd berichtet. (Nichtmitglieder können den „Wegweiser“ zum Preise von RM 5.— durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag, Postfach Darmstadt, in Darmstadt, beziehen.)

Bundeszeitschrift:
Deutscher Republikanischer Lehrerbund
Dresden, Steinstraße 90

Fortbildung

Oberrealschule
mit Internat besetzt von den
SchülerInnen
Illertissen b. Ulm/D.

Technikum Sternberg
Mecklbg.

Vorbildung bis zum **Dr. Harangs Anstalt**
Abitur in **Schülerheim**
mit **Halle-Saale**
Perfur #1115. - Prospekt. -
G e g r ü n d e t 1864

Pädagogium
Schwarzburg I. Thür.

Oberrealschule mit Gabelung (Reformgymnasium
neueren Stils nach prov. B. Muster). Sexta-Oberprima.
Staatl. Oberkumulative und Abitur an der Anstalt.
Energ. Erziehung an Fleiß, Pflichtgefühl, Höflichkeit,
Achtung vor Erwachsenen. Strafter Unterricht.
Arbeitsl. und Aufsicht. Turnen, Wandl. Basen-,
Wintersp., Gartenarb. Kl. Klassen. Indiv. Behandl.
Dir. P. Vassel.

Ballenstedt/Harz
Städtisches Wollartorf-Gymnasium mit Realschule
Alumnat für Schüler sämtlicher Klassen.
Auskauf durch den Direktor.

Technikum Jümenau in Thür.
Ingenieurschule f. Maschinenbau u. Elektrotechn.
Wissenschaft. Betriebsführung. Werkmeisterabtlg.

Pädagogium Finkenwalde
bei Stettin, Waldstraße 5 Internat
Von Sexta bis Abitur
Besondere Förderung Zurückgebliebener
Prospekt durch die Direktion

Einbanddecken für 1929

in Halbleinen und Goldprägung RM. 2.—
(zuzüglich Porto und Verpackung)

Sammelmappen für 1930

RM. 2,50 zuzüglich Porto und Verpackung
Jetzt noch lieferbar!

Zentralverlag G.m.b.H., Berlin W 35

Casino zu Coblenz.

Weingroßhandlung Seit über 120 Jahren bestehend.
Einzig in seiner Art. Unter ehrenamtlicher Leitung die
beste Garantie strengster Reellität. Großes
Lager ausgereifter Weine in allen Preislagen von
Rhein, Rheinhessen, Mosel, Saar, Ruwer, Nahe und Pfalz
Preisliste H. auf Wunsch zu Diensten
Casino zu Coblenz, Kellerverwaltung.

Von der Überseeplantage direkt nach dem Bremer Freihafen ...
von dort direkt in die Berliner Großröster unseres Hauses ...
und aus der Großrösteri direkt zu Ihnen!

Nur so können Sie die Kaffeezellerhöhung sparen!
Decken Sie bei uns Ihren Bedarf an

Kaffee

Sorte 0 Haanmischung, wirklich gut und ergiebig... Pfd. 2,60 RM
Sorte 1 Campina-Mischung, sehr wohlschmeckende
Zusammenstellung..... 3,50 „
Sorte 2 Guatemala-Mischung, hochfein, ergiebig... 3,50 „
Sorte 3 Java-Spezial-Mischung, hochfeiner Plat-
tagen-Kaffee, wunderbare Schwere, hervor-
ragender Geschmack..... 3,50 „
Sorte 4 Imperator-Mischung, das Feinste v. Feinsten,
nur Hochgewächse..... 4,20 „
ab 5 Pfund: 10% Rabatt, Lieferung iredt Haus.

Kakao

„von Daak“, Kakao Sorte I..... Pfd. 1,40 RM
„von Daak“, Kakao Sorte II..... 1,00 „
Wir liefern in Packungen von 1/2 und 1 Pfund.
Bei Abnahme von 5 Pfund geben wir 5% Rabatt.

Fee

direkt aus dem Import genommen!
Nr. 1 Ostindische Mischung..... Pfd. 4,50 RM
Nr. 2 Java-Orange-Pecoo..... 5,25 „
Nr. 3 Cayenne-Orange-Pecoo..... 6,50 „
Nr. 4 Darjeeling-Orange-Pecoo..... 7,50 „
Nr. 5 Darjeeling Hochgewächse..... 9,— „
In Packungen von 1/2, 1/4, 1 Pfund.
Sie erhalten auf jedes Quantum 5% Rabatt.

Ein Versuch überzeugt!

HANSEATISCHES IMPORTHAUS
VON DAAK & CO. G. M. B. H.
KAFFEEIMPORT / GROSSRÖSTEREI
BERLIN-WILMERSDORF
Brandenburgische Str. 21 • J. 2, Oliva 6100/01

Neubau- Wohnungen

Tempelhof:

Blanke Helle, Nähe Kaiser-Wilhelmstraße.
Straßenbahn-Haltestelle Linie 60.

1½-, 2- u. 2½-Zimmer-Wohnungen

Besichtigung: Montag, Mittwoch, Freitag,
Sonabend 1—6 Uhr, Sonntag 10—1 Uhr.
Vermietungsbüro: dortselbst, Wittekindstr. Haus 24.

Lankwitz:

Nähe Kaiser-Wilhelmstraße.

1½-2½-Zimmer-Wohnungen

Besichtigung: täglich 1—6 Uhr.
Vermietungsbüro: dortselbst, Renatenweg 13.

Sofort vermietet und beziehbar.
Grüner Neubauschein erforderlich.

**Sämtliche Wohnungen sind mit neuzeitlichem
Komfort (Zentralheizung, Warmwasser,
mechan. Waschküche) versehen.**

De - Ge - Wo

Deutsche Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaues,
Gemeinnützige Aktiengesellschaft, Berlin.

**STAGE ZUR ANSICHT!
ÖLGEWÄLDE**

Wir liefern Ihnen von **25. - VI.** an gute Ölgemälde namhafter Künstler. Verlangen Sie phot. Abb. Nr. 110 oder beschreiben Sie unverzüglich unsere Anstaltung. Für Besuche Zahlungserleichterung ohne n. Treuhandbuch

DER KUNSTKREIS G. m. b. H.
Verkaufsstelle d. DEUTSCHEN MALER-GILDE E. V.
BERLIN C 23

Kurze Straße 17 (unter dem Lehrervereinhaus).
Tel.: Kupferg. 4648, Gosch. 9-8, Sonn. 9-8-8.
Vernach. nach allen Fächern Deutschlands.

Wäscheversand

Leistungsfähig in Normal-Wäsche, Oberhemden, Wochenendhemden, Damen-, Trikot-, Fortier-Wäsche
Paul Hartmann, Gera-Thür.
Wäsche Bismarckstr. 17



„BACCHUS“
WEIN-SCHRÄNKE
PREISLISTE GRATIS
JOH. NIC. DEHLER
COBURG 14

Stoffe
aus der Fabrik blau
f.d. guten Anzug, p.mt. Rm.
Herrmann & Sohn für
Bischwerde & Co.
Forsberg, Siehlfass 11, D.

Harnois
soll, mittelalt
mit Spielzeug
Prospekt 10 große
Jahre Größe
wichtige Arbeit.
Eins. Musterkarte
Harnois - Haus
Berlin, Lützowstraße 68

RHEINGOLD
Silberbestecke
und Tafelbestecke mit 100 Z. Feinsilberauflage, -- 8 Tage zur Ansicht, 6--12 Monate Kredit, Oben aus reinem Modell, „Grag“ „Rokoko stilvoll“, „Fächer“ sind jetzt lieferbar.
Zur Einführung Werberpreise
Verlag, 876 unverb. Katalog.
Rheingold - Silberwaren - Gesellschaft, W. A. Keune & Co., Mettmann (Rhld.), Schließf. 45.

Anzug für Reise und Sport
Anzug a. halbes
Cheviot
18.
Anzahl Rest in 5 Monatsraten à 10.
auch Herren-Damen-Kinderkost.
Katalog HD. Modern Massanfertigung gratis
Kaufhaus
FLUSS
BERLIN C
ROSENTHALERSTR. 50

Edlen Tisler Vollfett-Käse
(gar. m. 45% Fett) u. in Steinbuchscher Vollfett-Käsechen können Sie zu Großhandelspreisen dir. v. Fabrikanten beziehen. Postnoll Versand 4 u. 9 Pfd. Dampfmolkerei Stags, Sillen 4 (Ostpr.) Kr. Tilsit, Ragnit.

Eisen-Betten
Stahl-Holz-Schlafzimmer, Kinderbetten, Polsterbetten, Bettstellen, Sessel, Klapp- u. Privatre, Rettungshilfe, -- Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl, Th.

Selbst **Greise** lernen **Klavierspielen**

in 2-3 Monaten korrekt nach Noten, jedoch fabeln. Methode Erlernen. Alles überragende Erfassung eines blinden Musikers. Prospekt Nr. 2, 2 f. sofort kostenlos durch Verlag E. Bader, Lürsch-Baden.

Ihre Beamten und Festbesoldeten
Liefere wir seit 1884 dir. ab unserer Fabrik
Oberbetten, Unterbetten, Plumeaux und Kissen, Bettfedern und Daun
streng vertraglich ohne Anzahlung gegen 9 Monate Ziel und monatliche Raten.
Erste Rate 1 Monat nach Lieferung.
Jedes Bett wird für jeden Kunden nach geforderter Wahl besonders angefertigt.
Minderwertige Ware führen wir nicht.
Ld. amt. notarieller Bestätigung:
1. Über 40000 Kunden in mehr als 10000 Orten.
2. Über 100000 Kunden haben zum 2. Mal und öfter nachbestellt.
3. Viele Kunden schreiben, daß solche gute Betten am eigenen Platze zu gleichen Preisen nicht zu haben sind.
Gebr. Passmann A.-G.
Köln 149, Trierer Straße 13.
Größtes Spezialgeschäft Deutschlands.
Verlangen Sie kostenlos Muster und Preisliste, auch Sie werden bestimmt unser Kunde.

Abessinierbrunnen
kann jeder selbst anstellen. Manchen. in Klappen und aus sandliche Ersatzteile, für alle Pumpen passend, sofort lieferbar.
Illustrierte Preisliste gratis.
A. Schepmann, Pumpenfabrik, Berlin 3 004, Chausseestraße 88

Briefmarkensammler
verlangt oft. Problemnummer oder großen Fachschicht mit wertvoll. Mitteilungen.
„Die Post“ Berlin N 15
Friedrichstraße 131 A

Regenwetter Delhaut
Ld. Tische zu tragen, unverbrot. à Meter **N. 3.50**
Pelerin **V. 9.75**
Mäntel **18.75**
Prospekt und Stoffmuster gratis.
Special-Tasche 1. Dagebeildung
H. S. MICHEL, Dresden
Mühlendammstr. 56

VEREINIGTE
Vereinigte Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft
(vormals Gedevag, Kosmos und Selbsthilfe)
Aktienkapital 5 Millionen RM. -- Reserven 5 Mill. RM.
Versichertenbestand über 430000
Vertragsgesellschaft vieler Vereine und Verbände.

Krankenversicherung mit Gewinnbeteiligung
Freie Arztwahl!
Kein Krankenschein und keine Krankmeldung!
Keine ärztliche Untersuchung bei der Aufnahme!
Hohe Leistungen bei Arzt-, Arznel-, Operations- und Krankenhauskosten!
Zahnbehandlung und Zahnersatz!
Hohes Sterbegeld! Wochenhilfe!
Bei Unfall sofort Anspruch auf die Leistungen!
Anerkannt kulante Schadensregulierung!
Verlangen Sie kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit Prospekt und Aufnahmeschein durch das Spezialbüro für die Beamtenverbände
Otto Mack, Berlin O 17
Am Ostbahnhof 12.

Bünstige Belegenhalt!
Silberfische,
erstklass. erprobte Zuchtpaare, „sehr gut“ geküht oder Jungpaare, prärelativ zu verkaufen. Tiere können auf Wunsch auf bedeutender Farm günstig in Pension und Zuchtgemeinschaft bleiben unter Garantie für Leben (gleichwert. Ersatz bei Verlust) und Vermehrung (Jahres-Durchschnitt) also ohne Risiko. Sehr gut verk. Kapitalanlage.
Anfragen unter H. D. 417 an: Dr. Walter Seitz, land, Aus-Exp., Berlin SW 46, Friedrichstr. 239

„Allerfeinste Oldenburger Tafelbutter“
(Markenbutter) preisgünstig als pasteurisiertem, Rahm, verwendet täglich frisch in Postpak. von 6 und 9 Pfd. Tab. in 1- od. 1/2 Pfd. Stücken wov. geg. Nachnahme z. Tagespreis
Erste Badelager Molkerei Gen. Ruhwörden 18. (Ostpr.)
Jetzt ist der **Moselwein billig!**
Versuchen Sie
eine 15er, 30er od. 50er Kiste 29 oder Bismarck 0.55
29 oder Gläserbatter Königsberg 0.55
28 oder Schwarzkat 1.50
27 oder Kabiner-Eulenlay 1.40
27 oder Dörner Rotel 1.70
21 oder Pilsener Pilsener (natur) 1.95
auch sort. Former Rotwein 1.-, Rheinwein 0.75, Glas Wein oder 0.50 p. Pfd. soz. bestellen u. Preisliste verlangen. Laufende Anlieferungen. Teilsahlbar! Weiskeller Schmitgen, Bismarck 60 (Ostpr.)

BEIM SPORI
bedarf es eines solchen Getränkes, das die erschöpfenden Energien wieder zu hoher Leistungsfähigkeit steigert, und das selbst in größeren Mengen genossen keine besorgniserregenden Nachwirkungen zeitigt.
ÄECHTES GROTEBJAN ALKOHOLARME STARKBIERE
Sindelohr
Schloß
aus
1872
GROTEBJAN
DAS ALKOHOLARME STARKBIERE

1930

Ver
Heimatdienst

Verlag
Lübeck

Sondernummer:

**Preis- und Lohnbildung
im Zeichen der Wirtschaftskrise**

Inhalt:

	Seite
Reichskanzler Dr. Brüning, Zeichen der Zeit . . .	2
Professor Dr. Ernst Wagemann, Der Zusammenbruch des Preisniveaus auf den Weltmärkten . .	2
Prof. Dr. Friedrich Dessauer, Preise und Löhne	4
Reichsbankpräsident Dr. Hans Luther, Kredit und Zins im Zeichen der Krise	7
Reichswirtschaftsgerichtsrat Dr. S. Tschierschky, Die Kartellpreispolitik und ihre Wirkungen . .	11
Staatssekretär i. D. Prof. Dr. Julius Hirsch, Der Handel in der Krise	12
Prof. Dr. Fritz Beckmann, Standardware und Preisbildung	15
Reichsarbeitsminister Dr. h. c. Stegerwald, Baumarkt und Konjunktur	16
Charlotte Mühsam-Werther, M. d. R. W. R., Wie die Hausfrau das Preisproblem sieht . . .	18

August 1930

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin

Zeichen der Zeit.

Von Reichskanzler Dr. Brüning.

Die politische Erregung der letzten Tage und der bevorstehende Wahlkampf fallen in eine Zeit tiefer Not und wirtschaftlicher Sorge. Darum sind die kommenden Wochen und Monate für das deutsche Volk eine Belastungsprobe schwerer Art.

Der Sommer 1930 brachte nicht die erhoffte Derringerung der Arbeitslosenzahl. Noch nie war sie so groß in diesen Monaten, die sonst den schaffenden Menschen reichlich Verdienstmöglichkeiten geben. Noch nie war auch die Dauer der Arbeitslosigkeit so lang, die der einzelne zu ertragen hat. Mehr als je zuvor greift sie hinaus in die Schichten der Angefahnenheit bis zu den leitenden Persönlichkeiten. Welche Summe von Entbehrungen, Enttäuschungen und seelischen Leiden liegt auf diesen Millionen arbeitsloser Menschen, welches Maß von Verlusten auch für die Allgemeinheit an brachliegender Schaffenskraft!

Die Zahlen der Konkurse, Zwangsversteigerungen und Zwangsversteigerungen bedeuten die Verlusten des Unternehmertums. Alle Betriebsgrößen und Erwerbszweige wurden betroffen, besonders die Landwirtschaft. Immer noch ist ihre Lage außerst schwierig. Die Preise ihrer Produkte sind unzulänglich, obwohl die fortgesetzten Bemühungen des Reiches aus dem Gebiete der Getreidewirtschaft merkliche Erleichterung gebracht haben. Durch das Übermaß an Schulden werden zahlreiche Erzeugnisse in der Landwirtschaft vernichtet.

Sorge und Ungewißheit umgeben alle die, die von Schicksalsschlägen dieser Art noch nicht betroffen worden sind. Wird ihnen die Arbeitsstätte erhalten bleiben? Wird der Betrieb stillgelegt werden müssen, den sie leiten oder in dem sie beschäftigt sind? Werden die Maschinen, die sie führen, rasen müssen, um zu rosten?

Aber das Einzeldasein hinaus reichen die bangen Fragen an die Zukunft. Wird es gelingen, die schwierige Lage der öffentlichen Finanzen zu meistern? Wird die Wirtschaftspolitik nach außen und innen im Ausgleich der Interessen und in angemessener Einstellung auf die großen Klinien der weltwirtschaftlichen Entwicklung dazu beitragen, den produktiven Ständen bessere Zukunftsaussichten zu eröffnen?

Unsicherheit und Zweifel wachsen beim Blick in die Welt. In nahezu allen Kulturstaaten liegt die Wirtschaft darnieder, nimmt selbst im Sommer das Heer der Arbeitslosen zu, räumt der tatenscheu Unternehmerinn ängstlicher Zurückhaltung den Platz. Riesenkapitalien werden verloren, verfügbare Gelder vorsichtig zurückgehalten, Stagnation und Rückgang zeigen sich überall.

Es ist notwendig, daß jeder, der im Wirtschaftsleben steht, diese Zeichen der Zeit zu sehen und deuten sucht. Denn nur der kann klar und zielstrebend handeln, der den Ernst und die Schwere der Lage erkennt und sich bemüht, in die Zusammenhänge einzudringen. Sie werden ihm ermöglichen, mit einiger Wahrscheinlichkeit Schlüsse auf die zukünftige Entwicklung zu ziehen und werden ihm zeigen, daß, wie stets, in wirtschaftlicher Not auch Anlässe für eine Besserung enthalten sind.

Betrachtungen dieser Art soll die vorliegende Nummer des Heimatdienstes dienen. Zu weiterem soll sie anregen.

Zahlreich sind die Probleme der Zeit, zahlreich die Strömungen, die oft wirr durcheinander und gegeneinander zu laufen scheinen.

Und doch zeichnen sich bei ruhiger Betrachtung die großen wirtschaftlichen Menschheitsziele immer wieder ab, denen auf verschiedenen Wegen, aber schließlich in gleicher Richtung aufgebaut wird. Schließlich geht es um den organischen Aufbau der Weltwirtschaft, den natürlichen Ausgleich von Angebot und Nachfrage im Lande selbst, wie ja auch der einzelne bemüht ist, Erwerb und Bedarf in Einklang zu bringen. Und wie der einzelne im Erftienkampf sich immer wieder stützen muß auf die eigene Kraft, wie nur das Vertrauen in den letzten Rückhalt bietet, so auch im Wirtschaftsleben des ganzen Volkes. Nur wer sich selbst aufgibt, der ist verloren.

Nichts jetzt mehr die Schicksalsgemeinschaft aller, als die Betrachtung des wirtschaftlichen Geschehens. Nichts sollte auch mehr zu gemeinsamem Handeln und verständnisvollem Zusammenwirken mit der Regierung Anlaß geben, als die Erkenntnis der großen Schwierigkeiten, die zu überwinden sind und die Überzeugung, daß vereint auch die Schwachen kräftig werden.

Starke Entwicklungstendenzen wirken zur Zeit in der Wirtschaft. Aufgabe der Regierung ist es, sie zu unterstützen, soweit von ihnen günstige Wirkungen erwartet werden können. Auch jeder einzelne sollte sich ihnen anpassen, sollte eingehen auf den großen Zug der Zeit und sollte ihre Zeichen in diesem Sinne deuten.

Hierzu bedarf es des Vertrauens. Sowohl in die eigene Kraft, wie in den guten Willen der Regierung. Und wenn trotz aller politischen Zerküftung der Selbsthaltungstrieb des Volkes im Unterbewußtsein zunächst die Notwendigkeit dieses Vertrauens erkennt, so wird es ein fester Faktor im Kampfe gegen die Wirtschaftsnot und für eine bessere Zukunft.

Der Zusammenbruch des Preisniveaus auf den Weltmärkten.

Von Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Ernst Wagemann, Präsident des Statistischen Reichsamts und Direktor des Instituts für Konjunkturforschung.

Schon Ende 1927 ließen manche Anzeichen erkennen, daß die lebhafteste Aufwärtsbewegung, in der sich die deutsche Wirtschaft seit Herbst 1926 befand, zum Stillstand kommen müsse. Das Jahr 1928 brachte in der Tat einige Rückschläge; im ganzen aber hielten sich Produktion und Umsätze zunächst auf hohem Stand. Das deutsche Wirtschaftsleben fügte sich so in den Rahmen der weltwirtschaftlichen Konjunktur zwanglos ein; denn in fast allen Ländern war es um die Geschäfte aufs beste bestellt. Es herrschte eine Hochkonjunktur, die von der gewaltigen Kapital- und Konjunktur der Vereinigten Staaten getragen war. Seit 1929 bewegte sich die Wirtschaft dort auf der höchsten Höhe eines nie zuvor erreichten Rekords. Die amerikanische Konjunktur erschien vielen befristet wie ein rocher de bronze. Sowohl in Zeitungsartikeln als auch in wissenschaftlichen Aufsätzen wurde davon gesprochen, daß die Vereinigten Staaten vermöge ihrer überlegenen Organisation und der vorzüglichen Konjunkturpolitik ihres Bankensystems das perpetuum mobile der Konjunkturbalancierung entdeckt

hätten. Diese Vorstellung beherrschte nicht nur viele Bewohner Amerikas, auch die Amerikaner selbst schwelgten in der Illusion, daß sich der strahlende Himmel, der über allen Märkten leuchtete, niemals wieder verfinstern könne. Noch Mitte 1929 verhallten warnende Stimmen ungehört gegenüber einem Optimismus, der weder die Effektendörfer noch die Warenmärkte irgendwie gefährdet sah.

Dieser Optimismus blühte, obwohl schon seit Ende 1928 ein langsames Abfallen der Warenpreise zu beobachten war; da sich der Rückgang aber bei steigenden Umsätzen vollzog, so konnte man mit einem gewissen Recht die Meinung vertreten, daß die Preisrückgänge lediglich eine Folge der immer besser durchrationalisierten Wirtschaft seien. Und doch konnte der scharfe Beobachter schon seit Jahr und Tag im stillen aufgetürmten Bau der amerikanischen Konjunktur zahlreiche Risse und Bruchstellen sich ausunten sehen.

Der technische Fortschritt selbst war es, der die Fundamente der Hochkonjunktur allmählich unterhöhlte. Er führte

folgt der Einzelhandel. Die Agrarpreise aber geben im ganzen ihre eigenen Wege, sie werden von der Gesamtbewegung wenig beeinflusst.

Zu den großen Auftriebstendenzen, die aus einer industriellen Depression wieder herausführen, gehören nun aller Regel nach die Spannungen, wie sie sich zwischen den Rohstoff- und Fertigwarenpreisen sowohl wie zwischen den industriellen und landwirtschaftlichen Preisen — bei der Verschiedenheit der Bewegungsintensität — herausbilden. Wodurch wird diese Ungleichheit der Bewegung hervorgerufen? Sie hängt damit zusammen, daß, wie auch immer die Produktionsverhältnisse der Industrie und die industrielle Konjunktur sich gestalten mögen, zwei mächtige Kaufkraftmassen davon verhältnismäßig wenig berührt werden, das Einkommen der Rentner und der Gehobelden, sowie die Konsum- und Investitionskraft der Landwirtschaft.

Diesmal freilich bietet die Landwirtschaft der industriellen Konjunktur nicht den üblichen Rückhalt. Denn sie ist gegenwärtig doppelt beeinträchtigt. Sie befindet sich in einer ähnlichen langwierigen Depression, wie sie nach den napoleonischen Kriegen und dann wieder von 1875 bis 1895 herrschte, jedesmal als Folge politischer, technischer oder organisatorischer Umwandlungen. Nach dem Weltkrieg hat insbesondere die Veränderung der Produktionsmethoden und die Wandlung der Ernährungsgewohnheiten zu den landwirtschaftlichen Schwierigkeiten geführt. Dazu kommt in diesem Jahr eine akute Krise der Weltgetreidemärkte, hervorgerufen durch übermäßige Vorratsbildung nach zwei besonders guten Welternen. Die deutsche Roggenkrise fügt sich als Sondererscheinung in dieses trübe Bild ein.

So verbleibt als der einzige große Rückhalt der Industriepreise das stabile Einkommen der Rentner und Gehobelden. In Deutschland ist dieser Rückhalt gegenwärtig wesentlich schwächer als in der Vorkriegszeit. Die Schrumpfung des

Rentneinkommens wird durch die Vergrößerung des öffentlichen Beamten- und Angestelltenkörpers zwar ausgeglichen. Dafür aber hat sich der feste Arbeiterlohn der Industrie, der durch alle Konjunkturschwankungen hindurch als eiserner Referenz festgehalten wird, stark vermindert: eine Folge u. a. der Kapitalintensivierung. Günstiger ist die Lage jedoch im Ausland. Die Konsumkraft wird sich dort daher rascher erholen können. Wie rasch und in welchem Maß dies vor sich gehen wird, hängt von der Anpassung der Fertigwarenpreise an das durch die Krise verminderte Nominaleinkommen ab. Wenn von Januar 1928 bis April 1930 die Großhandelspreise für Hausrat und Kleidung in Deutschland um 6 v. H. und die Kleinhandelspreise für Nahrungsmittel um 7 v. H. gefallen sind, so reicht dies für die Wiederbelegung offenbar nicht aus. Viel mehr bedeutet es aber, daß sich in den Vereinigten Staaten, wo die Konsumkraft weit weniger gelitten hat, Hausrat und Kleidung um 7½ v. H., die Nahrungsmittel um immerhin 3 v. H. verbilligt haben.

Diese scheinbaren Hinweise auf gewisse Zusammenhänge der Preisconjunktur vermögen natürlich nicht die verhängnisvolle Verknüpfung der mannigfaltigen Produktions-, Verbrauchs-, Verteilungs- und Kapitalentwicklungen zu entwickeln, die zu der schweren weltwirtschaftlichen Krise geführt haben. Sie zeigen uns nur von neuem, daß die einfachste ökonomische Überlegung zur Erkenntnis zwingt, daß Wirtschaftsschicksalsgemeinschaft bedeutet, daß, wer die Not der deutschen Industriearbeiterschaft verstehen will, seine Blicke ebenjenseits auf die Lage aller anderen deutschen Wirtschaftskreise wie auch auf Amerika und die übrige Welt richten muß. Dementsprechend ist jede Wirtschaftspolitik darauf angewiesen, bei jedem Schritt, den sie tut, über die Einzelinteressen einer Schicht oder eines Wirtschaftsbezuges hinweg das Gesamtinteresse der Volkswirtschaft als leibendiges Glied der Weltwirtschaft im Auge zu behalten.

Preise und Löhne.

Von Professor Dr. Friedrich Dessauer.

Die Diskussion über die Wirtschaftskrise faßt der ganzen Welt hat wenigstens an einer Stelle Einigkeit erlangen, darin nämlich, daß Wiederherstellung und Erhöhung des Umsatzvolumens durch Senkung der Detailpreise der entscheidende Ausweg ist. Dies liegt auch auf der Hand. Ist der Produktionsapparat der Welt an landwirtschaftlichen und industriellen Grundgütern dermaßen gelagert, daß er bei gleichem Einsatz menschlicher Arbeitskraft mindestens 20 v. H. mehr Güter, wie noch vor wenigen Jahren, zur Verfügung stellt, so bedeutet unweigerlich die Ausnahme nur des früheren Güterquantums eine schlechte Ausnutzung dieses Produktionsapparates und damit Arbeitslosigkeit in gefährlichem Umfang.

Aus dieser gemeinschaftlichen Erkenntnis, daß nur die annähernde Ausnutzung des rationalisierten und verstärkten Produktionsapparates durch vermehrte Aufnahme der von ihm gestellten Güter das entscheidende Heilmittel der Krise sei, werden nun zwei Schlüsse gezogen, auch wiederum von nahezu allen Stimmen, aber mit sehr unterschiedlicher Betonung. Ein Teil der Stimmen sieht das souveräne Mittel, das Umsatzvolumen zu steigern, darin, daß man die Löhne senkt, um so allgemein die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, die Preise und insbesondere die Konsumentenpreise zu reduzieren. Der dabei manchmal auftauchende Nebengedanke, durch Lohnsenkung nicht so sehr Preisentzug als Vermehrung des Investitionskapitals (durch verstärkten Gewinn) zu erhalten, rückt in die zweite Linie. Denn Investitionen sind in den letzten Jahren in sehr großem Umfang gemacht worden und die Sorge steht uns vorläufig näher, die schon vollzogenen Investitionen durch volle Beschäftigung nutzbar zu machen, als zu ihrem partiellen Verfall noch neue in wesentlichem Umfang hinzuzufügen. Die aus der gegenwärtigen Lage legitimer Weise gezogene Konsequenz geht auf eine Lohnsenkung, die sich in Preisentzug auswirken soll.

Andere Autoren ziehen die Konsequenz unmittelbar die Preisbildung, insbesondere der letzten Hand, aber auch die der gebundenen Grundstoff- und Halbezeug anzufassen und dabei den Lohn nach Möglichkeit zu schonen. Ihre Ansicht geht dahin, daß ein Preisabbau unter weitgehender Aufrechterhaltung der nominalen Löhne möglich sei. Sie verweisen auf die Steigerung der Preisspanne zwischen Produzenten- und Konsumentenpreis; sie verweisen auf die große Erleichterung, welche die Zinsreduktion in den letzten Wochen selbst hat; sie verweisen darauf, daß die erhöhten sozialen und Steuerlasten, die immer wieder zur Begründung der erhöhten Preisspanne angeführt werden, sich ja auch im Agrar- und Industrie-Grundstoffgebiet geltend machen, wo

trotz dieser erhöhten Lasten durch Rationalisierung ein starker Preisabbau erreicht werden konnte. Sie verweisen endlich darauf, daß eine umfangreiche Senkung der nominalen Löhne zunächst jedenfalls eine Schwächung des inneren Marktes herbeiführen müsse. Hinsichtlich dieses letzten Zusammenhangs wird ja oft bemerkt, daß die Theorie von der Stärkung des inneren Marktes durch hohes Lohnniveau veraltet und als irrig dargetan sei. In Wirklichkeit ist aber eine begründete Widerlegung dieser Ansicht

Preissteigerung auf dem Weltmarkt

Preissteigerung im Vergleich mit dem Durchschnittspreis im Jahre 1926 (Stand 30. Juni 1930)

Ware	Preissteigerung
Malz	30%
Haffer	36%
Weizen	47%
Roggen	46%
Blindfleisch	45%
Schweinefleisch	20%
Butter	35%
Zucker	36%
Kaffee	45%
Leder	23%
Baumwolle	33%
Jute	39%
Wolle	50%
Kohlestein	35%
Kupfer	42%
Kautschuk	55%

von dem Zusammenhang des Lohnniveaus mit der inneren Kaufkraft an keiner Stelle erfolgt.

Kohnentfagen sind eine mechanische, für den oberflächlichen Betrachter sehr naheliegende, sozusagen simple Methode. Auch bei ernsten Autoren findet man eine Argumentierung wie die folgende: Lohnentfagen seien bei Depressionen eine ebenso notwendige Voraussetzung für den Aufschwung wie die Senkung der Materialpreise oder der Zinsen. Denn wie bei den Materialpreisen hänge die Höhe der Nachfrage von der Höhe des Preises ab. Senke man also, wie den Preis der Kohle so den der menschlichen Arbeit, so könne man alle Arbeiter wieder an ihre Arbeitsstellen bringen. Dabei ist einiges übersehen. Wenn ich 10 Tonnen Kohle billiger kaufe, kann habe ich im allgemeinen 10 Tonnen Kohle von der gleichen Beschaffenheit wie wenn ich sie teurer gekauft hätte. Aber wenn ich die Arbeitskraft von 100 Menschen billiger kaufe, ist es dann schon sicher, daß diese verbilligte Arbeitskraft dieselbe ist, qualitativ und quantitativ? Ist nicht die menschliche Arbeitskraft ein sehr viel subtilerer, empfindlicherer Produktionsfaktor als Kohle und Eisen? Hat es sich nicht erwiesen, nicht einmal, sondern hundertmal, daß die Leistung der menschlichen Arbeit innerhalb gewisser Grenzen und insbesondere in der Nähe von kritischen Punkten sogar rascher wächst und sinkt, als die Bezahlung steigt und fällt. Ganz besonders, wenn die Bezahlung eine gewisse Grenze unterschreitet, so daß Lebenshaltung und damit Gemüts- und Selbstverloren des Arbeitenden stark berührt werden, bringt die Kohnsenkung nicht eine Verbilligung, sondern eine Vetterung der Produkte hervor. — Gewiß gibt es auch hinsichtlich des Lohnniveaus beweisträchtige Argumente. Ein Lohnniveau kann volkswirtschaftlich überfordert sein, so daß es die Weltwettbewerbssähigkeit einer Produktion erschüttert und damit Arbeitslosigkeit herbeiführt. Denn neben der Lohnhöhe ist als volkswirtschaftlich mindestens gleichwertender Faktor das gesamte Lohnsummen eines Wirtschaftsgebietes zu berücksichtigen. Wenn übersteigerte Löhne bewirken, daß die gesamte Kohnzahlung eines Gebietes empfindlich zurückgeht, dann ist ein kritisches Merkmal gegeben, die Lohnhöhe selber einer Prüfung zu unterziehen. —

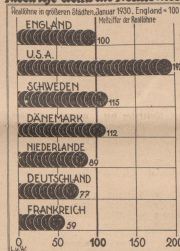
Aber um für den ganzen Bereich der vielfach verflochtenen Fragen über den Zusammenhang zwischen Lohn und Preis mit Rücksicht auf die Überwindung der Krise von einem objektiven Merkmal auszugehen, ist es zweckmäßig, die sozialwirtschaftliche Grundrelation zwischen Lohn und Leistung oder, was dasselbe ist, zwischen

Lohn und Güterschöpfung (Gütermenge pro Lohneinheit, wobei in den Begriff des Gutes die Qualitätskomponente eingeschlossen sein muß) zum Ausgangspunkt zu nehmen. Alle Kohnzahlungen bestehen darin, daß der Arbeitende einen Teil des durch seine Arbeit geschaffenen Güterwertes selber erhält. Gelting es, mit sinkender Aufwendung menschlicher Arbeitskraft ein größeres Volumen volkswirtschaftlich positiver Güter hervorzu bringen und zu verteilen, dann ist im Grunde die Entwicklung in Ordnung, und der Lohn, d. h. der Anteil an den durch Arbeitseinsatz geschaffenen Gütern, kann mitteiligen oder mit anderen Worten dessen Kaufkraft wachsen.

Die stetig es nun damit in der Nachkriegsperiode? Durch alle Komplikationen läßt sich hier das Wesentliche als einfach erkennen. Es steht im Anfang dieses Aufzuges: In großen Teilen der Agrarproduktion und der Grundindustrien ist die Leistung pro Arbeitsaufwand wesentlich gefallen; wenn damit zugleich der Reallohn im gleichen Verhältnis oder sogar weniger stieg, so daß nicht weniger, sondern eher mehr Güterleistung auf den Arbeitseinsatz entfällt, so ist dagegen im ganzen nichts einzuwenden. Einwände können sich dann nur auf Einzelfheiten beziehen.

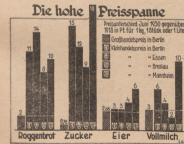
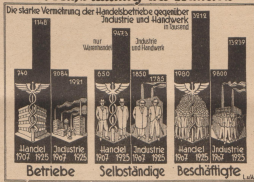
Es ergibt sich aus dem Bild — und man kann es aus sehr vielen Einzelbeispielen weiter erhärten —, daß Produktion und Lohn gestiegen sind, daß aber keineswegs die Entlohnung des menschlichen Arbeitsaufwandes, d. h. der Güteranteil der menschlichen Arbeitskraft, gegenüber der gesteigerten Güterschöpfung sich überhöht hat. — Damit ist auch grundsätzlich widerlegt, daß etwa die jetzige große Arbeitslosigkeit ihre Ursache in den gesteigerten Löhnen hätte. Man verweise auf Frankreich, wo bei geringem Lohnniveau die Arbeitslosigkeit gering ist. Aber man braucht nur von Frankreich nach Schweden zu gehen, wo bei einem härteren als bei uns gestiegenen Lohnniveau die Arbeitslosigkeit klein blieb. Hier liegt nicht die Ursache. — Die Ursache ist vielmehr, wie in einem früheren Artikel ausführlich dargelegt, in der verschobenen Relation zwischen dem Produktions- und dem Verteilungsapparat zu sehen. Diese Verschiebung besteht darin, daß der Produktionsapparat über alle soziale und steuerliche Belastung durch Rationalisierung Herr werdend seine Leistung bei gleichem menschlichen Arbeitseinsatz gesteigert hat (und seine

Niedrige deutsche Reallohne

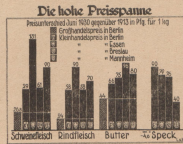


Die Maßzahlen der Reallohne sind vom Internationalen Arbeitsamt in Genf berechnet, das die Kaufkraft des Durchschnittsalohnes mit Hilfe eines „Göteborg-Dollarindex“ in jedem einzelnen Lande ermittelt wurde. Die Vergleichbarkeit der Wohnungsverhältnisse konnte dabei nicht berücksichtigt werden.

Die Aufblähung des Handels



tenen fragen über den Zusammenhang zwischen Lohn und Preis mit Rücksicht auf die Überwindung der Krise von einem objektiven Merkmal auszugehen, ist es zweckmäßig, die sozialwirtschaftliche Grundrelation zwischen Lohn und Leistung oder, was dasselbe ist, zwischen



folgen, weil im Verteilungsapparat an Stelle der Rationalisierung vielfach eine Aufblähung erfolgt ist, so daß dieser Apparat die Befastung durch Steuererhöhung und (soziale) Last nicht überwinden hat. Werden aber die an der Basis vermehrt und rationeller erzeugten Güter im Einzelpreis nicht billiger, so kann die Vermehrung nicht gekauft werden. Es wäre theoretisch zwei Auswege: Einen völlig falschen, inflatorischen, indem man die Nominaleinkommen auf der ganzen Linie erhöhte. Dann würde bei gleichbleibendem Detailpreis zunächst mehr gekauft werden können. Daß man das nicht kann, ist selbstverständlich. Dieses Mittel hat immer versagt, auch deshalb, weil die verstärkte Kaufkraft in der Mittelschicht stecken bleibt und damit erlischt. Das andere Mittel ist, zunächst die Nominaleinkommen als gegeben hinzunehmen und, solange sie noch bestehen, sie dadurch kaufkräftiger zu machen, daß die Einzelpreise gesenkt werden. Dieser letztere, allein mögliche Weg muß von einer ihres eigenen Schicksals bewußten Volksgemeinschaft gegangen werden, und zwar so, daß alle Methoden zur Detailpreisentfaltung (Zinsverbilligung, Rationalisierung des Verteilungsapparates, Vereinfachung der Sitten, Abbau ungerechtfertigter Spannen — wie bei einer großen Zahl der Markenartikel —, Reduktion überbesetzter Gebiete usw.) sofort in die Hand genommen werden und nur in einem gewissen Abstand und mit sehr großer Vorlicht das subtile und gefährlichste Mittel der Lohnreduktion.

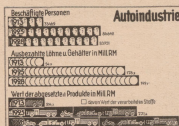
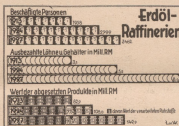
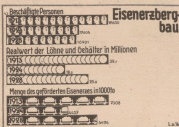
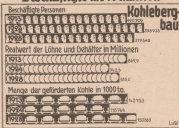
Ganz wird man an diesem Mittel nicht vorbeikommen. In einigen Gebieten ist bereits die Entwicklung so weit vorangeschritten, daß das Interesse, das Lohn o l u m e n wieder zu erhöhen, stärker ist als das Interesse, den Einzellohn auf der gegenwärtigen Höhe zu halten. In einigen Gebieten ist es auch so, daß die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, die ja oft an dem letzten Prozent der Kalkulation haftet, nicht anders mehr aufrechterhalten oder zurückgewonnen werden kann. Aber in der Mehrzahl der Fälle ist es so, daß eine merkliche Preisentfaltung durch Rationalisierung und Angleichung zunächst ohne Lohnsenkungen möglich ist.

Dem Standpunkt der nationalen Wirtschaft ist es von entscheidender Bedeutung, den Rationalisierungsmaßnahmen, wozu auch die Korrektur ungerechtfertigter Preisbildungen (Kartelle, Markenartikel), Preispannen und Preisbindungen im Verteilungsapparat und im Gebiet der gebundenen Grundstoffe zählen, den Vortritt vor Lohnsenkungen zu geben. Denn Preisentfaltung bei gegebenem Nominaleinkommen bedeutet Steigerung der realen Kaufkraft. Nach Erhöhung der realen Kaufkraft kann an Stellen, wo es notwendig ist, eine Nominallohnentfaltung Platz greifen, ohne die eben erwähnte Gefahr heraufzubewahren, die darin besteht, daß eine Lohnentfaltung häufig zur Leistungsentfaltung

wird (und in diesem Falle keine Erleichterung der Produktion eintritt), wenn durch die Senkung die Lebensbedingungen des Arbeitnehmers stark beeinflusst werden. Aber auch vom Standpunkt der täglichen Verhandlungspolitik ist es leichter, auch menschlicher, so vorzugehen. Wenn man auf Grund gefunden statistischen Materials zeigen kann, daß der Reallohn innerhalb einer gewissen Spanne Zeit durch Preisentfaltung, sagen wir um 10 v. H., gestiegen ist, so werden die Widersände, in einem kritischen Gebiet die Nominallöhne maßvoll zu senken, sehr viel geringer sein, wie wenn man verlangt, daß der Arbeitnehmer bei den Senkungsmaßnahmen den Vortritt übernehme.

Wir haben im Vorangehenden der Lohnentfaltung alle anderen Faktoren in einer Gruppe gegenübergestellt, die preisentfend wirken. (Insbesondere Beseitigung der Aufblähung, Zins- und Zinsenentfaltung, Rationalisierung und Vereinfachung.) Lohnentfaltung würde ja in erster Linie auf die Grundproduktion zurückzuführen, nicht in erster Linie auf den Verteilungsapparat. Aber die Grundproduktionen sind heute schon imstande, bei angemessener voller Ausnutzung und bei den gegebenen Können, die Preise gegenüber der Vergangenheit zu senken, und haben das ja auch getan (ausgenommen die kartellmäßig gebundenen). Im Verteilungsapparat würde die Lohnentfaltung bei weitem nicht so stark wirken wie in der Produktion. Stärker würde wirken, daß die überwiegende Zahl der in den Produktionen Beschäftigten nun zunächst wehiger kaufen kann. Wir wollen an einem zweiten Bild einen, allerdings etwas summarischen Anhaltspunkt dafür gewinnen, daß der Verteilungsapparat an seiner eigenen Rationalisierung anspannen muß, und daß dies nicht etwa durch Lohnentfaltung ersetzt werden kann. Die Statistik der im Handel beschäftigten Personen weist auf, daß für die Verteilungsaufgabe des deutschen Innenmarktes (dessen Volumen gegen 1913/14 nicht wesentlich größer geworden ist) 50 v. H. mehr Personen benutzt werden. Aber es gibt noch ein drastisches Beispiel. Der Markenartikel nimmt einen immer größeren Raum in der Versorgungswirtschaft ein, nach den vorsichtigen Schätzungen des Konjunkturinstitutes heute schon 15 bis 20 v. H. Diese Entwicklung ist an und für sich auch zu begrüßen. Der Markenartikel hat nicht nur den Vorteil der Qualitäts-, Gewichts- und Sauberheitsgarantie, sondern er hat noch einen weiteren, ganz großen Vorteil. Er ist am einfachsten und billigsten zu verteilen. Der Kaufmann braucht nicht auszusparen, abzuwiegen und einzuspäden, er hat keine Reflexe und Abfälle. Er braucht nicht selbständig Qualitäten nachzuprüfen und so reklamieren. Der Markenartikel ist einer der wesentlichsten Ansatzpunkte für die Verbilligung des Verteilungsapparates, aber augenblicklich ist — ganz abgesehen davon, daß

Beschäftigte u. Produktion



Da nur von einigen Industrie-Produktions-Einrichtungen veröffentlicht werden, müssen wir uns auf die gegebenen Beispiele beschränken.

auch hier nie der anormale und nicht nur vorübergehende Preisrückgang auf den Rohstoffmärkten kaum zur Auswirkung gekommen ist — die Preisspanne der Markenartikel vielfach die größte unter den Preisspannen. Obwohl er an wenigen Verteilungsarbeiten und -stellen benötigt, wird er in der Verteilung mehr verteuert als die Mehrzahl anderer Güter. So wird er geradezu der Mission entzogen, die er volkswirtschaftlich hat, ja er setzt sich in diesem Punkt in diametralen Gegensatz zu seiner volkswirtschaftlichen Mission. Es wird keinen volkswirtschaftlichen in Deutschland geben, der diesen Zustand etwa für objektiv richtig halten und verteidigen möchte. Die Zukunft des Markenartikels — dem wie gefagt eine große Mission zukommt — wird davon abhängen, ob die Vernunft der ihn tragenden Wirtschaftskreise ihn selbst so handhabt, wie das sozialwirtschaftliche Interesse es erfordert.

Zusammenfassung.

Unter den Mitteln zur Preislenkung — die zur Herbeiführung eines gesteigerten Umsatzvolumens notwendig ist — bedeutet Sobnabbau das volkswirtschaftlich zweifelsfrei, und am schwersten und gefährlichsten zu Handhabende. Dennoch wird man in einigen besonders bezeichneten Fällen nicht ganz von seiner Anwendung Abstand nehmen können. Aber generell haben die anderen Mittel den Vorrang. Der Rationalisobnabbau ist, soweit er aus angelegenen Gründen unternommen ist, erleichtert, wenn vorangegangene Konsumpreislenkung den Reallohn erhöht hat. — Die Tatsache, daß die am leichtesten und billigsten zu verteilenden Markenartikel, deren Bedeutung für den Haushalt aus an sich berechtigten Gründen wächst, in der Verteilung mit am meisten verteuert werden, ist nicht zu rechtfertigen und steht im Gegensatz zur volkswirtschaftlichen Mission des Markenartikels selbst.

Kredit und Zins im Zeichen der Krise

Von Reichsbankpräsident Dr. Hans Luder.

Eine wirtschaftliche Krise bedeutet nicht nur Arbeitslosigkeit vieler Menschen, sondern bedeutet auch Arbeitslosigkeit vieler Maschinen und anderer Produktionsmittel und sogar Arbeitslosigkeit des Geldes. Im Mittelpunkt aller Überlegungen, wie die Krise behoben werden kann, muß die Arbeitsbeschaffung für die Menschen stehen; denn um den Menschen handelt es sich bei allem Wirtschaften und Regieren. Für die Klarheit der Erkenntnis, die die Grundlage richtiger Entscheidungen abgeben soll, ist es indessen von großer Wichtigkeit, auch die anderen Faktoren des Arbeitsprozesses zu betrachten. Gegenstand dieses Aufsatzes soll das Geld sein, und zwar das Geld im weitesten Wortsinne, also Kredit und Geldkapital umfassen.

Für den, der praktisch wirken will, ist die naheliegende Hauptfrage: Wie kommen wir aus der Krise heraus? Die Antwort ist doppelt. Einmal enthält jede Krise in sich selbst die Anzeichen für ihre Überwindung. Außerdem aber kann durch das Handeln und Verbalten aller und besonders der Verantwortlichen Beträchtliches zur Erleichterung der Krise und Herbeiführung des Umschwungs getan werden.

Es ist ein Trost, daß, wie ich soeben bemerkt habe, die Natur selbst Heilungsmöglichkeiten darbietet. Auf jeden Niedergang des Wirtschaftslebens ist bisher ein Aufschwung gefolgt. Das beruht darauf, daß in der Krise der Preisstand sinkt und die Produktionskosten die Tendenz haben, sich zu verbilligen. Wer Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate zu verkaufen hat, muß sie billiger abgeben, um seinen Wirtschaftsbetrieb aufrechtzuerhalten, ja oft schon, um seine Schulden bezahlen zu können. Was eine Verminderung der Löhne in diesem Zusammenhang bedeutet, ist zur Zeit Gegenstand weitwichtigter Erörterungen; dabei sei hervorgehoben, daß eine umsichtig gehandhabte Senkung der Löhne durchaus nicht gleichbedeutend mit einer Verminderung des Realeinkommens zu sein braucht. Am augensichtlichsten ist in einer Krise die Verminderung der Produktionskosten durch eine Herabsetzung der Zinssätze. Herabsetzung der Zinssätze bedeutet verbilligtes Geld, also billigeren Kredit.

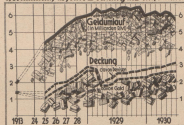
Aus solcher Verbilligung der Produktionskosten auf der ganzen Linie ist, wie erwähnt,

stets der Antrieb zu neuer Produktion und damit zur Überwindung der Krise erwachsen. Wie stark und wie lang andauernd zmeds Erreichung dieses Zieles die Senkung der Produktionskosten sein muß, hängt vom einzelnen Fall ab und läßt sich nicht mit dem Meterstab messen. Bei der gegenwärtigen, fast die ganze Welt umfassenden Wirtschaftskrise wird der Anreiz voraus-

sichtlich besonders kräftig sein müssen. Gemüße bereits jetzt vorliegende Besserungsansätze darf man nicht übersehen, aber auch nicht überschätzen.

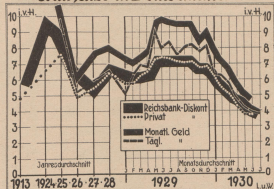
Von der Geld- und Kreditfrage allein her kann die Besserung nicht kommen. Die weitere Darstellung zeigen wird, ist auf diesem

Geldumlauf u. seine Deckung in Deutschland



Gebiete schon viel geschehen, zum Teil bis zur Grenze des Erreichbaren. Es ist auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die jetzige Krise nicht nur eines der regelmäßig wiederkehrenden Wellentäler des Wirtschaftslebens ist. Vielmehr könnte es sich um die erst jetzt eintretende Auflösung der durch den Krieg erfolgten künstlichen Wirtschaftsanspannung handeln. Sollte diese Anschauung richtig sein, so wird die Größe des wirtschaftlichen Niedergangs verständlich,

Zinssätze in Deutschland



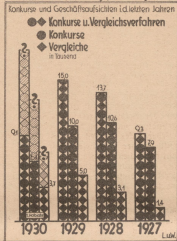
und es wird einleuchtend, daß noch mit tiefgreifenden Vorgängen gerechnet werden muß, bevor die wirkliche Genesung kommt. Um so mehr aber ist es notwendig, daß durch bewußtes Handeln der Menschen alles nur Denkbare zur Erleichterung der Lage geschieht.

Was ist nun auf dem Geldegebiet geschehen, und was kann dort noch weiter getan werden?

Drei Fragen sind es hauptsächlich, die in gleicher Weise sowohl den Fachmann des Geld- und Kreditwesens wie auch jeden nachdenklichen Laien beschäftigen. Die erste Frage ist, ob man das Geld in Deutschland nicht noch billiger machen kann, indem die Reichsbank den Diskont noch weiter senkt. Die zweite Frage geht dahin, wie es zu machen ist, daß die gesamte deutsche Geldwirtschaft den bereits vollzogenen Diskontsenkungen folgt, und daß nicht vielfach, namentlich entfernt von den Verkehrszentren, das Geld noch immer so teuer ist. Die dritte Frage endlich bezieht sich auf Verbilligung des langfristigen Geldes oder, was dasselbe ist, des Kapitals, und dabei wird namentlich gefragt, warum nicht dem ausländischen Kapital eine ganz freie Bahn zum Einströmen nach Deutschland eröffnet wird; das ist die Frage der sogenannten „Beratungsstelle“, von deren Zustimmung die Aufnahme ausländischer Kommunalkredite abhängt.

Was zunächst den Diskontsatz anbetrifft, so ist es für die Leiter des „Heimatdienstes“, die mit dem Geldwesen nicht so vertraut sind, vielleicht nicht unangebracht, in allgemeinen Umrissen zu sagen, was dieser Diskontsatz ist. Der Geschäftsbetrieb der Reichsbank besteht zum größten

Zunehmende Zahlungsschwierigkeiten

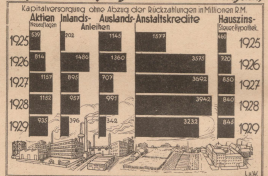


ist der Diskontsatz, der als Jahreszinsfuß ausgedrückt und von der Kaufsumme abgezogen wird. Wenn dieser Diskontsatz niedrig ist, hat die Wirtschaft billiges Geld. Das ist um so richtiger, als sich nach dem Diskontsatz der Reichsbank im großen und ganzen die Zinsen — jumeist in bestimmten Abständen — richten, die überhaupt in der Wirtschaft für Geld bezahlt werden, also namentlich auch die Debitsinsen, die die Privatbanken den Geldentleihern berechnen.

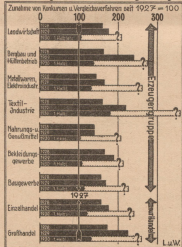
Die Reichsbank hat im letzten halben Jahr diesen Umfänden in weitestem Maße Rechnung getragen. Während gegen Ende des vorigen Jahres der Diskontsatz noch 7 1/2 v. H. betrug, ist er in sieben aufeinanderfolgenden Ermäßigungen um je 1/2 v. H. nummehr auf 4 v. H. gesenkt, also fast auf die Hälfte. Wenn sich nun die Frage erhebt, warum denn trotz dieser starken Diskontsenkung die Wirtschaft sich noch nicht wieder im Aufschwung befindet, so kann zur Antwort nur auf die einleitenden Ausführungen verwiesen werden, wonach es ja nicht auf den Preis des Geldes allein ankommt, sondern auf den Gesamtbetrag aller Umsätze. Wohl aber kann gefragt werden, ob es denn nicht möglich ist, den Diskont noch weiter zu senken und dadurch das Geld noch mehr zu verbilligen.

Die Diskontsenkung ist kein willkürlicher Vorgang. Sie muß sich vielmehr in Anpassung an die Zinsen vollziehen, die am freien Markt für Geld gezahlt werden. Die Kunst der

Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft



Inflations der Gewerbezeile



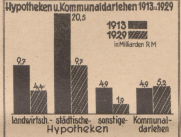
Diskontpolitik besteht — wenn man von Gründen anderer Art absteht, die z. B. auf dem Gebiete der Währung und der Notendeckung liegen — darin, sich einerseits nicht allein vom freien Markt treiben zu lassen und andererseits doch nur solche Beeinflussungen des Geldmarktes zu versuchen, die nach Art und Maß den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht Gewalt antun, welches Beginnen hoffnungslos wäre. So ergibt sich auch, daß ein einzelnes Land, das in die Weltwirtschaft verflochten ist, in seiner Diskontpolitik nicht unabhängig von der Zinslage und Diskontpolitik der anderen Länder ist. Für Deutschland besteht dabei noch eine Besonderheit. Es ist eine Folge der durch Krieg und Inflation eingetretenen Kapitalverrichtung in Deutschland, daß sich dauernd sehr viel ausländisches Geld in Deutschland befindet, sehr viel sogenannte Devisen. Ausländische Geldgeber legen ihr Geld nur dahin, wo neben der wirtschaftlichen Sicherheit eine möglichst günstige Verzinsung gewährleistet ist. Deshalb wäre, falls der deutsche Diskontsatz im Vergleich mit anderen Ländern zu stark gesenkt würde, ein Abfluß der kurzfristigen Auslandskredite aus Deutschland zu erwarten. Die Folge davon wäre dann wieder, daß das Geld in Deutschland knapper, also teurer würde. Damit schlägt der Zweck der Diskontsenkung, der ja eine Verbilligung des Geldes sein soll, an diesem Punkt in sein Gegenteil um. Für Diskontsenkungen ist mithin eine Grenze gegeben. Nach dem gegenwärtigen Zustand der Dinge ist mit dem jetzigen Reichsbankdiskontsatz von 4 v. H. diese Grenze erreicht.

Der aufmerksame Leser wird jetzt vielleicht fragen, wenn es so sehr auf das Auslandsgeld ankommt, ob es dann nicht

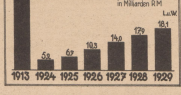
sogar richtiger wäre, den Diskontsatz höher zu setzen, um damit umgekehrt Auslandsgeld anzulocken. Abgesehen von dem Zweifelsbedeutung einer solchen Maßnahme, die das am Diskontsatz der Reichsbank orientierte Inlandsgeld wieder verteuern würde, bestehen gegen eine Vermehrung der kurzfristigen Auslandsverschuldung auch andere Bedenken. Insbesondere Erschütterungen oder besondere Unfallsicherheitsumstände, sei es in Deutschland, sei es sonstwo in der Welt, können jeden Zu-

gangbild eine umfangreiche Kombination kurzfristiger Auslandskredite herbeiführen. Man soll die Sorge hier vor nicht übertrieben. Aber auf der anderen Seite darf man auch nicht vergessen, daß hier immerhin ein ernst zu nehmender Gefahrenpunkt liegt. Denn das nach Deutschland herein-gekommene kurzfristige Geld ist in Deutschland nicht nur für kurzfristige Zwecke verwendet worden, so daß es jederzeit wieder loder gemacht werden könnte. Vielmehr sind nicht unerhebliche Teile davon, und zwar sowohl in der öffent-

Verschuldung von Grund u. Boden



Das Wiederauwachen der Hypotheken u. Kommunal-darlehen

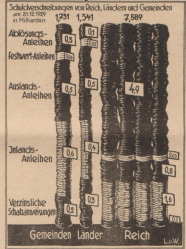


Zwischenstellen die von ihnen gegebenen Kredite in großem Umfang, wie man sagt, eingefroren oder sogar notleidend geworden sind. Daraus erwächst die Meinung, dem Publikum, das Geld anzulegen hat, hohe Zinssätze zu bieten, um das angelegte Geld festzuhalten oder auch neues Geld zu gewinnen, weil nur auf diesem Wege die Flüssigkeit und damit wirtschaftliche Lebensfähigkeit der in solcher Bedrängnis befindlichen Zwischenstellen erhalten bleiben oder wieder herbeigeführt werden kann. Wo hohe Habenzinsen bezahlt werden, ergibt sich aber als unermittelbare Folge, daß noch höhere Sollzinsen gefordert werden. In Verhältnissen wie den hier dargestellten kann die Gesundung somit nicht allein von der Geldseite herkommen, sondern die gesamte Wirtschaftsgrundlage muß sich bessern, damit die eingefrorenen Kredite wieder loder werden und die notleidenden sich erholen. Das entbehrt aber in keiner Weise die für die Geldwirtschaft verantwortlichen Kräfte der Aufgabe, auch von der Geldseite her alles nur Mögliche zur Senkung der Zinssätze und zur Verminderung der Spanne zwischen Haben- und Sollzinsen zu tun.

Der Erfolg solcher Bemühungen hängt fast ganz von der Einsicht und dem guten Willen aller Kräfte der Geldwirtschaft, sowohl der privaten wie der öffentlichen, ab. Es ist ein erfreuliches Zeichen echter und aufbauender Zusammenarbeit im deutschen Volke, daß zwischen den beteiligten Geldstellen eine enge Fühlungnahme in Gang gebracht ist, und daß wichtige Vereinbarungen zur Ausschaltung ungesund und verteuerten Wettbewerbs, zur Beseitigung sonstiger Anstände und darüber hinaus zu zielbewusster Zinsverbilligung im Rahmen des Möglichen bereits getroffen sind. Zu erwähnen ist hier besonders die Zusammenarbeit der Deutschen Girozentrale als Spitzeninstitut der Spartassen mit den zentralen Kräften des genossenschaftlichen Kreditwesens. Eine solche Zusammenarbeit ist grundsätzlich nicht neu, jetzt aber, einer Anregung der Reichsbank folgend, beträchtlich erweitert worden. Zu einem fortschreitenden Erfolg bedarf es der be-

reitwilligen Mitarbeit aller Stellen in Stadt und Land. Damit ist für alle Beteiligten eine große Verantwortung gegeben. Es ist deshalb nur verdienstvoll, wenn auch die öffentliche Meinung immer wieder zugunsten des letzten Kreditnehmers auf Zinsverbilligungen, soweit sie in den naturgegebenen Grenzen möglich sind, hindrängt. Wie liegt es endlich mit der Vermehrung und Verbilligung langfristigen Kredits? Alle wirtschaftlichen Kräfte zeigen das auf den ersten Blick so seltsame Bild, daß während das kurzfristige Geld immer billiger wird, die Zinssätze für Kapital also z. B. für Pfandbriefe oder für Anleihen des Reichs und anderer öffentlicher Verbände oder für Obligationen wirtschaftlicher Unternehmungen, sich zunächst nicht erniedrigen. Daß dem so ist, ist innerhalb gewisser Grenzen sogar vernünftig. Werden nämlich die Geldbesitzer die Meinung haben, ihr Geld, für das sie bei kurzfristiger Anlage nur eine geringe Verzinsung erzielen, nunmehr in großem Umfang dem Kapitalmarkt zuzuführen, so würde ein gefährlicher Gegenstoß eintreten. So-

Verschuldung der öffentl. Hand



Arbeit aller Stellen in Stadt und Land. Damit ist für alle Beteiligten eine große Verantwortung gegeben. Es ist deshalb nur verdienstvoll, wenn auch die öffentliche Meinung immer wieder zugunsten des letzten Kreditnehmers auf Zinsverbilligungen, soweit sie in den naturgegebenen Grenzen möglich sind, hindrängt. Wie liegt es endlich mit der Vermehrung und Verbilligung langfristigen Kredits? Alle wirtschaftlichen Kräfte zeigen das auf den ersten Blick so seltsame Bild, daß während das kurzfristige Geld immer billiger wird, die Zinssätze für Kapital also z. B. für Pfandbriefe oder für Anleihen des Reichs und anderer öffentlicher Verbände oder für Obligationen wirtschaftlicher Unternehmungen, sich zunächst nicht erniedrigen. Daß dem so ist, ist innerhalb gewisser Grenzen sogar vernünftig. Werden nämlich die Geldbesitzer die Meinung haben, ihr Geld, für das sie bei kurzfristiger Anlage nur eine geringe Verzinsung erzielen, nunmehr in großem Umfang dem Kapitalmarkt zuzuführen, so würde ein gefährlicher Gegenstoß eintreten. So-

händler vorgeschrieben werden, und zwar ganz schablonenmäßig, ohne jede Rücksicht auf die Art und den Umfang des einzelnen Ladengeschäftes, ein System der Preisübersteuerung, das in den marktpolitisch offenbar klügeren Vereinigten Staaten grundsätzlich gesetzlich verboten ist, während es bei uns durch ein eigenes Kartell dieser Fabrikanten im Wege rücksichtsloser gerichtlicher Verfolgung von Unterbietungen gesichert wird. Unrichtig wie die Behauptung, daß diese Preisbindung im Interesse der Verbraucher zum „Wesen“ der Markenartikel gehöre, ist auch die Erklärung, daß die sog. „Konditionenkartelle“, die besonders in der Textil- und Bekleidungsindustrie zwar nicht die Preise, aber die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen regeln, nur „Ordnung“ im kaufmännischen Verkehr stiften, dagegen keinen Einfluß auf den Absatz äußerten. Tatsächlich beeinflussen sie ihn durch wesentliche Beschränkung der Kreditgewährung mit strengen Zahlungsfristen und Zahlweisen recht erheblich. Hierdurch engen sie den Kreditkauf und damit Umfang wie Schnelligkeit des Güterumlaufes ein. Selbstverständlich sind alle diese einzelnen Mittel der Kartellpolitik wie die Kartellierung in ihrer Gesamtheit berechtigten Wünschen der Unternehmer auf Abstellung von Auswüchsen des Wettbewerbs entsprungen. Aber gerade ihre notwendige Schablonisierung und Schematisierung, eine zwangsläufige Folge der Kartelle aus ihrer Zusammenfassung ungleich leistungsfähiger Unternehmen, treibt namentlich in krisenhaften Zeiten zu Überspannungen und damit wiederum zu Verschärfungen der Krise. So hat diese Politik unter den normalen Verhältnissen der Dorfkrisezeit auch nur vereinzelt Nachteile gestiftet. Für unsere heutige, in so vielen Beziehungen überspannte Lage droht sie dagegen nicht nur volkswirtschaftliche, sondern den leistungsfähigen Unternehmen auch privatwirtschaftliche Gefahren, wie die Forderung führender Wirtschaftskreise nach einem wirksamen Preisabbau, aber auch der Zusammenbruch von nationalen wie internationalen Kartelle befähigen. So bleibt in der Tat kein Zweifel, daß nur eine sehr nachhaltige, sehr allgemeine und rasche Lockerung aller Überspannungen der Kartellpolitik Hilfe bringen kann. Bei dem bereits sehr stark sinkenden Weltmarktpreisniveau, worüber ja an anderer Stelle dieses Heftes ausführlicher berichtet wird, droht sonst der deutschen Wirtschaft zu den inneren Schwierigkeiten noch eine wirtschafts- wie sozialpolitisch gleich gefährliche Weltmarktpreisfälligkeit. — Gewiß ist mit diesem Programm, wenn man ihnen gefunden Kern erhalten will, den Kartellen eine schwierige organisatorische Aufgabe gestellt. Eine völlige, auch nur vor-

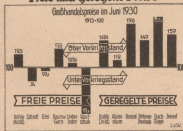
übergehende Freigabe der Preise und Absatzbedingungen kann nur ganz ausnahmsweise in Frage kommen, da sie in der Regel die Zerstückelung der Organisation bedeutet. Eines so radikalen Weges bedarf es aber auch gar nicht. Es wird meist vorerst genügen, wenn die Kartelle, was sie bislang trotz guter Ansätze zu sehr vernachlässigten, unter Ausnutzung der bereits gegebenen Rationalisierungsmöglichkeiten kostenmäßigste Warenherstellung ausweisen, durch Typisierung der Erzeugnisse und darauf aufgebaute Normalisierung der Produktion sowie Vereinfachung der Absatztechnik die Kosten herabdrücken und diese Gewinne in Preisentlagen ausmessen. Daß hierbei schwächste Unternehmen zum Erliegen kommen, wird in Kauf genommen werden können, wenn ihre Belegschaft im Aufsteigen der übrigen Unternehmern findet.

Gerade die Möglichkeit, daß die Kartelle in der Lage sind, diesen Prozeß systematisch durchzuführen, daß sie hierfür auch einen geschlossenen Druck auf die Organisationen ihrer Vorlieferanten und ihrer Abnehmer ausüben, daß sie also umfassende Selbstkontrolle über eine einheitliche, ineinandergreifende Durchführung dieses im einzelnen von jeder Schablone freizuhaltenden Programmes übernehmen können, läßt sie zu wichtiger Mitarbeit berufen erscheinen.

Ob angelehnt der unentzerrbaren Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Gesamtlage auch bei parallel gehenden Hilfen durch Anpassungen der Lohn- und Kapitalkosten diese Aufgabe ohne bedenklichen Einfluß durchzuführen ist, soll hier nicht unterjocht werden. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die Derordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen, die sog. Kartell-D. O. vom 2. November 1925, die ja zu Beginn unserer Währungswohlerherstellung mit ganz ähnlicher Zielrichtung erlassen wurde, genügend Handhaben hierfür bietet. Dahingestellt bleibe hier, ob bei ihrer nachhaltigeren Anwendung die jetzt beklagten Einseitigkeiten unserer Kartellpolitik zu verhindern wären, jedenfalls wird die Aufgabe der Behörde für das jetzige Programm eindeutig darauf zu konzentrieren sein, daß die Umkehr in der Preispolitik sich nicht nur zögernd in vereinzelt Gewerben auswirkt, daß das Ziel vielmehr angefangen von den Schlüsselindustrien bis hinauf zu den letzten Handelstufen in systematischer Durchführung gewonnen wird.

Diesem Zwecke soll auch die im Rahmen der Notverordnung vom 26. Juli d. J. als 5. Abschnitt erlassene Derordnung „zur Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen“ dienen, die in vieler Hinsicht eine Erweiterung und Verschärfung der weiter geltenden Kartellverordnung vom 2. November 1925 bedeutet.

Freie und geregelte Preise



Der Handel in der Krise

Von Staatssekretär z. D. Prof. Dr. Jul. Kirsch.

Es hat ziemlich lange gedauert, bis die Erkenntnis sich auch in Deutschland verbreitet hat, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage ihre Ursachen im wesentlichen nicht in Deutschland, sondern in den übrigen Weltländern und Unterlassungen (nicht einmal im Steuerabbau) hat. Weittragende, ungemein schnelle Schritte in der Rohstoff-, zumal auch der landwirtschaftlichen Produktion, haben deren Erzeugung außerordentlich gesenkt. Bei solchem Mehrangebot, dem keine gleich große Nachfrage folgen konnte, wäre ein allmähliches Sinken der Preise die notwendige Folge gewesen, hätten nicht künstliche Eingriffe dieses Abgleiten und seine natürliche heilsame Wirkung verhindert. Relativ hoher Preis wurde bei fast hundert der großen Rohstoffe des Weltverbrauchs gewaltsam aufrechterhalten. Die insbesondere von der britischen Hochfinanz gestützten „Valorisationen“ (Hoehhaltung von Rohstoffpreisen mit Hilfe teils finanzieller, teils sozialpolitischer Stützungen) verminderten den

Preis, seine natürliche Aufgabe alsbald zu erfüllen. So kam der Preiszusammenbruch erst mit dem Sich-Überstulzen der amerikanischen Expansion, dann aber mit einer Wucht, die in solchem Ausmaße in der Geschichte wohl noch nie beobachtet worden ist. Für dieselbe Menge an Industrierohstoffen, für die der Verkäufer im Jahre 1928 etwa 100 bekam, erhält er Mitte 1930 im Durchschnitt vielleicht 65 bis 70. Wir haben versucht, den Mindererlös des Welthandels mit Lebensmitteln und Rohstoffen in diesem Zeitraum abzufächeln; es scheint, daß für dieselbe Menge Rohstoff und Lebensmittel wie im Jahre 1928 jetzt im Handel zwischen den Staaten etwa 15 Milliarden RM. weniger an Goldwert gezahlt werden. Das bedeutet eine ungeheuerliche Kaufkraft-Veränderung, eine Störung größten Stils auf allen Märkten.

Der Preis soll nach dem Grundgedanken des Konkurrenzsystems der Regulator der Wirtschaft sein. Starke Mächte haben seinen Zeiger auf wichtigen Gebieten mehrere Jahre

lang festgehalten und falsch gestellt. Die notwendige allmähliche Umschichtung von Arbeit und Kapital aus den Gewerben mit schneller Leistungssteigerung ist deshalb nicht erfolgt. Nun kam der jähe Abbruch. Verbilligung der Erzeugung ist auf die Dauer ein Geschenk an die Menschheit. Durch den jähen Preissturz wurde daraus zunächst schwere Arbeitslosigkeit; aus ihr folgt für eine Übergangszeit ein schweres Scheitern für breite Volksschichten fast aller Nationen. Solche Wirtschaftskatastrophen sollte allen ein entscheidender Aufschwung zu höherer Befähigung unserer gesamten internationalen Wirtschaftsführung sein. Wenn nicht immer wieder schneller Wirtschaftsfortschritt zur Katastrophe führen soll; wenn der Mensch auch in der Wirtschaft endlich den Weg erreichen will, den er dem blinden Naturgeschehen gegenüber längst mit beispieslosem Erfolg beschritten hat; wenn er also dem Untervorwärtigen unter das Naturgeschehen in der Wirtschaft zu einer bewußt lenkenden Wirtschaftstechnik emporschieben will, so gibt es diese große Lehre, die keineswegs von einem Lande allein in die Tat umgesetzt werden kann:

Daß nämlich der Zeiger des Preises an sich heute schon viel zu langsam amfunktionierte, wahrscheinlich weitgehend der Besserung bedarf, unter keinen Umständen aber beiden großen Rohstoffen des Weltverbrauchs je wieder künstlich falsch gestellt werden darf.

Der Handel, von dem wir hier in erster Linie zu sprechen haben, war einst das Organ, das große Werkzeuge der Preisbildung in der Wirtschaft. Seine Rolle ist heute weitgehend verändert; in immer größere Teile seines einstigen Gebietes haben die Hersteller eingegriffen — wie man jetzt sieht, nicht gerade immer mit großem Dauereffekt —; doch bleibt ihm eine große Bedeutung in solcher Sturmzeit der Wirtschaft. Für den deutschen Handel stellen wir die Frage: Was ist ihm geschehen, und was kann er noch sich aus tun, um mit der Besserung seiner eigenen Lage die Überwindung der Krise zu beschleunigen?

Welch außerordentlich große Wertbeträge der deutsche Warenhandel umschlägt, das zeigen die Zahlen seiner Umsätze. Beim deutschen Einzelhandel (ohne den sogenannten direkten Umsatz des Handwerks) geht das halbe deutsche Volkseinkommen über den Ladentisch; auf etwa 35 Milliarden RM. jährlich war in den letzten Jahren sein Umsatz gestiegen; im deutschen Großhandel betragen die Umsätze noch weit mehr: zwischen 45 und 60 Milliarden RM. lauten ihre Schätzungen. Beide großen Wirtschaftsklassen zusammen sind zugleich der große Lagerhalter, das Vorratshaus des Volkes. Auf etwa 10 Milliarden RM. schätzen wir die Warenvorräte allein in Läden und Etagen des deutschen Einzel- und Großhandels vor etwa zwei Jahren, ein Drittel aller Lagervorräte der deutschen Wirtschaft überhaupt. Der Handel ist der Sammler, Sortierer, der Verteiler der Waren, der Puffer zwischen Herstellung und Verbrauch.

Die erste Wirkung solcher Weltereignisse auf ihn konnten nur Wertverluste, teilweise schwerer Art, sein. An einer Stelle bedeutete das Fallen der Rohstoffpreise für uns volkswirtschaftlich eine Erleichterung, nämlich im Außenhandel. Deutschland als Veredelungsland brauchte für den Rohstoff weit weniger auszugeben als vorher.

In Milliarden RM. betragen im reinen Wareneinfuhr:

Einfuhr:		Ausfuhr:	
	Wenn für 1930 Preis für 1929 eingestuft		Wenn für 1930 Preis für 1929 eingestuft
t. Halbj. 1929	6.8	t. Halbj. 1929	6.53
t. Halbj. 1930	5.7	t. Halbj. 1930	6.2

Die Mengen der Einfuhr haben sich im ersten Halbjahre 1930 gegenüber dem Vorjahr etwas, aber nicht sehr erheblich verringert, die Ausfuhr scheint sich, wenn man gleiche Preise zugrunde legt, sogar um ein Geringes gehoben zu haben — freilich praktisch vielfach zu gedrückten Preisen.

Wie aber war der Verkauf im Binnenlande? Verglichen mit den schweren Druckergebnissen in unserer gesamten Wirtschaft und zumal auch im Handel, ergibt eine Schätzung des „Instituts für Konjunkturforschung“ zunächst einen relativ nicht großen Rückgang der Umsätze, nämlich für die ersten vier Monate 1930 etwa 170 bis 200 Millionen RM. Winder-

umschlag; das wären, auf den Gesamtumsatz berechnet, wohl noch nicht 2 v. H. Sehr wahrscheinlich ist aber der Umsatz seitdem doch allgemein stärker gesunken. Die Konsumvereine (Hamburg) berichten jetzt über ein Sinken hauptsächlich im Lebensmittelverbraucher, von 5 v. H. je Kopf ihrer Mitglieder; die „Forschungsstelle für den Handel“ stellt fest, daß in den Monaten Mai und Juni 1930 bei 14 Einzelhandelszweigen, die nicht Lebensmittel vertreiben, die Werte des Umsatzes gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich etwa 7 v. H. gesunken waren; bei einzelnen Gewerben war das Sinken weit stärker, z. B. gerade bei Teilzahlungsbetrieben.

Dazu kam eine fast allgemeine Abwanderung in geringere Warenqualitäten.

Das Druckempfinden wird aber noch dadurch vergrößert, daß unsere Handelswirtschaft seit der Stabilisierung durchweg mit einem Wachsen der Umsätze rechnen konnte: im Jahre durchschnittlich wohl um 4 bis 5 v. H. Das normale Wachstum, auf das alles Wirtschaften unbewußt eingestellt war, fehlt. Statt dessen kam die Nachfrage selbst in der günstigsten Arbeitszeit.

Die allgemeine öffentliche Fragestellung an den Handel lautet nun so: Weshalb folgen die Preise der fertigen Ware, wenn überhaupt, so langsam diesem Sturz der Rohstoffpreise? Und wenn in der Industrie die Preise wegen gleichbleibender Löhne und sonstiger Kosten langsam fallen, weshalb geht nicht der Handel mit hartem Preisdruck voran?

Nun unterschätzt man meistens das, was immerhin an Preislenkung auf wichtigen Gebieten im Einzelhandel tatsächlich schon erfolgt ist. Der Inhaber eines unserer größten Warenhäuser stellte jüngst immerhin 60 Waren zusammen, deren Preise bereits auf oder unter Vorkriegshöhe gesunken sind (27 Lebensmittel, 20 Textilien, 13 Gegenstände des Hausrats). Der Gesamtdurchschnitt der Preise in dieser Betriebsart wird jetzt etwa seit Anfang 1929 um durchweg 20 bis 25 v. H. gesunken sein.

Dem allgemeinen Preisabbau im Handel stemmen sich aber drei große Tatsachenreihen entgegen: das relativ geringe Sinken und neuerdings das Wiederanstreben bei Agrarprodukten; die Höhe der „fixen Kosten“ auch im Handel und die Tatsache weitgehender Bindung der Preise durch die Lieferanten.

1. Der Index unserer Lebenshaltung geht vorerst noch empor, nicht zurück. Die Lebensmittelpreise sinken innerhalb unserer Grenzen nicht so wie draußen. Der amtliche Index der „Agrarstoffe“ war zwar gegenüber dem Januar um etwa 12 v. H. gesunken, ist aber in den letzten acht Wochen wieder um 4 v. H. hinaufgegangen. Dergleichen drückt sich im Einzelhandel, wenn überhaupt, nur sehr schwach aus; denn

2. ein großer Teil der Kosten im Handel ist, ähnlich wie in der Industrie, „fix“. Feststehende Kosten, wie Miete, sonstige Raum- und Ausstattungskosten, Kosten der notwendigen Mindestzahl an Personal, Zinsen usw., sinken aber nicht bei niedrigerem Umsatz, sondern ihr Anteil auf den einzelnen Kauf steigt offenbar gerade dann, wenn die Zahl und Summen der einzelnen Käufe weniger werden. Selbst wenn der Einkaufspreis fällt, sinkt dieser Teil der Unkosten nicht mit; rein rechnerisch steigt er gerade dann, wenn der Umsatz sinkt.

3. für einen wichtigen Teil des Umsatzes bildet der Handel gar nicht mehr den Preis. Kartell und Syndikat schreiben ihm seinen Preis einschließend des Handelsaufschlags vor: bei Kohle und Eisen, vom Kalk bis zu den Fahrradteilen und bei sehr zahlreichen anderen Waren. Dazu kommen die Hersteller der zahlreichen „Markenartikeln“: vom Mundwasser bis zur Schuhwische; im Heilmittel- und Drogenhandel soll es allein 15 000 bis 16 000 Markenartikel geben; in vielen anderen Handelsgebieten bringen sie stark vor. Im Ringen um die Gunst des letzten Verkäufers haben sie den Handelsaufschlag vielfach recht hoch angesetzt, und sie alle unterbinden streng jegliches Nachlassen von dem vom Hersteller festgesetzten Handelsgewinn.

So ist der Handel vielfach Objekt der Krise geworden; viel mehr, als früher selbst er sich diesmal so. Nichts wäre falscher, als wenn er nun in Fatalismus sein weiteres Schicksal abwarten wollte.

Stoßung im Kauf kann nur durch Billigkeit überwinden werden! Wie kann der Handel helfen, die Wundlung der Konjunktur mit herbeizuführen? Wir raten zu alsbaldiger, planmäßiger Bekanntheit der schon erfolgten und noch möglichen Preisentfaltung, gestützt auf eine auf lange Sicht zielende Kostenentfaltung im Handel.

a) Schnelle Preisentfaltung vermeidet oft am frühesten kommenden größeren Verlust. Bei einer Teufeltüte einigten sich einmal die Tuchfabrikanten meiner Heimat, zum teuren Garn billiges dasuzufahren und so einen „Durchschnittspreis“ zu bilden. Einer tat nicht mit, verkaufte auf Grund des wirklichen Tagespreises; er übertraumte die andern, ist heute einer der größten, und die andern verloren weit mehr, als wenn sie gleich mitgegangen wären. Manche kalkulieren noch immer so: Bei steigendem Preise nach Marktpreis, bei sinkendem nach Einkaufspreis plus Unkosten. Diese Doppelmoral in der Preispolitik ist wirtschaftlich falsch; sie vergrößert den Schaden des einzelnen und verlängert die Depression für alle.

b) Die Kostenentfaltung ist die bestdauernde Grundlage der Preisentfaltung. Wie unser Handel heute gestaltet ist, sind hohe Kosten unvermeidlich; sie werden in erster Linie verursacht durch die hohen Kosten der Warenlager, zum andern durch die große Ungleichmäßigkeit der Beschäftigung, zumal im Einzelhandel.

Verkleinerung der Warenlager, Befreiung von zu vielen Sorten und zu großen Mengen sehr Kapital frei. Hätten wir planmäßig zu Beginn der Stoßung alle deutschen Warenlager um 10 v. H. vermindert, so wären 3 Milliarden RM. Kapital frei geworden für zusätzliche Produktion. Um diesen Betrag bräuchten wir dann nicht ins Ausland zu gehen, hätten eine ganz große, Zinsen sparende Anleihe bei uns selbst genommen.

Dem Kauf: Verkleinere dein Lager! folgt der deutsche Handel deutlich seit etlichen Wochen. Schon durch diese Handlung der einzelnen bereitet er den Umschwung vor. Je stärker die Warenvorräte abgebaut sind, desto schneller dringt eine Wiederbelebung des Verbrauchs in die Produktion vor.

Warum aber verbindet man nicht beides, den planmäßigen Lagerabbau und zugleich die Ausnutzung der Preisentfaltung zu Verbrauchssteigerung durch mutige Initiative?

Das könnte man etwa so gestalten: Die großen Richtungsfilialen des Einzelhandels, also Genossenschaften der Einzelhändler, der Verbraucher und zumal auch die Großunternehmungen sollten zu Beginn der Herbstumsätze eine große Abhoßung der Lagerorräte vornehmen, die über eine normale Lagerzeit vorhanden sind; das ausgesprochene Ziel aller müßte dabei sein, das Lager in Zukunft, nicht nur während der Krise, sondern dauernd, etwa um ein Zehntel kleiner zu halten, als es im vorigen Jahre war. Manche gerade dieser Großunternehmer sehen noch verärgert beiseite und glauben, daß Sondersteuern für sie kein Anreiz zu solcher Aktion seien. Dergleichen Hemmungen brauchen nicht ewig zu sein. Weitbin sichtbar sollte gezeigt werden, was an Preis-

sentfaltung geleistet ist. Wer den allzu ängstlich gewordenen Käufer lockt, turbuliert die Wirtschaft an; wer das Lager dabei verkleinert, spart eigenes und nationales Betriebskapital. Also verbinde man planmäßig Preis- und Lagerabbau!

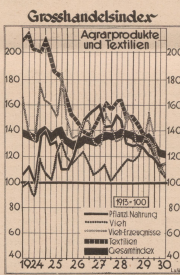
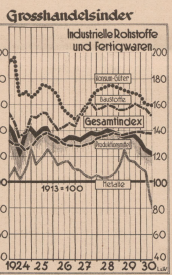
c) Die Hersteller der preisgebundenen Waren sollten weit stärker als bisher mit-helfen! Gemäß gelten auch bei ihnen die Gesetze der „sigen Kosten“; aber in Krisenzeiten sind Kosten aus Nichtausnutzung schließlich verlorener Aufwand. In New York gibt es einen Großbetrieb, der sich anheißig macht, jede Ware um 6 v. H. billiger abzugeben, als sie irgendwo anders zu haben ist. Es kann nicht unmöglich sein, daß zwischen Herstellern und Herstellern preisgebundener Waren zunächst für eine Anzahl von Monaten die Senkung der Preisbindung um feste, weithin offensichtlich zu machende Prozentätze erreicht wird. In den Mindererlös müßten Herstellung und Handel sich teilen. Erhöht der Handel insoweit die Erlaubnis zu geringerem Aufschlag, so wird der Wettbewerb in ihm schnell solche Möglichkeit zur Lastfalle werden lassen.

d) Die Kosten unseres Handels sind großenteils dadurch so hoch, weil seine Beschäftigung gar zu ungleich ist. Freitag- und Sonnabendnachmittag machen viele Betriebe die Hälfte ihres ganzen Wochenumsatzes; am Monatsende steigt die Umsatzkurve steil empor, hernach liegen Raum, Lager, Arbeitskraft zu ganz großen Teilen brach; all das nur, weil die Zahlungs-termine rein gewohnheitsmäßig am Wochen- und Monatsende liegen! Man verteile die Zahlungstermine planmäßig in der Woche, dem Monat, dem Jahr. Damit spart man Hunderte von Millionen im Jahre an Handhabungskosten, senkt den verlorenen Aufwand und damit die Preise im Handel.

Das sind einige der Mittel, mit denen man wohl vom Warenabfah her die Überwindung des Tiefpunkts wirksam beginnen könnte.

Hoch über dieser Augenblicksaufgabe steht aber das große Zukunftsproblem: Wie verhindert man die Wiederkehr solcher Wirtschaftskatastrophen, die aus dem schneller werdenden Produktionsfortschritt immer wieder drohen? Vielleicht ist der Preis als allgemeiner Regulator nicht mehr schnell und sicher genug. Jedenfalls muß, wer besser will, international die absichtliche Jadschstellung von Preisen häufig verhindern. Darüber hinaus lautet aber die große Aufgabe — nach unserer Ansicht vielleicht von den Notenbankleitern der wichtigen Länder gemeinsam anzugreifen —: Vor allem in der fest-

stellung der Veränderungen in Vorrat und Bedarf müssen wir aus dem Unterworfensein unter das wirtschaftliche Naturgeschehen (und erst recht unter einseitige Interessenten-mißgriffe) zur bewußt lenkenden Wirtschaftstechnik kommen. Die Krise ist da. Wie vermeidet man die Wiederkehr solcher Schicksals aus schnellem Wirtschaftsfortschritt, den niemand missen will? Dorthin muß überstaatliche Arbeit auf weite Sicht und in großem Stile gehen!



Standardware und Preisbildung.

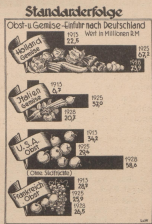
Von Professor Dr. Fritz Bedmann, Bonn.

Standardisierung von landwirtschaftlichen Waren ist Liefering von gleichen, gleichbleibenden, einheitlichen Waren in besserer Qualität, gleicher Verpackung und Aufmachung. Diese Standardisierung hat den weltwirtschaftlichen Verkehr so vollständig erfährt, daß 95 v. H. der Einfuhr an Nahrungsmitteln nach Deutschland, besonders der edleren, Standardware (Genossenschaftsware) ist. Also: 100 Waggons holländische Kartoffeln hintereinander, in jedem Waggon 300 Sack, Plombe rechts, Streifen links, alle Kartoffeln 2 Zoll dick, ohne Beschädigung, höchstens 0,25 v. H. Erde. Oder: ein Käftzug Eier, viele hundert Einheitskisten mit 30 Dutzend, 62 g schwer, alle 6 bis 8 Tage alt. Die Einfuhr von amerikanischem Obst geht nur in Standardware vor sich; nur fünf Sorten kommen auf den Markt in Einheitskisten, in jeder Kiste derselbe Apfel, wie ein Spiegel gleich verpackt, millionenfach gleich schwer und gleich aussehend. Das Ausland hat vielfach Zwang hinter diese Entwicklung gesetzt; viele Länder haben Exportkontrolle und lassen nur Standardware heraus, wie Holland, Dänemark, Neuseeland. Andere lassen, wie England, zwangsweise alle Molkereien zusammen, rüsten sie mit gleichen Maschinen aus, stellen dadurch eine Einheitsbutter her, die auf dem Weltmarkt als eine Ware auftritt. Viel tut Erziehung und Ausbildung. In Deutschland sind die Schwierigkeiten der Standardisierung größer, da die Streuung der Ware vielfach höher ist bei unterschiedlicher Betriebsgröße, bei wechselndem Boden und Klima, bei verschiedener Intelligenz und Genossenschaftsfreudigkeit der Landwirte, ganz abgesehen von dem Sortenwettbewerb, der aus einer 200jährigen Geschichte entstehen mußte. Im inneren Verkehr verlagert der Zwang, den das Ausland bei der Ausfuhr einsetzt. Das Handelsklassengesetz sucht wenigstens einen großen Rahmen zu schaffen, um für die wichtigsten Waren Handelsklassen (Standards) aufzustellen, die den inneren Verkehr zusammenfassen sollen. Das ist der erste, sehr begrüßenswerte Schritt in Deutschland, um dem Ausland langsam nachzukommen. Mit Zwangswirtschaft hat das nichts zu tun; es sollen vielmehr nur große Massen von Standardware erst einmal gebildet werden, aus denen Großhandel und Konsumgenossenschaft sich in Kleinstposten decken können. Nachdem der Agrarreport, vom Pfirsich bis zum Bäckensinken in der Welt standardisiert ist, bleibt dem inneren Verkehr in Deutschland nichts mehr übrig, als diese Entwicklung mitzumachen. Der Sinn ist erkannt, aber es fehlt am Tempo, für die Preisbildung bedeutet diese Standardisierung folgendes:

In erster Linie wird die Verteilung der Waren, also der Weg vom Produzenten zum Konsumenten ungeheuer verbilligt, so daß den Landwirten höhere Preise gezahlt werden können, ohne daß dem Verbraucher der Brotkorb höher gehängt wird. Häufig können sogar die Konsumpreise oben drein senkt werden. Diese Verbilligung des gesamten Handels und Verkehrs drückt die Handelspreise häufig um mehr als 50 v. H., sobald nicht mehr individuelle kleine Posten, sondern Standardposten gehandelt werden. Das Einzelgeschäft spielt sich ab in wenigen riesigen Posten: eine Großgenossenschaft kauft 3. B. jeden Montag am Telefon in einem Geschäft mehrere hundert oder sogar tausend Zentner Butter, mehrere Dutzend Waggons Kartoffeln, mehrere Tausend Kisten Eier. Dieser Kleinstablauf erfordert nicht ein Prozent der Kosten, der eine individuelle Sammel-tätigkeit haben würde. Da nun die Verbraucher sich immer mehr in Großorganisationen zusammenschließen, auch der Handel sich zentralisiert, so hat nur der riesengroße Umsatz in einem Posten die Zukunft, weil er billiger arbeitet. Ferner wird das Optimum des Transportes gewählt. Bei Eiern ist

es 3. B. der Käftzug, also ein 5-Tonnen-Wagen mit Anhänger oder der voll beladene Waggon. Ruft ein Händler oder eine Genossenschaft bei der Sammelgenossenschaft einen Posten ab, so geht er nur in dieser Menge ab. Damit finden die Transportkosten auf einen Bruchteil vom Pfennig. Zeitlich grenzt die Leistung vollends an Märkten ab. Innerhalb 10 bis 18 Stunden werden Waggons oder Käftzüge Eier, Gemüse, Obst abgerufen und angefahren. Alle Kontrolle ist entbehrlich geworden; sie ist mit der Sammel-tätigkeit und Qualitäts-garantie der Erzeugergenossenschaft verbunden, und je mehr diese ihre Genossen erziehen, desto mehr kann sie ihre eigene Kontrolle abbauen. Das alles gestattet, die Handelsspanne stark abzubauen, besonders, wenn das Einzelgeschäft in solchen Kleinstmengen sich abspielt, die unsern Vätern noch als Großgenuß erschienen wären.

Mit der Standardisierung wird erst ein „Markt“ gebildet. Ein „Markt“ besteht heute nicht mehr aus hundert



Posten verschieden, aber, wenn denen jeder aussuchen kann was er braucht; er ist vielmehr eine unendlich große, täglich unerhöpliche Masse, aus der jeder Großabnehmer den großen Posten sofort abrufen kann. Bei der Vergrößerung des Einzelgeschäfts und der gleichen Nachfrage aller Verbraucher ist ein Markt aus hundert Einzelposten zu teuer in seiner Benutzung. Sobald die Verbraucher sich den vorher in der Qualität erkannten und Menge bekannten Posten abrufen kann, hört das zweifache Umlerfahren und jede unwirtschaftliche Bewegung von Waren auf. Wenn Berlin eine Million Liter Frischmilch braucht, aber 1/2 Million Liter wird jeden Tag angefahren, dann werden 250 000 Liter täglich nutzlos umhergefahren, sind abends fauer geworden und belassen nur die Handelspanne der tatsächlich abgesetzten Menge. Da liegen ungeheure Ersparnisse. Noch größer werden sie, wenn vollends der letzte Verkäufer nicht mehr viele Sorten Eier, Apfel, Butter nebeneinander führt, sondern nur eine Qualität und Größe.

Das selbe Prinzip der Verbilligung setzt sich beim Erzeuger durch. In Genossenschaften zusammengeschlossen wird eine ganze Gegend mit einheitlicher Kasse oder Sorte bedeckt, liefert an wenigen Stellen ab, dort bildet sich ein Großmarkt. Schon bei der Erzeugung tritt an die Stelle der individuellen Ware die über die Genossenschaft erkannte, dem Verbraucher erwünschte Massenware. Es kommt heute nicht mehr darauf an, möglichst viel Nahrungsmittel zu erzeugen, sondern nur diejenigen, welche dem Konsum entsprechen. Das Ziel des höchsten Rohertrages ist abgewandelt in das Ziel der gleichmäßigen Anpassung an den Bedarf. Damit wird unnütze Erzeugung vermieden und der Landbau flagt nicht mehr über die verderbten Sitten des modernen Konsumenten, der es ablehnt, das zu essen, was Gott habe wachsen lassen. In U. S. A. Amerika ist diese Verbilligung der Handelspannen so weit getrieben, daß bei leicht verderblichen Waren nur noch 50 bis 40 v. H. vom letzten Verkaufspreis auf die Handelspanne entfallen.

Die Preisschwankungen beim letzten Käufer werden ausgeglichen. Bisher bringt der Landbau seine Spitze, die er im

eigenen Betrieb nicht verbraucht, auf den Markt, also zur Zeit, wo alle ihre Spigenerwertung auf dem Markt suchen und die Ware überhaupt keinen Absatz hat („hat der Landwirt Ware, so kauft sie nichts“). Infolge gleichmäßiger Erzeugung und Standardisierung kommt regelmäßige Ware auf den Markt, ist nach Qualität, Menge, Lieferzeit bekannt und kann langsam zu ruhigen Preis gebracht werden. Nicht nur die Preishöhe, vielmehr auch die Schwankungen der Preise und ihre Unberechenbarkeit sind für den Landwirt verderblich geworden. Auch hier liegt die Zukunft in der Bildung eines großen Marktes, der immer Ware hat, gleiche und berechenbare Ware hat. Spigenerwertung über den Markt ist Selbstmord geworden. Die Hausfrau wird daran gewöhnt, daß monatelang das 62-g-Ei 11½ Pf. kostet und das Pfund Apfel 25 Pf.; damit kommen Ruhe und Sicherheit in den Markt. Die Nordwestsee Deutschlands (Oldenburg und Ostfriesland) hat mit ihrer Großgenossenschaft bereits viel zur Beruhigung ihrer Märkte beigetragen.

Es endlich mit der Standardisierung eine Preiserhöhung verbunden ist, da hängt sie fast stets an eine bessere Qualität an. Die Steigerung der Konsumsprache nach dem Kriege sind unerwartet hoch entwickelt, seitdem die Gärten Europas, die wunderbaren früchte Kaliforniens, die hohe Landkultur Dänemarks auf den deutschen Markt sich treffen. Aber der Konsum ist umgekehrt bereit, für seine höheren Ansprüche zu bezahlen, wenn er qualitativ zufrieden ist. Sogar die reinen

Verbraucherorganisationen, die Konsumgenossenschaften, lassen über den Preis stets mit sich reden, wenn nur die Ware ihnen zusagt. Da liegen für den deutschen Landbau noch unausgeschöpfte Möglichkeiten; vielfach handelt es sich nicht um in unserer Zone und in unserem Klima unzielbare Qualitäten, sondern nur um äußerliche Gleichmachung der Ware (Einfortierung in die Standards). Der amerikanische Einheitsapfel kostet 50 bis 70 Pf. bei uns und ist ein fabels Zeug; der gute deutsche Bostop höchstens 15 Pf., weil er der Zusammenführung entbehrt. Es gilt nur, deutsche Märkte zu bilden, wo Millionen Zentner ganz gleiche Ware, einerlei ob Eier, Butter, Maifäbber, Tomaten, jede Stunde in beliebiger Menge abgerufen werden kann. Die Zeit des individuellen Absatzes ist für immer vorbei.

„Dem Volk den Brotkorb höher hängen“ ist eine undenkbare Forderung in einem Volk mit drei Millionen Erwerbslosen. Statt dessen kann man höchstens die Nachfrage spalten, d. h. den einzelnen Schichten mit verschiedener Kaufkraft verschiedene Qualitäten bieten und die Preise staffeln. Ganz allgemein bringt die dritte Klasse nach Standardisierung noch denselben Preis wie vorher die unsortierte Ware. Allgemein kann man den Preis der Qualität nachgeben lassen. Aber entscheidend ist die Verbilligung des Verteilungsablaufs in unserer Volkswirtschaft und dafür die einzige unerläßliche Voraussetzung die Bildung wahrhaft volkswirtschaftlicher Großmärkte durch Standardisierung.

Baumarkt und Konjunktur.

Von Reichsarbeitsminister Dr. h. e. Stegerwald.

Der Wert der baugeverblischen Produktion in Deutschland belief sich im Jahre 1929 auf rund 9 Milliarden. Beziffert man die Gesamtzeugung unserer Volkswirtschaft im gleichen Jahre auf etwa 70 Milliarden, so ergibt sich, daß im Baugeverbe und seinen Hilfsindustrien rund ein Viertel der deutschen Gesamtproduktion verpörpert war. Schon diese eine Tatsache illustriert mit genügender Eindringlichkeit, was ein einigermaßen normaler Baumarkt für die Stabilität unserer Wirtschaft bedeutet, und sie illustriert nicht minder eindringlich, welche entscheidende Stütze der allgemeinen Konjunktur durch eine Stodung der Bauaktivität entzogen wird.

Eine solche Stodung ist nun im Jahre 1930 eingetreten. Auf die Gründe, die diese Abwärtsentwicklung herbeigeführt haben, will ich hier nicht zurückkommen. Sie sind in der Öffentlichkeit in den letzten Monaten genügend erörtert worden. Ich möchte nur die gegenwärtige Lage an

und Angestellte im Baugeverbe beschäftigt waren. Inzwischen hat sich diese Zahl — teils durch den allgemeinen Zuwachs an Erwerbsfähigen überhaupt, teils durch den Zustrom aus anderen Industrien — ohne Zweifel um Hunderttausende erhöht. Dazu kommen diejenigen, die in den mehr oder weniger vom Baugeverbe abhängigen Industrien, wie Steine und Erden, Holzgewerbe, Eisenindustrie, beschäftigt bzw. in der Gegenwart nicht beschäftigt werden. Aber auch damit nicht genug! Es liegt nun einmal eine unabweisbare Gehehmöglichkeit darin, daß Arbeitslosigkeit weitere Arbeitslosigkeit mit sich bringt. Der Bauarbeiter — wie jeder Arbeiter — ist nicht allein Produzent, sondern auch Konsument. Und wenn viele Hunderttausende gezwungen sind, von der Arbeitslosen-, Kriegen- oder Wohlfahrtsunterstützung zu leben, d. h. ihre Kaufkraft auf die Hälfte oder gar ein Viertel zusammengeschrunpft ist, so muß das notwendig die Absatzlage etwa der Befeldigungsindustrie, der Nahrungsmittelgewerbe, der Leder- und Schuhindustrie, der Möbelindustrie, tiefgreifend beeinflussen. Absatzstodung bedeutet aber auch hier: Steigerung der Arbeitslosigkeit. Die Einflüsse, die auf diese Weise vom Baugeverbe auf die Lage der Konsumgüterindustrien ausübt, sind um so schwerwiegender, als die Depression des Baumarktes nun schon über ein halbes Jahr anhält und auch im letzten Winter — trotz denkbar günstigster Witterungsverhältnisse — die Arbeitslosengetrieben hat.



einigen wenigen Zahlen verdeutlichen: Mitte Juli wurden auf den Arbeitsämtern allein 217 000 arbeitssuchende Bau- f a h -arbeiter gezählt; das waren mehr als viermal soviel wie im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die gewerkschaftlichen Bauarbeiter-Verbände meldeten in diesem Juni 38 v. H. arbeitslose Mitglieder gegen 6,7 v. H. im Juni 1929. Damit sind die Bauarbeiter vom Schicksal der Arbeitslosigkeit gegenwärtig stärker betroffen als alle ihre übrigen Fachverbandskollegen. Und das im Sommer, in der Zeit der eigentlichen „Bauhochsaison“!

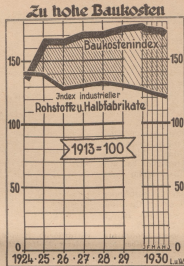
Von den Wirkungen einer derartigen Depression auf die Volkswirtschaft als Ganzes kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß zur Zeit der letzten Berufszählung, also im Jahre 1925, rund 14 Millionen Arbeiter

Unter diesen Umständen ist eines klar: Soweit die kritische Finanzlage es der Reichsregierung überhaupt erlaubt, auf dem Wege der Arbeitsbeschaffung unmittelbar in den

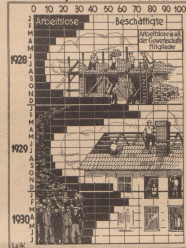
Konjunkturverlauf eingzugreifen, muß sie versuchen, gerade bei der Bauwirtschaft, diesem „Krisenherd“ erster Ordnung, anzusetzen. Sie fühlt sich dazu um so stärker verpflichtet, als gleichzeitig auf diesem Gebiete ein dringendes soziales Bedürfnis immer heftiger nach Deckung verlangt: das Wohnungsbedürfnis.

Uns fehlen zur Zeit in Deutschland noch mehrere Hunderttausend Wohnungen zur Unterbringung der Familien, die teilweise seit Jahren in Untermiete leben und auf ein eigenes Heim warten. Weitere Hunderttausende von Familien, besonders Familien mit mehreren Kindern, leben in überfüllten Wohnungen, die wiederum zum großen Teil schon nach ihrer Beschaffenheit als gesundheitswidrig anzusprechen sind. Es ist selbstverständlich, daß bei der starken Arbeitslosigkeit und dem fortwährenden Konjunkturrückgang sich auch die Nachfrage nach Wohnungen vermindert. Dörflich gehen den Nachfrage etwa schließen zu wollen, daß der Wohnungsbedarf im allgemeinen in Deutschland mehr oder minder gedeckt ist. Davon kann gar keine Rede sein. Gerade der Wohnungsbedarf für die breiten Schichten unserer Arbeiterklasse ist unermindert groß, da zweifellos der Wohnungsbau der letzten Jahre den mehr mittleren Schichten und den bestbezahlten Arbeitern zugute kam. Lediglich die Unmöglichkeit für die breiten Schichten bei den heutigen Einkommensverhältnissen, die Miete für eine Neubauwohnung aus dem keineswegs mehr dauernd gesicherten Lohn aufzubringen, schreckt zahllose Familien ab, als Bewerber am Wohnungsmarkt aufzutreten, obwohl gerade diese eine Wohnung dringend nötig hätten. Daß diese Familien, wenn auch in noch so einfachen, aber hygienisch einwandfreien und gesunden Wohnungen so bald als möglich untergebracht werden, ist auch das Interesse der Nation. Eine bescheidene, aber ausreichende Unterkunft muß unser Volk haben, sonst verkommt es. Eine genügende wohnliche Unterbringung der breiten Massen ist unbedingte Voraussetzung, um unsere Bevölkerungszahl und unsere Volkskraft zu erhalten.

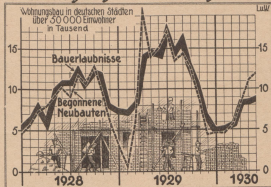
So ist die Reichsregierung aus wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen fest entschlossen, auch in der Notzeit unserer Tage den Wohnungsbau für die breiten Massen zu fördern. Das eben eingeleitete zusätzliche Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung soll diesen Willen in die Tat umsetzen. Die Grundgedanken des Programms sind: Dort durch Wohnungsbau Arbeit zu schaffen, wo die größte Arbeitslosigkeit ist, und den Wohnungsbau selbst so zu gestalten, daß auch tatsächlich die Mieten für die breiten



Arbeitslosigkeit der Bauhandwerker



Rückgang der Bautätigkeit



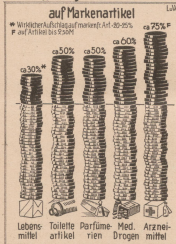
Volkschichten erschwinglich sind. Die Reichsregierung ist sich darüber klar, daß sie zur Durchsetzung ihrer Ziele die Hilfe aller beteiligten Stellen braucht. Es muß insbesondere vermieden werden, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung von einzelnen Stellen dazu benutzt wird, mit eigenen Aufträgen nunmehr zurückzuhalten. Die Zufügigkeit des Bauprogramms zu wahren, wird unsere größte Sorge sein; wir werden auch ohne Bedenken da die Reichsmittel zurückziehen, wo wir den Einbruch gewinnen, daß sie nur als Ersatz für sonst geplante eigene Bauarbeiten verwendet werden sollen. Ebenso werden wir darüber wachen, daß die Wohnungsgrößen und die Ausstattungen der neuen Wohnungen dem wirklichen Bedarf entsprechen. Was wir brauchen, sind einfache Kleinwohnungen mit erschwinglichen Mieten. Wir können es uns nicht länger leisten, große und bezausgabte Wohnungen zu bauen, die die Wohnungsbedürftigen nicht mieten können. Wo wirklich Familien mit mehreren Kindern vorhanden sind, haben die ausführenden Stellen die Möglichkeit, hierfür besonders zu sorgen. Keinesfalls jedoch dürfen unter dem Vorwand, Wohnungen für Kinderreiche zu bauen, alte Zähler fortgesetzt und zu große Wohnungen gebaut werden. Die Reichsregierung ist sich auch ferner darüber völlig klar, daß das zusätzliche Wohnungsbauprogramm bei der heutigen Arbeitslosigkeit bei weitem nicht ausreicht, um einen Umschwung der Konjunktur zu bewirken. Eine endgültige Besserung auf dem Bau- und Wohnungsmarkt sehe ich erst dann kommen, wenn die Baukosten und die Zinssätze für das Baukapital so weit sinken, daß ohne zu großen Einsatz der öffentlichen Mittel für die einzelne Wohnung auch tatsächlich tragbare Mieten erzielt werden können. Die Senkung der Kosten für das Leibkapital spielt hier eine ebenso bedeutende Rolle wie die Senkung der Baukosten selbst. Wenn hier ein Erfolg erzielt wird, so bin ich der festen Überzeugung, daß die Bauwirtschaft und die Bauarbeiterklasse wieder besseren Zeiten entgegengehen. Wer wollte bestreiten, daß in dem Augenblick, wo beispielsweise in Berlin gesunde, einfache Arbeiterwohnungen in einer Preislage von 35 bis 40 RM. errichtet werden könnten, die Nachfrage eine derartig starke wäre, daß jedenfalls die Bauarbeiter den weitesten Umgebung Arbeit und Brot finden würden? Das zusätzliche Bauprogramm der Reichsregierung kann nur in beschränktem Umfang Hilfe bringen. Der Auftrieb für die Bauwirtschaft selbst hängt von der Lösung des Preisproblems ab. Hoffen wir, daß die nahe Zukunft diese Lösung bringt. Es handelt sich um eine Schicksalsfrage unserer Wirtschaft und unseres Volkes.

Wie die Hausfrau das Preisproblem sieht.

Don Charlotte Mühsam-Werther, A. W. A.

Die Hausfrauenschaft hat mit etwa 80 v. H. des Volkseinkommens die Lebenshaltungskosten zu betreiben. Man bezeichnet sie daher als Treuhänderin und Kassierführerin der Nation. Noch vor wenigen Jahrzehnten hatte sie im Rahmen der Volkswirtschaft lediglich die Rolle des passiven Zuschauers eingenommen. Erst dann hatte die Not der Zeit der denkenden Hausfrau das Gefühl der unlöslichen Verbundenheit des Einzelhaushalts mit allen sonstigen legitimen Wirtschaftsfaktoren aufgewunden. Damit war sie aus einem bloßen Wirtschaftsobjekt zum mitbestimmenden Subjekt der Wirtschaft erwachen.

Der Aufschlag des Einzelhandels



Nach Feststellungen des Einzelhandelsstudiums.

Januskopf. Die Zahl der erwerbstätigen Hausfrauen, denen der Doppelberuf der Berufsfrau-Hausfrau zufällt, vermehrte sich in nie geahntem Umfange, und dieser Umstand vertiefte das Interesse der Hausfrauenschaft für die treibenden Kräfte des Preisproblems. Schwer drückt seelische Qual auf die pflichtbewusste Hausfrau, wenn sie bei bisher meist steigenden Preisen, aber bei gleichem oder gar sinkendem Einkommen, Einnahmen und Ausgaben im Lot halten muß. So begriffen denn die Hausfrauen freudig den Gedanken einer allgemeinen Preisentkung. Aber trübe Erfahrung machte sie zu Realpolitikern, die nur skeptisch — ohne behördlichen Zwang — durchgreifende Maßnahmen seitens der einzelnen Wirtschaftszweige erwarten.

Für die Hausfrauenschaft interessiert begreiflicherweise weniger die z. T. bereits durchgeführte Preisentkung der Stahl- und Eisenverbände, der Tafelglas- und der Wageneisenfabrikanzen; für sie ist vielmehr zunächst von unmittelbarer Bedeutung die Kostenentkung für Lebensmittel, Textilien und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs. Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung berechnet sich der Anteil der Einkommensverwendung speziell auf Lebensmittel auf fast die Hälfte des Gesamteinkommens, in den untersten Einkommensstufen von Arbeiterhaushaltungen sogar auf 54,8 v. H. Gerade auf diesem Gebiet glaubt sich die Hausfrau — fast mehr noch als die gewerblich interessierten Kreise — niemandem zuliebe, niemandem zuliebe, zu einer kritisch-objektiven Beobachtung in der Lage. Diese Kritik führt zu der bedauerlichen Feststellung, daß der auf allen Rohstoffmärkten der Welt eingetretene Senkung der Rohstoffpreise eine Senkung der Einzelhandelspreise in Deutschland noch nicht entsprechend gefolgt ist. Die Hausfrau, die die Not der Landwirtschaft mitempfindet, begreift es nicht, wenn trotz der zur Vermeidung einer landwirtschaftlichen Katastrophe unermesslichen Agrarpollerhöhung zwar

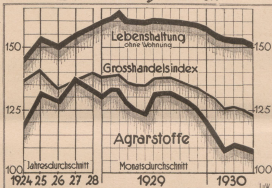
der Preis der landwirtschaftlichen Produkte zum Teil noch weiter sank, dann aber die Kleinhandelspreise nur zögernd folgten. Damit kommen wir auf das schwierige Gebiet der allzu hohen Preispanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis. Der ungenügende Preisrückgang läßt sich durchweg, in gleicher Weise für Fachgeschäfte, für Warenhäuser und für Konsumvereine beobachten, soweit sie für die Einkäufe der Hausfrauen in Betracht kommen.

So drängt sich denn die Frage auf, in welchem Ausmaß die Preispanne notwendig und möglich ist. Zunächst schuf die gemeinsame Konferenz der Markenartikelfabrikanten und der Vertreter des Einzelhandels der Skepsis der Verbraucher neue Nahrung. Mit Erstaunen hörte man dort die Warnung vor großen Erwartungen, obwohl man gerade bei einer Anzahl von Markenartikeln eine Preisentkung ohne Qualitätsbeeinträchtigung erhofft hatte. Zum mindesten erscheint bei einer Reihe von Markenartikeln in eine Überprüfung des Einzelhandelspreises gegenüber den Gesteckungspfeisen unerlässlich, da selbst Händler die ihnen seitens der Fabrik durch Revers auferlegte Preisvorschrift mehrfach als übermäßig hoch bezeichnen. (Erinnert sei hier an das Diktat eines großen Margarinekonzerns gegenüber einem Konsumverein, der die Preispanne für Ia Margarine als erheblich überfess bemängelt hatte, ohne eine Änderung herbeiführen zu können.)

Das neue Handelstlassengesetz sieht Standards und Güteklassen vor. In der darin liegenden, hinsichtlich Qualität und Preisgestaltung gegebenen Garantie erntet die Hausfrauenschaft einen Fortschritt.

Nach die Verbraucher erblicken in den der Wirtschaft angehörenden öffentlichen Kassen eine der besten Verteuerungsquellen. Einschränkung dieser Kassen, übrigens auch Durchführung der privaten Handelsunterkosten wäre ein Ziel, aufs innigste zu wünschen.

Drei wichtige Kurven



In neuester Zeit erscheint der Krebschaden übersteigter Reklame weitestens Hausfrauenkreisen als ungeheure Verteuerungsquelle. Selbst die einfache Hausfrau ist sich darüber klar, daß der Kaufmann nichts verschont kann; die Kosten der luxuriösen Aufmachung, der Jazzpapellen, seitelanger Inserate, Zugaben, überhaupt Reklame aller Art weiß sie auf den Kaufpreis aufgeschlagen. Allein der Anzeigenwert der Wortreklame ist auf jährlich 800 bis 900 Millionen RM. berechnet. Kaufsläden mit einem Aufmachungsponp, wie er im Auslande nirgends befannt ist, verteuert der Hausfrau, die mit dem Pfennig rechnen muß, den Einkaufspreis.

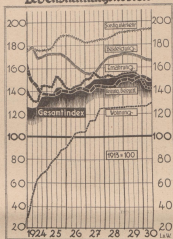
Mit bitterer Ironie empfindet die Hausfrau den Wandel des Schlagworts vom „Dienst am Kunden“. Geht es doch in

Wahrheit meist um den „Kampf um den Kunden“. Dieser Kampf wird mit preissteigernden Ausmaßlichen geführt. Neben aßugroßer Lagerhaltung fällt hierbei insbesondere ein sinnloses Übermaß von Sortimenten ins Gewicht. So brachte beispielsweise der Schuhhandel (laut Feststellung der Enquete) aus Konkurrenzgründen allein in einer Saison 3000 Muster heraus; an dieser Anzahl hat die Kundin natürlich nicht das geringste Interesse — Unter der Deuse Schaffung erhöhten Kaufanreizes drängt sich in jeder Saison eine Glut von Sonderverkäufen auf. Mit den fortlaufenden Schleuderpreisverkäufen treibt man die Verbraucher in eine Begriffsverwirrung, die den Normalpreis fast als Wunderpreis erscheinen läßt. Darin liegt für die Hausfrauenschaft eine ungesunde Form der Preisenkung.

Verständige Frauen mißbilligen Warenangebote unter Hintansetzung nationalwirtschaftlicher Belange. Käuft doch die Hand von der Hereinbringung ausländischer Frühkartoffeln, von holländischem Blumentohl — zu einer Zeit, wo gute inländische Ware unter Absatzschwierigkeiten leidet. Die Hausfrau, die schon angesichts der Schaufenster zur bedauernden Feststellung wirtschaftlichen Unverstandes gelangt, ist hierbei gewiß nicht dem Vorwurf des Chauvinismus ausgesetzt; sie erblickt vielmehr in solchen Fehlgriffen einen letzten Endes auf die Unkosten der Landwirtschaft drückenden Debetposten.

In freundschaftlichem Verkehr zwischen landwirtschaftlichen und städtischen Hausfrauenvereinen erörterte man das

Lebenshaltungskosten



neuerer Zeit an Stelle der erhofften Preisenkungen Tarifierhöhungen. Man sieht den Tag herbei, wo diese Werke mindestens einen Teil der Überschusssummen, die sie jetzt dem Stadtsäckel zuführen müssen, in Gestalt einer Tarifverbilligung der Verbraucherschaft zugute kommen lassen.

Alles in allem ertönt in der Verbraucherschaft der SOS-Ruf nach Preisenkung. Mögen öffentliche wie private Kräfte, in verständnisvollem, vaterländischem Streben, sich auf vielen Wegen in dem einheitlichen Ziel zusammenfinden.

Problem direkter Belieferung vom Produzenten zum letzten Verbraucher, ohne bisher preisverbilligende Erfolge verzeichnen zu können. Die Landfrauen liefern die Erzeugnisse im wesentlichen zu Kleinhandelspreisen. Mag die neuerdings verstärkte Genossenschaftsbewegung mit ihrem Verteilungsapparat und mit ihren Absatzorganisationen neue Wege zur Preisverbilligung finden.

In Anbetracht der teuren Frachten würde sich Rationalisierung der Verpackungsmethoden preisverbilligend auswirken. So würde beispielsweise eine stärkere Benutzung von Wellpappe nur 5 v. H. des Verpackungsmaterials, aber eine Unkostenenkung von 55,7 Millionen RM. pro Jahr bedeuten.

Die Hausfrau verwahrt sich gegen prozentual ungerechtfertigte Preisenerhöhungen unter Berufung auf Zoll- und Steuererhöhungen, wie beispielsweise jetzt bei der Biersteuererhöhung; man sollte höchstens die gesetzlichen Differenzzuschläge aufschlagen. — Die städtischen Werke bringen in

(Nachdruck sämtlicher Beiträge ist gestattet.)

